



KRIEGSALS FORTSETZUNG DESGUTENGE WISSENSMIT ANDERENMITTELN





Impressum:

Nr. 49 Juni - Aug 22

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elozuzm5ztt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdx4csrslhpc2z3haiflnm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonug6h2veztdhivoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejyh6jkyvn7zognkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6lxr3iudsyd.onion/>

barrikade.info

<https://kontrapolis.info>

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

<https://knack.news>

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Rüstungsindustrie angreifen!	3
(M) Angriff gegen Krieg und Aufrüstung	4
Es wird immer Kriege geben, solange das Patriarchat existiert	5
[S] Bundeswehrstand eingefärbt	8
Eine Einführung in die Kartografierung lokaler Rüstungsindustrie	8
Für eine neue internationale anarchistische	
Koordinierung gegen den Krieg!	13
[LE] DB-Funkmast angezündet	16
Legal, Illegal, Extralegal	17
Belarus: Widerstand gegen den Krieg	18
[HB] Ein Nachtrag zu brennenden Büros und weinenden Bonzen	21
Internationale grenzenlose Solidarität!	22
[M] Razzien und ein §129-Verfahren	22
Zerschlagt den kapitalistischen Wachstumszwang!	24
Ende Geländewagen	25
Weitere Sabotage Aktion gegen SUVs	26
MEHR ALS NUR EINE ANSCHLAGSERKLÄRUNG - Tesla	27
Ein paar Infos zur Überwachung neuerer Autos	31
Nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen	32
Abgedreht	34
Sabotage zweier Halbleiter-Giganten	36
Missing Link - Massive Sabotage von Glasfaserleitungen	37
Frankreich: Inzidenz der Funkmastbrandstiftungen	
und Glasfaserkabelsabotagen steigt weiter	41
[Bure/F] Fête des Barricades	42
Peter Thiel - ein einflussreicher »Außenseiter«	43
Deanonymisierung eures WLAN-Adapters trotz Tails?	47
Jane's Revenge	50
Positionspapier: Autonomie und Solidarität	51
Lehrstück Philippinen	55
Neuigkeiten zur ehemaligen Verdeckten Ermittlerin Astrid Oppermann	58

Moin,

aus dringendem Anlass fängt dieses Vorwort nicht mit Krieg, Klima, Hungerkrise oder Corona an. Wir nehmen uns die Dreistigkeit heraus, vorweg ein paar Worte, es sind wirklich nicht viele, zur schlechten finanziellen Situation des Autonomen Blättchens zu schreiben. Einen längeren Text dazu planen wir zur nächsten Ausgabe. Es ist nämlich so, dass die bisherigen Spenden einfach nicht reichen. Zwischendurch erreichen uns durchaus größere Summen und es gibt diejenigen Leser_innen, die jeden Monat einen kleinen Schein schicken, sonst wäre ein Erscheinen auf Papier gar nicht mehr möglich. Jede Ausgabe kostet zur Zeit mindestens 2500 Euro. Da ist noch nicht mal eine Tafel Schokolade für all die Menschen dabei, die das Blättchen erarbeiten. Das sind im Jahr 10.000 Euro, die wir wenigstens brauchen, um die Zeitung zu erhalten. 1000 Euro Spenden pro Ausgabe sind gut – aber es reicht halt nicht.

Die Papierpreise steigen vermutlich weiter so stark, wie zuletzt. Zur Zeit verschulden wir uns privat, damit du weiter das Blättchen in den Händen halten kannst. Wir machen dieses aber nicht zu unserem privaten Vergnügen, sondern sehen es (und uns) als Teil der autonomen revolutionären „Bewegung“. Diese, so schwach sie auch ist, müsste, falls sie das Autonome Blättchen für sinnvoll erachtet, auch (finanzielle) Verantwortung übernehmen, damit wir die politische Praxis des Zeitungsmachens weiterhin ausüben können. Das ist eine politische Frage: wird das Blättchen gewollt oder nicht – und was muss dafür getan werden, dass wir es weiter erstellen können? Ok, es sollten dieses mal ja nur ein paar wenige Worte dazu werden. Es ist aber jetzt schon mal angerissen, in welche Richtung wir denken. Und Jammern nützt ja bekanntlich wenig. Nur als Erinnerung: Man kann auch Spenden fürs Blättchen im Infoladen Hannover im UJZ Korn abgeben.

Diese Nr 49 ist eine sehr lesenswerte Ausgabe geworden. Also stürzt euch in die Lektüre, ins Abenteuer der Erkenntnis, in den Gram des Widerspruchs und die Freude an den Berichten über Widerständiges. Ihr findet Einiges zum Krieg in der Ukraine und dem Verhältnis dazu aus anarchistischer Perspektive. Aber auch Positionen aus explizit anti-patriarchaler Sicht, Berichte von antimilitaristischen Sabotageaktionen und vieles mehr. Es gibt auch Einiges zu Thema Klimakrisenfolgen und der Suche nach einer angemessenen Praxis dazu. Da schließen sich nahtlos ein paar Texte zu Angriffen auf Infrastruktureinrichtungen und SUVs an. Und Neues von alten Bösewichten gibt es auch (ja, wir wissen, dass ist eine moralische

Kategorie und keine analytische...) - und ein wenig Praxiswissen versteckt sich auch in dieser Ausgabe.

Manche Texte sind recht lang. Aber kämpft euch trotzdem durch! Wir finden, es lohnt sich. Zur Wahl auf den Philippinen haben wir leider keine Texte der gar nicht so kleinen anarchistischen Bewegung auf den Philippinen gefunden. Wenn ihr was findet oder selber mehr Ahnung habt, schickt uns gerne einen Text für die nächste Ausgabe. Wir haben eine Einschätzung von Walden Bello rein genommen, weil die wenigstens den Versuch einer Einschätzung aus einer linken Perspektive darstellt. Auf den Philippinen gerade der Sohn des ehemaligen Diktators Marcos die Wahl gewonnen; zusammen mit der Tochter des gerade in Rente gegangenen Präsidenten und Massenmörders Duterte, die Vizepräsidentin werden soll. Allein, dass sie die Kinder ihrer Eltern sind, macht sie nicht zu unseren Feinden. Aber sie verherrlichen Marcos, der in den 1980ern nach langen opferreichen Kämpfen gestürzt worden war. Das lässt nichts Gutes erahnen.

Leider mussten wir ein paar Texte aus Platzmangel draußen lassen:

"Hofreiter vs Scholz", "Nachbetrachtung zu dem Anschlag auf Bahn, Tesla und Krieg" (die Aktionserklärung ist im Heft), "Gemeinsames Thesenpapier zu Repression", "Betroffen allesamt" (wir haben einen anderen Text zu den Durchsuchungen in München im Heft)

Aus den Nachbetrachtungen der Aktion gegen Tesla wollen wir noch kurz erwähnen, dass der Arbeitsbeginn sich durch das engagierte Handeln von Aktivist_innen um 1 bis 3 Stunden verzögert hatte.

Und das noch: Manchmal kommt es bei uns zu Verzögerungen, wenn ihr das Blättchen bestellt, abbestellt oder an eine neue Adresse haben wollt. Eure Änderungswünsche sind jedoch bei uns eingegangen! Wir arbeiten an einer Besserung und bitten um Entschuldigung.

Zum Schluss noch solidarische Grüße an die von den Durchsuchungen und der Repression Betroffenen in München!

Bis demnächst, euer Blättchen-Kollektiv

Rüstungsindustrie angreifen!

Vorstellung einer Informationsplattform

Krieg beginnt hier! Diese Parole bestimmte in den vergangenen Jahren zunehmend die Kämpfe gegen Krieg und Militarismus und das was von ihnen übrig geblieben ist, auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Als eines der größten Exportländer für Rüstungsgüter sitzen in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur zahlreiche zentrale Akteure der Waffenindustrie, sondern auch die konkrete Produktion von Kriegs-

gerät und Waffen beginnt unter anderem hier und wird von hier an die Schauplätze des Krieges geliefert.

Mit der Erkenntnis, dass der Krieg hier, in unserer Nachbarschaft beginnt, eröffnet sich auch die Perspektive ihn genau dort zu sabotieren und seine Akteure anzugreifen. Trotz dieser Erkenntnis und zahlreichen Versuchen,



Kriegsprofiteure und Rüstungsindustrie immer wieder zu benennen, zu markieren, zu blockieren, anzugreifen und zu sabotieren, haben wir den Eindruck, dass es gelegentlich auch an einem Informationsaustausch darüber mangelt, wo wir auf wirkungsvolle Art und Weise in die Logistik der Kriegsproduktion eingreifen und diese Branche effizient treffen können.

Mit diesem Projekt wollen wir einen Beitrag dazu leisten, das hinsichtlich der Rüstungsunternehmen, ihren Zulieferern, Beratern, Logistikern, Finanziers und Lobbyorganisationen zu ändern. Auf der Webseite ruestungsindustrie.noblogs.org haben wir damit begonnen altbekannte, ebenso wie neuere Erkenntnisse und Recherchen über die deutsche Rüstungsindustrie zusammenzutragen.

In den nächsten Wochen werden wir damit fortfahren, Informationen über die Rüstungsunternehmen, ihre Finanziers, Zulieferer, Lobbys und Co. zu veröffentlichen. Damit wollen wir zu einer Intensivierung der Angriffe auf diese Todesindustrie beitragen.

Zudem dokumentieren wir hier Angriffe auf die Rüstungsindustrie. Wir versuchen natürlich möglichst viel selbst mitzubekommen, du kannst uns aber gerne auch Hinweise per E-Mail an ruestungsindustrie@riseup.net zukommen lassen. Vergiss dabei aber nicht, auf deine Sicherheit zu achten. Für die Zerstörung des Militarismus und seiner Welt!

ruestungsindustrie.noblogs.org

[Anm.d.R.: Nutzt Tails wenn ihr solche Plattformen nutzen wollt und informiert euch darüber, wo die Grenzen von tails sind]

(M) Angriff gegen Krieg und Aufrüstung

Glasbruch bei KPMG und TechConnect

Dokumentation:

Montagnacht, 28.03.2022 gegen 02:05 Uhr, vernahm ein Sicherheitsdienstmitarbeiter das Geräusch zerspringender Glasscheiben an einem Gewerbeanwesen im Bereich der Ganghoferstraße. Nachdem der Sicherheitsmitarbeiter die betreffende Örtlichkeit lokalisiert hatte, bemerkte er dort mehrere gesprungene Glasscheiben sowie verschiedene Schriftzüge (mit thematischen Bezügen gegen Krieg und Aufrüstung).

Es entstand ein Sachschaden in Höhe von mehreren tausend Euro. Bei dem Gewerbeanwesen handelt es sich um ein Gebäude des Unternehmens KPMG, das die Bundeswehr berät. Im selben Gebäude befindet sich auch die Firma TechConnect, die Software für Raketensysteme herstellt. Das Gebäude wurde mit dem Schriftzug „Sabotage War“ markiert. An den beiden Fronten des Gebäudes sind insgesamt circa 20 Scheiben beschädigt oder zerstört worden.

anonym

Es wird immer Kriege geben, solange das Patriarchat existiert

Über Krieg – Patriarchat – Zurichtung und Männlichkeitskonzepte

Wenn die Hinweise stimmen, steht Russland vor einer Generalmobilisierung. Schon jetzt sterben viele zwangsrekrutierte wehrpflichtige junge Männer. Auf beiden Seiten des Krieges herrschen Propaganda und Desinformation, es existieren nur unzureichende Informationen. Beide Seiten haben kein Interesse, über Deserteure, Zwangsverpflichtete und Wehrpflichtige und deren Nöte zu berichten. Das Militär in der ganzen Welt greift auf Männer, also männlich gelesene und sozialisierte Menschen zurück, auch wenn in einigen Armeen Frauen, also weiblich gelesene und sozialisierte Menschen, dienen dürfen oder müssen. Wir haben mit Erstaunen eine Anschlagserklärung von 1991 auf eine Bundeswehreinrichtung gefunden, die den Zusammenhang von Wehrpflicht, Männlichkeit und Patriarchat untersucht.

Uns hat der Ansatz der "Flammenden Herzen" gefallen, dass die „Demontage des soldatischen Mannes“ ein erster Schritt hin zur Entwaffnung des historischen weißen Mannes werden kann. Und dass dieser Ansatz mit einem Angriff auf Produktionsstätten von toxischer Männlichkeit, den Orten der „patriarchalen Zurichtung“, einhergehen sollte.

Wir dokumentieren die Erklärung mit einer Einleitung.

Es wird immer Kriege geben, solange das Patriarchat existiert: Über Krieg – Patriarchat – Zurichtung und Männlichkeitskonzepte

Wenn die Hinweise stimmen, steht Russland vor einer Generalmobilisierung. Das bedeutet, die russische Gesellschaft unter Kriegsrecht zu stellen und offiziell von einer „Spezialoperation“ in einen Krieg einzutreten. Das bedeutet vor allem auch, hunderttausende Reservisten mobilisieren zu können. Weite Teile der russischen männlichen Bevölkerung können in Uniform gesteckt und (re-)militarisiert werden, um als Soldaten in Kampfhandlungen zu landen. Oder Deserteure und Kriegsgegner*innen im eigenen Land zu jagen.

Schon jetzt sterben auf russischer Seite viele zwangsrekrutierte wehrpflichtige junge Männer. Auf der „Moskwa“ waren nach bisherigen Informationen vor allem Wehrpflichtige eingesetzt. Die Berufssoldaten waren auf dem Raketenkreuzer nur in jener Anzahl vorhanden, die gebraucht wurde, um die Rekruten zu überwachen und zu befehlen. Mütter suchen ihre jungen Söhne und stoßen auf eine Mauer des Schweigens, weil Russland offiziell keine Wehrpflichtigen in die aktuelle „militärische Spezialoperation“ in die Ukraine schickt. Wer in Russland das Geld und die Beziehungen hat, kann seinen Sohn freikaufen, die Ärmsten landen beim Militär. Selbst viele Männer, die sich dem Militär verpflichten, tun dies aus wirtschaftlicher Not. Der Soldatentod ist für die Armen gedacht.

Auch in der Ukraine ist die Ausreise für die männlich gelesene Bevölkerung im wehrfähigen Alter verboten. Sie müssen bereitstehen, um jederzeit in eine militärische Formation einberufen werden zu können und zu kämpfen, ob sie wollen oder nicht. Transsexuelle, die nicht als Frau*

anerkannt sind, dürfen als „Männer“ nicht ausreisen. Mit den schrecklichen Folgen, eingezogen zu werden oder in den Knast zu müssen. Auf beiden Seiten des Krieges herrschen Propaganda und Desinformation, es existieren nur unzureichende Informationen. Beide Seiten haben kein Interesse, über Deserteure, Zwangsverpflichtete und Wehrpflichtige und deren Nöte zu berichten. So fehlen belastbare Informationen, um an dieser Stelle mehr Aussagen zu treffen. Fest steht, es gibt eine hohe Anzahl ermordeter Soldaten auf beiden Seiten, die über die Zahl 30.000 geht, darunter eine hohe Anzahl ermordeter russischer Rekruten.

Willkommen im Patriarchat. Das Militär in der ganzen Welt greift auf Männer, also männlich gelesene und sozialisierte Menschen zurück, auch wenn in einigen Armeen Frauen dienen dürfen oder müssen. Es ist sicherlich nicht verkehrt, sich zu vergegenwärtigen: Die Wehrpflicht ist in Deutschland nur ausgesetzt! Wer die Tabubrüche auf allen Seiten der Kriegsparteien einschließlich der deutschen Regierung und der Nato in den letzten Monate verfolgt hat, sollte sich auch hinsichtlich der Aussetzung der Wehrpflicht nicht auf der sicheren Seite sehen. Nicht umsonst hat der rechte Rand zu Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine einen Testballon steigen lassen und die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert. Während die Rechten in Deutschland die Aktivierung der Wehrpflicht mit männlich gelesenen Menschen koppeln, würden die Grünen noch eins oben drauf setzen und um der Gleichberechtigung willen eine Wehrpflicht für Frauen* und Männer* einführen. Doch noch macht es die schwere Haubitze, die, gleich einem Phallus, ausgeliefert wird um noch mehr Menschen zu zerfetzen.

Wir haben mit Erstaunen eine Anschlagserklärung von 1991 auf eine Bundeswehreinrichtung in einem Buch gefunden, die den Zusammenhang von Wehrpflicht, Männlichkeit und Patriarchat untersucht. Laut Chronik in dem Buch brechen die „Flammenden Herzen“ 1994 in eine weitere Bundeswehreinrichtung ein und legen Feuer, stehlen Akten und verschicken Briefe an Wehrpflichtige. Wir halten viele Aussagen der Erklärung von 1991 selbst nach 30 Jahren noch für aktuell, auch wenn zu jener Zeit noch keine gendergerechte Sprache entwickelt war.

Wenn wir „Männer“ und „Frauen“ in dieser Erklärung der „Flammenden Herzen“ lesen, dann als einen politischen Begriff, mit dem eine patriarchale Zuschreibung von Menschen in Männer oder Frauen und deren zugeschriebenen Rollen ausgedrückt wird. Viele Teile scheinen uns hochaktuell und sollten Niederschlag in gegenwärtigen Diskursen finden. Bemerkenswert ist die Analyse von Militär und Herstellung von „Männlichkeit“. Um zu verstehen, wieso toxische Männlichkeit Bedingung ist, um auf andere zu schießen, warum Männer vergewaltigen oder bereit sind für eine „Sache“ in den Tod zu marschieren, ist diese Anschlagserklärung hilfreich. Uns hat der Ansatz gefallen, dass die „Demontage des soldatischen Mannes“ ein erster Schritt hin zur Entwaffnung des historischen weißen Mannes werden kann. Und dass dieser Ansatz mit einem Angriff auf Produktionsstätten von toxischer Männlichkeit, den Orten der „patriarchalen Zurichtung“, einhergehen sollte.

Es ist anzumerken, dass es einen militanten Widerstand von Männern gegen das Patriarchat nachweislich kaum in der militanten Geschichte der deutschen Linken gegeben hat und dass die Initiative der „Flammen- den Herzen“ im Kontext der Zeit zu lesen ist (Irakkrieg, Deserteure, To- talverweigerungsinitiativen, militanter Frauenwiderstand/ „Roten Zora“, versuchte Sprengung der Siegessäule in Berlin durch die „Revolutionären Zellen“, weltweite antikoloniale und antirassistischer Kämpfe/Südafrika, Fluchtbewegungen etc.). Wir dokumentieren den Text als Ganzes.

Dieser Text ist dem Buch „Herzschläge – Gespräch mit Ex-Militanten der Re- volutionären Zellen“ entnommen, das wir insgesamt empfehlenswert fin- den, weil es historische Erfahrungen angenehm transparent in ihrer Qualität und Widersprüchlichkeit beleuchtet.

Revolutionäre Leseratten

Dokumentation Flammende Herzen

Heute 24.2.1991 haben wir eine Bombe am Kreiswehersatzamt Olden- burg gezündet!!

Antipatriarchaler Widerstand gegen den deutschen Nationalchauvinismus und Rassismus und den Krieg am Golf ! Kampf jeglicher patriarchalen Zu- richtung in der Bundeswehr und Anderswo !!

Die Herrschenden dieser Welt eint der Drang ihre Machtbereiche zu si- chern und auszubauen. Ob die BRD deutsche Soldaten an den Golf verlegt oder ob die Menschen dort an deutschen Waffen krepieren, ob die deut- sche Wirtschaft den Feldzug mit der harten D-Mark gen Osten vollenden will oder ob die nato und usa als Sheriff am Golf vorgeben, in unserem Interesse zu handeln, ob der lange lange Zeit vom Westen gestützte Irak kurzerhand Kuwait einkassiert. . . es ist die Herrschaft des Patriarchats, welche gebrochen werden muss !!

Es wird immer Kriege geben, solange das Patriarchat existiert, auch wenn sie sagen, es sei Frieden !!!

Dass jeder Mann Teil der weltweiten Herrschaft des Patriarchats ausdrückt, wird von Männern ignoriert. Auf die Existenz von Frauenwiderstand ha- ben Männer aller Schattierungen mit Ignoranz, Hilflosigkeit, Lamorjanz, Abwehrkämpfen und Vereinnahmungen reagiert.

Wir wollen uns der verinnerlichten Rolle als herrschender Mann ver- weigern und einen eigenständigen Kampf gegen Staat und Patriarchat diskutieren und entwickeln. Unsere Rollenfestlegung, Männerherrschaft zu tragen, manifestieren und auszuüben, ist verbunden mit Privilegien gegenüber weißen Frauen, und farbigen Frauen und Männern. Sie ist verknüpft mit der Disziplinierung und Zurichtung unseres Geschlechts an vielen Orten und Institutionen.

Indem wir einen Begriff der eigenen Zerstörtheit und Deformation be- kommen und unsere gesamte Wut auf die Ursachen richten, wird es möglich, einen antipatriarchalen Widerstand zu entwickeln. Widerstand erscheint uns dort sinnvoll, wo Männer entsprechend ihrer gesellschaft- lichen Rolle zurichtet werden. Diese Orte und Institutionen der Zurich- tung zu erkennen und zu bekämpfen, uns und anderen bewusst zu ma-

chen,, was dort mit uns passiert, halten wir für die Aufgabe von Männern und Schwulen, die mit der Eingebundenheit in die patriarchale Herrschaft brechen wollen. Ziel eines solchen Widerstandes ist die Verweigerung von Mitarbeit an und in den Orten und Institutionen patriarchaler Gewalt- herrschaft und der aktive Kampf gegen die Strukturen und Träger dieser „Ordnung“!! Dabei muss der Bezugspunkt für Männer und Schwule der revolutionäre Frauen/Lesbenwiderstand sein und werden! Der Kampf um eine herrschaftsfreie Gesellschaft hat sich an der Befreiung der Frauen und Farbigen weltweit zu orientieren!

Die Institution Armee

Armeen sind die weltweit größten Männerzuchtanstalten und Män- nerbünde. Sie sind Teil der Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaft. Männern wird dort ein Wissen weitergegeben, welches in der Geschichte des Patriarchats angehäuft wurde, damit Männer den Fortbestand der Gewaltherrschaft sichern. Das diese Armeen verschiedener Nationen in einem Konkurrenzverhältnis stehen und sich immer wieder bekriegen, ist kein Widerspruch sondern patriarchale Logik. Dieses Beschützerprinzip, das in Abgrenzung zu anderen patriarchalen Systemen vorgibt, mit Staat und Armee das „Volk“ zu beschützen (wie der Ehemann die im „zugestell- te“ Ehefrau), ist nur ein Vorwand Herrschaft nach innen ausüben und zu sicher und auszubauen !

Zurichtung am Beispiel der „Schule der Nation“

Mit 17 Jahren flattert uns der erste Bescheid des Kreiswehersatz- amtes in's Haus, um uns mitzuteilen, dass wir mit Kopf und Herz dem „Vaterland“ gehören sollen. Ein kurzer Ausflug in die Geschichte zeigt, das die Weherrerfassung und das stehende Heer auf den preußischen Herrscher, Friedrich den Großen; zurückgeht. 1792 wurden bereits alle männlichen Kinder weherrerfasst! Die Wehrepflicht wurde 1814 in Preußen eingeführt. Die unter zwang gehaltenen Bauern waren als Soldaten nur schwer bei der Fahne ihrer todbringenden Regimente zu halten. Tausende türmten bei jeder nur erdenklichen Möglichkeit. Oder drehten im Gefecht die Waffen gegen die befehlenden Offiziere um sich Vorteile bei der Flucht im Schlachtgetümmel zu verschaffen. Um die Bauern zu Soldaten machen zu können, wurde ihnen die Angst vor Befehlsverweigerung, Desertion und Selbstverstümmelung ein- geprügel. Spießrutenlaufen war nie bloße Willkür, sondern Züchti- gungsmittel und Abschreckung, damit die zu soldatischen Männern geprügelten im verlässlichen Gleichschritt die Fahntreue hielten. Mit kurzen Unterbrechungen der Wehrepflicht, welche zuletzt durch den kalten Krieger K. Adenauer 1957 wieder eingeführt wurde, wer- den bis zum heutigen Tag an die ½ Millionen (BRD-)Männer jähr- lich im Alter von ca. 17 Jahren durch die Ordnungsämter und Mel- derämter vorerfasst und den Kreiswehersatzämter überstellt. Hinzu kommen nun auch die Männer der wiedereinverlebten DDR. Die Erfassung und Musterung ist total, denn an dieser Instanz führt für Männer kein Weg vorbei! Der Besitzanspruch des Staates an einen jeden von uns wird in der vollen Schärfe dann sicht- und spürbar, wenn es um die Auswahl der Körper auf Tauglichkeit als weißer Krieger geht. Verkrüp- pelte, Behinderte und körperlich schwache Männer werden ausgesiebt und als „untauglich“ und somit „unmännlich“ und „unbrauchbar“ ausge- mustert. „Männlichkeit“ wird im Patriarchat unter anderem in körperlicher

Kraft, „Potenz“ und Leistungsfähigkeit gemessen. Wer dem Zwang nicht nachkommen kann oder will ist kein „richtiger“ Mann.

Kommt der Mann in die Kaserne, wird ihm der Privatbereich entzogen. Selbst seine Kleidung wird gegen die Uniform eingetauscht. Dort treten sie nicht nur an ihn heran, sondern in ihn herein. So erfährt der Mann eine für ihn bestimmte Zurichtung, die über die Leistungsgrenzen hinaus geht. Diese Überschreitung der Grenzen werden bis zur Besinnungslosigkeit praktiziert. Den Druck, die Entmenschlichung und Entwürdigung, in der allgemeinen Ausbildung zum soldatischen Mann vordergründig ertragen zu können, gilt als „mannhaft“ und ist somit positiv besetzt. Dieses Ertragen ist jedoch nur die Fassade, hinter der der unerbittliche Kampf gegen die eigenen Schwächen und alles „unmännlichen“ geführt wird! Die Verinnerlichung dieser kaputten Selbstdisziplinierung und Unterwerfung funktioniert bei auch noch so weit unten stehenden weißen Männern in der Gesellschaft darüber, dass ihnen Macht über Frauen und Farbigen zugestanden wird, Herr über die eigene Person und Schwachheit zu sein. Mit anderen Worten: Die männlichen weißen „Sklaven“ akzeptieren die Existenz von Hierarchisierung und patriarchalen Gewaltstrukturen insofern, als dass sie selbst Herr sein wollen oder können! Diese Akzeptanz macht jeden Mann zum permanenten Täter !

Die Disziplinierung der Männer mündet nicht nur in der Gewalt gegen Frauen

Mit der Zurichtung zum herrschenden Mann werden Männer kumpelhaft und kameradschaftliche Verkehrs- und Kommunikationsformen aufgezwungen und ihnen wird von früh auf beigebracht, dass es sich dabei um wahre Männerfreundschaft handele. Zu diesem Verhalten gehört sowohl der distanziert geregelte Umgang der Männer miteinander, als auch der gewalttätige Umgang mit Frauen. Die Übertretung und Abweichungen von der (zwangsheterosexuellen) Umgangsform(e)n werden von der Männergesellschaft verschiedentlich sanktioniert und geächtet. Selbst der beste Freund wird in Gestalt des Kumpels und Kameraden zum Kontrolleur dieser erbärmlichen Zustände. Nur die kumpelhaften Umgangsformen und der Selbsthass ermöglichen Männern, bzw. herrschenden Institutionen den Zugriff auf die Köpfe „abtrünniger“ Männer, um diese ständig einfangen zu können und für das System der Herrschaft funktionalisieren zu können. Zurichtung zielt nicht nur auf die zwanghafte Unterwerfung von Frauen, Kindern und Farbigen durch den weißen Mann, sondern verunmöglicht auch Männerliebe und Freundschaften durch die Vorgaben und gegenseitigen Disziplinierungen wie ein Mann zu sein hat. Darüber wird unsere Fähigkeit zur Liebe zerstört, sowohl zu Frauen wie Männern, wie zu uns selbst.

Zurichtung ist die Zerstörung eigener Persönlichkeit und Unterwerfung unter die Herrschaft des Patriarchats um unter dieser wieder in Gleichförmigkeit neu zusammengesetzt zu werden. Für unsere gebrochene Identität als Individuen wird uns die Ideologie von Männerherrschaft (z.B. in Form von Patriotismus) an die Hand gegeben. Die Unterwerfung unter

die Hierarchie findet ihren Ausgleich in der Unterwerfung von Frauen, AusländerInnen und anderen vermeintlich schwächeren Menschen und Gesellschaftsgruppen. Anstelle von Freundschaften und Zärtlichkeit steht der Kumpel, der Kamerad. Wenn Männer ihre Beziehungen nicht untereinander in Frage stellen, wird der Befreiungskampf zu hohler Phrase, weil er an den eigenen Widersprüchen zerschellen wird!!

Die Erfassungsstellen in den Kreiswehersatzämtern erschließen täglich ein neues Potential an zukünftigen Staatsdienern in und ohne sichtbare Uniform. Sie organisieren auch die Verteilung auf die einzelnen Orte der Männerdisziplinierungsanstalten. Somit wird die erste Vorarbeit für den vorerst letzten Schliff geleistet. Auch wenn dieses Stadium des letzten Schliff's nicht mehr von allen Männern durchlaufen werden muss und wir als ziviles Heer an der „sozialen Front“ unseren unterbezahlten Zwangsdienst ableisten „dürfen“, hat sich im Kern männlicher Zurichtung nichts verändert. Im Gegenteil! Unsere Zurichtung und Konditionierung auf unsere herrschende Rolle beginnt bereits mit dem Schnuller im Mund, und setzt sich über Schule/Lehre/Arbeit und Studium fort. Spießbrutenlauf als Disziplinierungsmaßnahme gegen sich verweigernde Männer ist darum heutzutage nicht mehr notwendig, weil die Männer ihre Lektion bereits gelernt haben. Hinzu kommt, dass ein Teil von militärisch auf Befehl und Gehorsam gedillter Männer ausreicht, damit diese auch nach der Entlassung den patriarchalen Alltag wissentlich oder unbewusst weiter prägen und gestalten. Sowohl der einfache Soldat als auch der Offizier werden keine Mühe haben, den ihnen zugewiesenen Platz als Arbeiter und Vorgesetzter so auszufüllen wie die „Schule der Nation“ es ihnen beibrachte. Über jeden Mann bleibt der Einfluss in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Firmen, Konzerne, Parlamente, Ämter; Verwaltungen, Justiz und Bullerei, sie alle eint die gleiche Struktur wie der hierarchische Aufbau und der formalgeregelte Umgang beim Militär. Der soldatische Mann, hart gegen andere und sich, wo immer auch zugerichtet, ist gesellschaftliches Leitbild. An diesem Leitbild vom Täter und Herrscher verlaufen die Orientierungen von Jungen und Männern!

Die Demontage des soldatischen Mannes kann ein erster Schritt in der Entwaffnung des historischen weißen Mannes werden! Schwächt Militär ideologisch und materiell! Sabotiert den Krieg am Golf! Propagiert die Desertion! Besetzt Kreiswehersatzämter !Verweigert Euch der patriarchalen Gefolgschaft Total!

Bekämpfen wir die patriarchale Zurichtung an jeden Ort, zerreißen wir unsere innere Uniformierungen, verweigern wir jede Teilhabe an der patriarchalen Macht. Und brechen wir ständig und kollektiv im Alltag mit der Männerkumpanei gegen Frauen und Farbige!!

ENTZÜNDE WIR UNSERE HERZEN MIT DER SEHNSUCHT NACH FREIHEIT UND
BRENNEN WIR DIE ORTE UNSERER PATRIARCHALEN ZURICHTUNG NIEDER !!!

FLAMMENDE HERZEN

[S] Bundeswehrstand eingefärbt

Dokumentation:

Letzten Samstag haben wir die Bundeswehr in Stuttgarts größtem Shoppingcenter Milaneo mit Farbe angegriffen. Wir haben die Bundeswehr eingefärbt und an ihrem Stand einen Sachschaden von mehreren tausend Euro verursacht – so die Cops und die Lokalpresse. Solche Aktionen sind in der heutigen Zeit bitter nötig. Die Bundeswehr ist in der ganzen Welt aktiv um die Interessen der deutschen Bourgeoisie mit Waffengewalt durchzusetzen. Ob in Mali, auf dem Mittelmeer oder im Jemen. Es geht nie um Menschenrechte sondern immer nur um Profite. Das 100 Mrd. Aufrüstungspaket der Bundesregierung zeigt außerdem das der Kurs nicht in Richtung Abrüstung sondern ganz im Gegenteil in Richtung Aufrüstung geht. Denn Deutschland will seine Großmachtsambitionen weiter ausbauen und im Wettstreit der Imperialisten mitspielen können. Ohne große Armee geht das nicht. Natürlich ist die Bundeswehr nicht der einzige Akteur – deutsche Konzerne, Politiker und auch Teile der Medien überbieten

sich gerade in ihrer Kriegspropaganda. Das Problem liegt im System – im Kapitalismus. Denn sein Konkurrenzzwang führt zu Krieg.

Wenn wir für den Frieden kämpfen wollen müssen wir dieses System und seine Akteure angehen und überwinden. Denn der Krieg beginnt hier – also ist es unsere Aufgabe ihn auch hier zu stoppen.

Greifen wir die Bundeswehr an wo immer sie auftaucht – verhindern wir, dass sie neues Kanonenfutter anwerben kann.

Krieg dem Krieg!

Für eine befreite Gesellschaft

anonym

Eine Einführung in die Kartografierung lokaler Rüstungsindustrie

Wozu bedarf es überhaupt einer sorgfältigen Analyse der Rüstungsindustrie mit all ihren Zulieferern, Logistikern, Financiers, Forscher*innen und Fürsprecher*innen? Genügt es nicht zu wissen, wo die großen Hersteller von Waffen und Kriegsgerät sitzen, um diese angreifen zu können? So wie sich etwa die Kampagne Rheinmetall Entwaffnen zumindest grundsätzlich darauf festgelegt hat, ihren Widerstand gegen die Rüstungsindustrie vor allem auf eines der größten deutschen Rüstungsunternehmen, den Rheinmetall-Konzern zu konzentrieren?

Natürlich wäre es ein großer Sieg, die großen Rüstungskonzerne, deren Kerngeschäft sich um Waffen und Kriegsgerät dreht, erfolgreich zu zerschlagen, aber wenn man einmal realistisch bleibt, so bieten die stacheldrahtbewehrten, kameraüberwachten und von Sicherheitsleuten besetzten Werksgelände von Unternehmen wie Rheinmetall, Krauss-Maffai Wegmann, Heckler & Koch, DIEHL Defence, Airbus und Co. nur einen geringfügigen Spielraum für (feinmotorische) Sabotagen und Angriffe.

Sicher sind es die Produzenten von Panzern, Jagdflugzeugen, Maschinengewehren, Raketen und Bomben, die uns allen ein besonderer Dorn im Auge sind, die am sichtbarsten jenes Equipment produzieren, mit dem anderswo auf der Welt Morde, Genozide und Gemetzel verübt werden, um die sich folglich also auch immer wieder sozialer Protest regt, aber nur weil es der Rüstungsindustrie halbwegs gelungen ist, ihre übrige Struktur, ihre Logistik und ihre Profiteur*innen zu verbergen, so müssen wir, als Antimilitarist*innen und Anarchist*innen dieser Finte doch nicht ebenfalls auf den Laim gehen. Eine sorgfältige Analyse der Rüstungsindustrie, die deren Netzwerke, Verstrickungen, Zulieferer, Logistik, deren Forschung und Fürsprecher*innen, sowie nicht zuletzt auch ihre Geldgeber*innen offenlegt, vermag einerseits aufzuzeigen, wie eng verzahnt Technologie und Produktion mit dem Krieg sind und sich damit gegen den Mythos

wenden, irgendein (Rüstungs-)Konzern könne einfach so „entwaffnet“ werden und fortan zivile Güter zum allgemeinen Wohlstand produzieren, andererseits kann eine solche Analyse auch jene Schwachstellen aufzeigen, an denen Sabotagen und Angriffe auf eine sehr viel niederschwelligere Art und Weise möglich sind, an denen keine stacheldrahtbewehrten Zäune überwunden, Kameras ausgetrickst und sich schließlich noch mit dem Sicherheitspersonal angelegt werden muss, bevor man überhaupt auf dem weitläufigen Gelände einer der Produktionsstätten des organisierten Mordens steht.

Und doch Angriffe, die eben genau das selbe bedingen können, nämlich stillstehende Produktionshallen und/oder die Vernichtung des bereits produzierten Kriegsgeräts, bevor es überhaupt eines der Schlachtfelder dieser Welt erreicht. Wenn etwa bei MAN, ebenso wie anderen Fahrzeugherstellern die Fertigungslinien still stehen, weil es an Halbleitern mangelt, dann zeigt uns das, wie fragil die Produktion von Hightech-Gerät ist, wie sehr sie nicht nur von bestimmten Rohstoffen, sondern auch von einer mehr oder weniger ununterbrochen funktionierenden Kette an Zulieferern und jener Logistik, die diese Komponenten zu den Produktionsstätten des Endprodukts befördert, abhängt. LKW, Panzer, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge, ja selbst weit weniger komplexe Systeme wie Sprengstoffe, Gewehre und Schusswaffen und deren Munition, all das benötigt diese ununterbrochen funktionierenden Ketten von Zulieferern, die zudem oft nicht nur über das ganze Land verteilt sitzen, sondern auch auf internationale Lieferungen von Rohstoffen und Bauteilen angewiesen sind.

Und gerade in der Rüstungsindustrie, gerade im Bereich komplexer Systeme wie Fahrzeugen aller Art, wo nicht abertausende Endprodukte gefertigt werden, sondern vielmehr wenige dutzende, bis hunderte, da mag es schon einmal vorkommen, dass Ausfälle von Lieferanten, die ein speziell

gefertigtes Bauteil liefern, das sehr viel Know-How erfordert oder auch einfach nur spezielle oder speziell eingestellte Maschinen, die gesamte Produktion des Endprodukts über eine längere Zeitspanne hinweg einbrechen lassen. Unter anderem hierin, in der konkreten Identifikation derartiger Schwachstellen bei der Produktion von Waffen und Kriegsgerät sehen wir den Hauptgewinn einer sorgfältigen Analyse der Rüstungsindustrie und auch wenn wir in diesem Projekt versuchen, möglichst das gesamte Netzwerk der Rüstungsindustrie in Deutschland sichtbar zu machen, auf dass ein*e jede*r noch sehr viel mehr Schwachstellen zum Ansetzen von Sabotage und Angriffen finden möge, soll der folgende Artikel eben einen Schwerpunkt auf ersteres legen.

Also wie lässt sich das (lokale/regionale) Netzwerk der Rüstungsindustrie aufdecken?

1. Ein paar mögliche Ausgangspunkte

- Lokale Streitkräfte und Polizeibehörden

Naheliegender ist, seine Recherchen bei den lokalen Truppen, seien sie nun militärisch oder polizeilich, zu beginnen. Immerhin setzen diese genau jenes Gerät und jene Waffen ein, die die Rüstungsindustrie für sie produziert. Also welche Fahrzeuge fahren diese Truppen? Welche Marke haben ihre Funkgeräte? Welche Hersteller produzieren ihre Waffen? So banale Fragen (über die im Zweifel sogar eine*r der Söldner*innen Auskunft geben wird), werden zu den ersten Unternehmen führen, die Teil der Rüstungsindustrie sind.

- Bereits bekannte Rüstungsunternehmen

Eine andere Möglichkeit ist bei bereits bekannten Rüstungsunternehmen, d.h. in der Regel bei solchen, deren Geschäftstätigkeit ausschließlich die Herstellung von Waffen und/oder Kriegsgerät ist, zu beginnen. Dazu können Zeitungen, ebenso wie das Internet durchforstet werden und schon so banale Suchanfragen wie „Rüstungsunternehmen Deutschland“ werden eine ganze Liste solcher Firmen ausspucken. - Lobbyverbände Das ist eine der ergiebigsten Quellen, um einen umfangreichen Überblick über zentralere Akteure der Rüstungsindustrie zu gewinnen. Auch wenn viele Unternehmen nicht offen damit werben, dass sie einen Teil ihres Gewinns damit machen, dass anderswo Menschen gemetzelt werden, wollen sie dennoch, dass die Politik, sowohl die nationale, als auch die internationale, ihre Interessen vertritt und sowohl dafür sorgt, dass derlei Gemetzel

rege stattfinden, als auch, dass es ihnen erlaubt ist, die Schlächter dieser Welt mit der dafür notwendigen Ausrüstung zu versorgen.

Dazu schließen sie sich in Lobbyorganisationen zusammen, deren Mitgliederlisten folglich Aufschluss darüber geben, wer alles ein Interesse an einer florierenden Rüstungsindustrie hat. Natürlich nennen sich solche Lobbyverbände nicht „Freund*innen des anhaltenden Gemetzels“, sondern geben sich eher Namen wie „Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV)“ oder „AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD)“, sowieso sind „Verteidigung“/„Defence“ und „Sicherheit“ häufige Begriffe, mit denen das Metzeln verschleiert werden soll. Manchmal nennen sich entsprechende Lobbyverbände aber auch etwas unverhohlener „Förderkreis Deutsches Heer e.V.“ oder „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT)“.

- Konferenzen und Messen

Ebenfalls gute Ausgangspunkte sind auch diverse Konferenzen und Messen, auf denen sich die verschiedenen Freund*innen des Gemetzels aus Politik, Wirtschaft und Militär tummeln. Ein Beispiel ist etwa die international bedeutsame „Munich Security Conference“, aber auch Waffenmessen und dergleichen offenbaren in Form ihrer Aussteller*innen die Unternehmen der Rüstungsindustrie.

2. tiefer graben

2.1 Internet-Recherchen

Wo sich heute so gut wie jedes Unternehmen seinen Kunden und der Öffentlichkeit im Internet präsentiert, erleichtert das die Recherche von Lieferketten zuweilen ungemein. Zwar führen Unternehmen – und Rüstungsunternehmen schon gar nicht – in der Regel keine Listen über ihre Zulieferer, wohl aber geben vor allem kleinere Unternehmen, aber nicht nur die, oft damit an, wen sie alles beliefern dürfen. Unter den Stichworten „Referenzen“, „Fallstudien“/„Case Studies“, „Kunden“ oder „Projekte“ listen viele Unternehmen auf ihren Webseiten auf, wen sie alles beliefern.

Manchmal, besonders im Fall von „Fallstudien“/„Case Studies“ geben sie sogar detaillierte Auskünfte darüber, welches Produkt sie an ein Unternehmen liefern, und wozu dieses dort eingesetzt wird. Nun steht man zwar vor dem Problem, dass man zwar die Unternehmen und Streitkräfte kennt, deren Lieferanten eine*n besonders interessieren, jedoch aus Unkenntnis dieser Lieferanten eben nicht auf deren Webseite nachsehen



kann, ob sie diese Unternehmen/Streitkräfte beliefern (und das angeben). Aber das ist kein Problem, das eine Suchmaschine nicht lösen könnte.

Man braucht beispielsweise nur nach soetwas wie „Referenzen Rheinmetall“ zu suchen, und schon spukt die einer*m eine ganze Liste an Unternehmen aus, die angeben, dass sie das Unternehmen Rheinmetall beliefern. Das gleiche funktioniert natürlich auch für die „Bundeswehr“, das „Bundeskriminalamt“, die „Bundespolizei“, das „Bundesamt für Ausrüstung Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr“ und jedes andere Rüstungsunternehmen.

Banal, nicht? Aber es geht noch banaler: Immerhin besteht der gesamte militaro-industrielle Komplex auch zu einem gewissen Teil aus irgendwelchen Waffen-, Flugzeug- und Panzerfreaks, die selbstverständlich auch unterhalten und mit Informationen versorgt werden wollen, sei es dazu, wie schnell so ein Kampfflugzeug fliegt, wie weit ein Panzer schießt oder eben wo dieses gefährliche Spielzeug gefertigt wird. Und diese Informationen finden sich in allerhand Fachzeitschriften und/oder entsprechenden Webseiten, wie beispielsweise der FlugRevue (<https://www.flugrevue.de/militaer/>).

Und dann gibt es da noch die digitalen Branchenbücher, mit denen sich die Rüstungsunternehmen versuchen, Aufträge zu sichern oder etwas dergleichen und die zuweilen so etwas ähnliches wie unser Projekt versuchen, nur eben mit einer entgegengesetzten Zielrichtung

(<https://www.army-technology.com/company-a-z/>,
<https://www.naval-technology.com/company-a-z/>,
<https://www.armscom.net/companies>,
<https://www.armscom.net/world-defense-industry-map>).

Da bleibt unser einer*m eigentlich kaum noch etwas zu tun, außer uns dieser Informationen zu bedienen, oder?

2.2 geografische Streifzüge

Wenn man erst einmal ein paar der großen Produktionsstätten ausgemacht hat, Militärstützpunkte in der eigenen Umgebung lokalisiert hat und Forschungseinrichtungen, die sich spezifisch mit Rüstungsthemen und angrenzenden Fragen (Luftfahrt, Marine, Raumfahrt, sowie die meiste Nachrichtentechnik, u.v.m.) beschäftigen und mit entsprechenden Unternehmen zusammenarbeiten, ausfindig gemacht hat, dann lohnt es sich oft, sich auch dorthin zu begeben und diesen Ort einmal genauer unter die Lupe zu nehmen:

- Technologiepartner haben oft ihre Standorte und Zweigstellen direkt am oder sogar auf dem Produktionsgelände der Rüstungsproduzenten. Immerhin ist gerade bei den komplexeren Systemen, die gemäß Kundenwunsch gefertigt werden, ihr Rat häufig gefragt und da ist es sehr viel einfacher, wenn man quasi Haustür an Haustür wohnt.
- Auf und an Forschungscampusen sind oft jene Unternehmen mit einem Büro oder einer Zweigstelle vertreten, die ein besonderes Interesse an der dort betriebenen Forschung haben. - Logistikdienstleister und andere Dienstleistungsunternehmen haben ihre Standorte und Zweigstellen ebenfalls auf oder nahe am Produktionsstandort der von ihnen belieferten Produzenten. Bei jenen Dienstleistern, die

sich auf die Rüstungsindustrie spezialisiert haben, ist das nicht anders und kommt vielleicht sogar noch häufiger vor, immerhin kann so das Rüstungsunternehmen besser überprüfen, ob auch alle Sicherheitsstandards beim Transport eingehalten werden.

- Ganz allgemein siedeln sich kleinere Zulieferer, die auch oftmals aus der Auslagerung bestimmter Unternehmensbereiche oder auch aus Startups entstehen, häufig in der unmittelbaren Nähe ihrer Großkunden an.
- Im Bereich der Luftfahrt, aber ebenso im Bereich der Marine und häufig auch im Fahrzeugbau haben sich so über die Jahre oft riesige Gewerbegebiete gebildet, in denen von spezialisierten Beratungsunternehmen, über Zulieferer und Logistikdienstleister, Softwareunternehmen bis hin zu Produzenten häufig ein Querschnitt durch eine ganze Branche vertreten ist. All das lässt sich durch einen Besuch vor Ort feststellen. Namen von ebenfalls ansässigen Unternehmen oder auch die Unternehmensnamen auf fremden Firmenfahrzeugen auf den Parkplätzen lassen sich so notieren und später recherchieren, um was für Unternehmen es sich handelt und ob eine Verbindung zu dem fraglichen Rüstungsunternehmen plausibel ist. Findet man nichts eindeutiges heraus, hält eine Verbindung aber für plausibel und vor allem für relevant, lohnt es sich zuweilen durchaus genauere Nachforschungen (wie in Schritt 3 angedeutet/beschrieben) anzustellen.

3. Der Teufel steckt im Detail

Mithilfe der in den Schritten 1 und 2 beschriebenen Methoden lässt sich bereits ein Großteil derjenigen Unternehmen identifizieren, die mehr oder weniger offen einräumen, dass sie etwas mit der Rüstungsindustrie zu tun haben. Was aber ist mit jenen Unternehmen, die derartige Verbindungen um jeden Preis zu verbergen versuchen, weil sie etwa fürchten Opfer von Angriffen und Sabotagen zu werden, oder auch, weil sie negative Schlagzeilen um ihr Unternehmen fürchten?

Sind nicht gerade auch diese Unternehmen von großem Interesse dabei, Schwachstellen in den Produktions- und Lieferketten der Rüstungsindustrie und ihrer Logistik zu identifizieren? Also tauchen wir noch ein wenig tiefer in die Materie ein.

3.1 verräterische Bürokratie

Viele Unternehmen geben auf ihren Webseiten und nach Möglichkeit auch sonst nirgends, wo dies massenhaft auswertbar wäre, lieber nicht an, dass sie Armeen und/oder die Hersteller von Waffen und Kriegsgerät beliefern. Sie treten auch nicht den einschlägigen Lobbyverbänden der Rüstungsindustrie bei und sind bei Waffenmessen und dergleichen nicht vertreten.

Es sind häufig jene Unternehmen, die einzelne Teile für beispielsweise Panzer liefern, deren Geschäftstätigkeit jedoch hauptsächlich darin besteht, die selben oder ähnliche Teile für z.B. die Automobilindustrie oder die Hersteller von schweren Baumaschinen zu liefern. Oder es sind Megakonzerne der Technologie- und Chemiebranche, deren Lösungen und Produkte in bestimmten Bereichen gewissermaßen Industriestandard geworden sind und die die Hersteller von Panzern, Kampffjets, Kriegsschiffen, Raketen, Satelliten und Waffen selbstverständlich ebenfalls beliefern,

so wie sie oft auch Aufträge von Polizei, Militär und Geheimdiensten entgegen nehmen.

Aber warum sollten sie das öffentlich kund tun? Sie brauchen diese Art der Werbung nicht, weil sie ohnehin direkte Kontakte besitzen und/oder ihre Kunden sowieso auf sie zukommen. Was jedoch als eine Leistung oder ein Produkt dieser Unternehmen nicht beschrieben wird, das hinterlässt häufig dennoch gewisse bürokratische Spuren. Immerhin ist die Rüstungsindustrie eine Branche, die sehr viel auf Geheimhaltung setzt, sei es von den militärischen Auftraggebern verordnet oder aus eigenem Interesse. Und da verlangt man oft eben auch von seinen Zulieferern, die Zugang zu bestimmten Informationen haben, dass diese die entsprechenden Standards der Geheimhaltung umsetzen.

Zudem gibt es in beinahe allen Ländern umfangreiche staatliche Verordnungen, die den Export und damit auch den Transport von Rüstungsgütern regeln. Und damit all das in der gesamten Produktionskette auch eingehalten wird, weisen Zulieferer oft schon entsprechende Zertifizierungen und Kompetenzen auf ihren Webseiten nach, ebenso wie die Produzenten oft entsprechende Formulare bereithalten, in denen derlei Zertifizierungen von ihren Lieferanten abgefragt werden. Und das ist natürlich verätherisch:

- Logistikunternehmen, die Gefahrgüter der Klasse 1 (explosive Stoffe) transportieren dürfen/können, haben sich sicherlich nicht umsonst um diese Zulassung bemüht. Und wenn sie dann auch noch Dienstleistungen anbieten, Güter zu transportieren, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, oder eine Erlaubnis des BKA besitzen, verbotene Waffen zu transportieren und/oder zu lagern, dann verfliegt schließlich jeder Zweifel daran, dass es sich hier um Logistikdienstleister der Rüstungsindustrie handeln muss.
- Unternehmen, die bei der Suche nach Mitarbeitern in den Stellenausschreibungen betonen, dass eine Bereitschaft zur Sicherheitsüberprüfung (Ü1, Ü2, Ü3) im personellen Geheim- und Sabotageschutz nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) der Bewerber*innen vorhanden sein sollte, weist häufig darauf hin, dass diese Unternehmen Aufträge von Behörden des Bundes, die eine besondere Geheimhaltung erfordern, entgegennehmen. Das sind sehr häufig Aufträge von Bundeswehr, Geheimdiensten und Polizeibehörden.
- Rüstungsunternehmen, sowie deren Zulieferer setzen häufig bestimmte Normen um, die entsprechende Unternehmensabläufe standardisieren und zertifizieren. Die ISO Norm 9001 beispielsweise entspringt der Rüstungsindustrie und kann ein Hinweis darauf sein, dass ein Unternehmen in dieser Branche tätig ist, sie wird jedoch mittlerweile auch von Unternehmen aus anderen Branchen umgesetzt. Die internationale Norm AS9100 ist da schon spezifischer und zertifiziert Unternehmen der Luft-, Raumfahrts- und Verteidigungsindustrie. Unternehmen, die derartige Normen umsetzen sollten zumindest im Verdacht stehen, mit der Rüstungsindustrie zu tun zu haben. Darüber hinaus gibt es etwa die United States Military Standards (MIL-*), die spezifische Normen für militärische Produkte festlegen und von entsprechenden Unternehmen umgesetzt werden. Die Umsetzung eines solchen Standards qualifiziert ein Unternehmen eindeutig als Rüstungsunternehmen.

3.2 sich die Hände schmutzig machen

Die bisher beschriebenen Methoden funktionieren sehr gut, um eine relative Breite an Informationen über die Rüstungsindustrie und ihre Zulieferer & Co. in Erfahrung zu bringen und man ist häufig überrascht, welche Informationen sich auf diesem Wege ermitteln lassen. Trotzdem stoßen sie an ihre Grenzen, wenn man sich beispielsweise sehr konkret für ein bestimmtes Unternehmen interessiert, oder auch für bestimmte Details. Letzten Endes wird man in diesen Fällen nur selten darum herumkommen, hinter dem Bildschirm hervorzukommen und ein paar Besuche zu machen.

Wenn wir im folgenden versuchen, ein paar einfachere Methoden der Recherche vor Ort zu skizzieren, dann jedoch nicht ohne die Warnung auszusprechen, dabei immer auf deine Anonymität zu achten. Es mag zwar vieles hier beschriebene völlig legal sein oder sich zumindest nicht um schwerwiegende Straftaten handeln, wenn jedoch der Zweck dieser Recherche ist, Schwachpunkte für einen späteren Angriff zu identifizieren, dann birgt es immer auch ein Risiko, dass später nachvollzogen werden kann, woher die für einen solchen Angriff benötigten Informationen stammen. Und nicht selten werden zu diesem Zweck auch einmal die Videoüberwachungsdaten der letzten Wochen und Monate ausgewertet, um auffällige Personen, die sich ein Gelände genauer angesehen haben, zu identifizieren und dergleichen mehr.

3.2.1 Besucher

Will man herausfinden, wer Zulieferer und Kund*innen eines Unternehmens sind, welche Dienstleister innerhalb des Unternehmens tätig sind, usw., so ist es naheliegend, sich die Besucher*innen dieses Unternehmens näher anzusehen:

- Wenn es sich um einen größeren Unternehmenssitz mit mehreren Gebäuden auf einem (meist eingezäunten) Werksareal mit mehreren Zugängen handelt, so macht es zunächst einmal Sinn, in Erfahrung zu bringen, welche Gebäude und vor allem welche Werksgeländezugänge relevant sind. Je nach Art von Besucher*in kommen dafür verschiedene Möglichkeiten in Betracht:

- Unternehmensvertreter, egal ob Kunden oder Lieferanten, werden meist in den repräsentativeren Gebäuden empfangen, und gelangen in aller Regel über den Haupteingang/Empfang auf das Gelände.

- Handwerker/Servicepersonal/ortsansässiges externes Personal anderer Unternehmen, das regelmäßig zu Besuch ist und vor Ort in die Abläufe des Unternehmens integriert ist, kann oft die gleichen Zugänge nutzen, wie auch das unternehmenseigene Personal, was eine Beobachtung sicherlich erschwert. Besonders typisch ist das für langfristig vor Ort eingesetztes IT-Personal, mit Umbau- und Reparaturarbeiten betraute Handwerker, sowie von den Hersteller*innen von Maschinen und Co. längerfristig entsandtes Wartungspersonal. Auch Sicherheitsdienste sind oft extern beauftragt. Bei sehr großen Werksgeländen, die nicht ohne weiteres hindernisfrei durchquert werden können, betritt externes ebenso wie internes Personal das Gelände meist in der Nähe ihres Einsatzortes, ist das Werksgelände jedoch eher überschaubar, dann hängt es oft von der Art der Anreise ab, wo das Personal das Werksgelände betritt.

- Konkrete Lieferungen erreichen die Unternehmen über die Lieferanten-
eingänge. Wenn es einem um die Logistikunternehmen und/oder um den
Fracht geht, dann sind diese in der Regel der geeignete Ort.

- Oft haben Unternehmen auch Besucher*innenparkplätze, die entspre-
chend zu einer Analyse der Besucher*innen ebenfalls interessant sein
können.

- Gerade die Vertreter*innen von Kunden und Zulieferern sind in der Regel
nicht uniformiert, d.h. sie tragen den Namen ihrer Firma nicht auf ihrer
Kleidung und häufig auch nicht auf ihren Fahrzeugen. Damit bleibt natür-
lich zunächst einmal undurchsichtig, woher ein Besucher stammt. Folgen-
de Möglichkeiten bieten sich an:

- Teilweise geben von außen einsichtige Dokumente in Fahrzeugen auf
Besucherparkplätzen Auskunft darüber, für welches Unternehmen ein
Besucher arbeitet (Ausgedruckte Schreiben mit Anfahrtsbeschreibung,
Parkausweise oder irgendwelcher Firmenmerch werden oft achtlos und
sichtbar im Wageninneren liegen gelassen).

- Das von Unternehmen, die besondere Sicherheitsinteressen haben, um-
gesetzte „Besuchermanagement“ sieht häufig vor, dass Besucher*innen
(und meist auch Angestellte) auf dem Werksgelände offen sichtbar einen
entsprechenden Ausweis mit sich führen, auf dem Name und Unterneh-
men vermerkt sind. Wenn es gelingt, einen Standort einzunehmen, von
dem aus diese Ausweise gesichtet/fotografiert werden können, kann das
die gewünschte Erkenntnis bringen.

- Natürlich können Besucher*innen nachdem sie das Gelände wieder ver-
lassen auch observiert werden, in der Hoffnung, dass diese im Anschluss
an ihren Unternehmenssitz zurückkehren.

Abgesehen davon, dass das unter allen Umständen unbemerkt bleiben
sollte und daher sehr aufwändig ist, sollte man sich jedoch überlegen, ob
das den Aufwand wert ist. Oft kehren Vertreter*innen nicht direkt in ihr
Unternehmen zurück, sondern besuchen noch weitere Kunden oder fah-
ren im Anschluss an ihren Kundenbesuch nach Hause, machen Mittags-
pause, fahren ins Hotel, usw. Vielfach haben sie auch lange Anreisewege,
wenn ihre Firma keinen Sitz vor Ort hat. Jemanden über hunderte Kilo-
meter zu verfolgen, nur um dann festzustellen, dass er*sie nach Hause
gegangen ist, etc. ist ziemlich frustrierend und meist gibt es einfachere
Möglichkeiten.

- Besucher*innen, die das Gelände verlassen können natürlich auch unter
einem erfundenen Vorwand angesprochen werden, in dem Versuch,
sie entsprechend auszufragen. Allerdings sollte dabei darauf geachtet
werden, dass dies möglichst außerhalb des Blickwinkels irgendwelcher
Kameras passiert und auch für die Besucher*innen selbst unauffällig/
uninteressant bleibt. Kaum etwas ist schlimmer als eine Begegnung, die
jemandem langfristig in Erinnerung bleibt.

3.2.2 Mitarbeiter

Will man mehr über die internen Mechanismen eines Unternehmens he-
rausfinden, kann es Sinn machen, mit den Mitarbeitern dort zu sprechen.
Je nachdem wie banal eine Information ist (manchmal reicht auch ein
„Sag mal ich habe mich immer schon gefragt, was ist das hier eigentlich,

wo du da gerade rauskommst?“) muss dazu jedoch oft erst eine Beziehung
zu den Mitarbeitern aufgebaut werden, die über ein einziges Gespräch hi-
nausgeht. Hier gilt das Gleiche wie beim Ansprechen von Besucher*innen:
Es kann extrem ungut sein, wenn sich ein Mitarbeiter später an eine*n
erinnern kann. Trotzdem seien hier ein paar Möglichkeiten skizziert:

In nahegelegenen Bars/Kneipen, in denen Mitarbeiter nach der Arbeit
verkehren lassen sich nicht nur deren Gespräche über die Arbeit vom
Nebentisch belauschen, sondern schon auch einmal mit dem einen oder
anderen Mitarbeiter ungezwungen anbandeln. Es ist ja nun nicht unüb-
lich, dass Leute diese Orte aufsuchen, um Kontakte zu knüpfen und auch
nicht, dass einst dort verkehrende Leute irgendwann nicht mehr auftau-
chen man nie wieder was von ihnen hört und es muss ja keine*r wissen,
dass man nur in der Absicht dort aufkreuzt, um eine bestimmte Informa-
tion zu bekommen.

Und sowieso sind Gespräche unter (scheinbar) betrunkenen Barbesuchern
nicht selten indiskret und nüchtern betrachtet seltsam. Um entspre-
chende Bars ausfindig zu machen kann man etwa Gruppen von Angestellten
oder auch einzelnen, die das Werksgelände verlassen unauffällig nach-
laufen, oder man schaut sich die unterschiedlichen Bars in der Umgebung
einfach mal an. Dass die Mitarbeiter dieser Unternehmen häufig entspre-
chende Werksausweise tragen hilft in diesem Fall dabei, sie zu identifi-
zieren. Was man auf jeden Fall berücksichtigen sollte ist, dass Angestellte
der Produktion in der Regel definitiv anders drauf sind, als Angestellte
des Managements/der Verwaltung und man je nachdem auf wen man es
abgesehen hat, gewisse Codes (Kleidung, Sprache, usw.) berücksichtigen
sollte.

Die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter*innen lassen sich über diese
in einem geradezu vertraulichen Rahmen ausfragen, wie dies oder jenes
bei ihnen läuft, usw. Weniger interessant sind dabei die Bürokratien in-
nerhalb der Gewerkschaften, in denen sich vor allem die gewerkschafts-
eigene Bürokratenkaste tummelt. Diese Leute vertreten schließlich mehr
oder weniger ebenfalls die Interessen ihrer Ausbeuter*innen, bzw. die
derjenigen, die ihre Gewerkschaftsmitglieder ausbeuten und haben den
Schutz ihrer Unternehmen relativ verinnerlicht.

Viel interessanter ist die Basis, mit der man bei Gewerkschaftsveranstal-
tungen, auf Demonstrationen, usw. in Kontakt treten kann. In Deutsch-
land sind die meisten Angestellten der Rüstungsindustrie wohl in der IG
Metall organisiert. Gewerkschaften sind out (verständlicherweise). Be-
sonders unter jenen, die sich in der mittleren und höheren Verwaltung
tummeln. In ist vielmehr, sich statt mit Arbeitskämpfen, mit der eigenen
Karriere zu beschäftigen.

Es mag da durchaus auch entsprechende Institutionen geben, die dies auf
direktem Wege tun, der unauffälligste Weg jedoch hat augenscheinlich
nur wenig mit der Karriere zu tun: Sport. Es gehört seit einigen Jahren
zum guten Ton, auch einen sportlichen Lebenslauf zu pflegen, über den
dann in der Arbeit munter gesprochen werden kann. Rennrad fahren,
Marathon laufen (Firmenmarathone gibt es ja genug), oder irgendwelche
anderen Sportarten, die gerade in sind. Oft gibt es historisch aus Werks-
sportvereinen entstandene Einrichtungen rund um die Firmengelände
von großen Unternehmen, in denen sich zahllose Angestellte dieser
tummeln, die jedoch auch anderen Personen offen stehen. Auch Boulde-

rhallen, Tennisvereine, Golfclubs, usw. in der Nähe dieser Unternehmen werden oft von Mitarbeitern des Managements frequentiert. Und Sport ist immerhin wie auch Bars/Kneipen ebenfalls ein üblicher Ort, um mit fremden Leuten anzubandeln.

Beste Voraussetzungen also, um das eine oder andere Detail und manchmal vielleicht sogar Firmengeheimnis in Erfahrung zu bringen, sei es durch das Mithören von Gesprächen oder das eigene Inkontakttreten mit einem Mitglied der Firma.

3.2.3 sich einschleusen

Eine grundsätzlich interessante Möglichkeit, um mehr über ein Unternehmen in Erfahrung zu bringen, ist sich dort auf dem Gelände anstellen zu lassen. Größter Nachteil dabei: Wenn man nicht gerade eine alternative Identität zur Verfügung hat, ist man im Anschluss namentlich bekannt und dank Finanzamt und Co. ist auch der Staat langfristig in Besitz der Information, dass man einmal in diesem Unternehmen gearbeitet hat.

Es bietet sich also vor allem an, sich nicht direkt beim fraglichen Unternehmen anstellen zu lassen. Auch wenn dem Unternehmen die eigenen Personalien in der Regel selbst dann bekannt sind, wenn man dort als Putzkraft arbeitet, ist die Verbindung weniger direkt und verjährt auch einmal, während Finanzamtunterlagen bis in alle Ewigkeit aufbewahrt werden. Der relative Aufwand dieser Methode, sowie ihre Risiken legen nahe, dass ihr Einsatz gut überlegt und geplant werden sollte und nach Möglichkeit andere Methoden vorgezogen werden sollten. Klar sollte auch sein, dass diese Methode nur dort Sinn macht, wo man sich ganz konkret Informationen von erheblicher Bedeutung verspricht und unserer Meinung nach keineswegs angewandt werden sollte, um nur ein paar weitere Zuliefererfirmen, etc. ausfindig zu machen, deren Relevanz sich nicht näher bestimmen lässt. Eine interessante Alternative dazu, sich in ein Unternehmen einzuschleusen kann auch der gezielte Einbruch sein, bei dem Dokumente und/oder Datenträger entwendet oder Computersysteme infiltriert werden. Beides sei hier jedoch nur als Möglichkeit ins Spiel gebracht und nicht näher diskutiert.

3.2.4 Logistik

Zuletzt sei hier noch auf einige Fragen hinsichtlich der Logistik eingegangen. Alleine die Logistikunternehmen, die Kriegsgerät verschippern, so-

wie ihre Logistikzentren zu kennen, genügt nicht unbedingt, bzw. ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Informationen darüber, wann und wohin Waffenlieferungen die Werksgebiete der Rüstungsunternehmen verlassen sind essenziell, um diese stoppen zu können. Dazu macht es Sinn, die feineren Details der Logistik rund um Rüstungsunternehmen zu kennen. Welche Route nehmen etwa die LKWs und/oder Züge, die vom Werksgebiet rollen? Wo legen die Fahrer*innen Zwischenhalte ein? Wo werden die Container auf Schienen/Schiffe/Flugzeuge/LKW verladen? Nehmen die Lieferungen den direkten Weg vom Firmengelände zu den Kunden oder werden die Produkte in Logistikzentren zwischengelagert? Werden die zur Herstellung benötigten Produkte und Rohstoffe direkt vom Zulieferer geliefert oder von einem Händler? Kümmern sich Logistikdienstleister darum, diese in Logistikzentren vorrätig zu halten und je nach Bedarf zu liefern, oder befindet sich diese Lagerhaltung auf dem Produktionsgelände? Je mehr dieser und weiterer Details aufgeklärt werden, desto mehr Möglichkeiten der Intervention ergeben sich daraus. Dabei kann es durchaus Sinn machen, LKW und Transporter (oft geht es in der Rüstungsindustrie auch um kleinere Mengen, für die

Kleintransporter ausrichten), die vom Werksgebiet der Rüstungsunternehmen rollen, zu observieren oder anderweitig zu verfolgen, welchen Weg diese nehmen. Zudem sind Regelmäßigkeiten bei der Anlieferung und dem Abtransport von Gütern von Interesse, sowie Korrelationen zwischen Phasen intensiverer Anlieferung und Großaufträgen, usw.

Dieser Artikel stellt eine Einführung dar, die selbstverständlich nur relativ selektiv einige Methoden zur Recherche von Informationen über die Rüstungsindustrie vorstellen kann. Er soll allen Interessierten als eine Inspiration dienen, eigene Methoden zu entwickeln, die Rüstungsindustrie hinter dem Schleier hervorzuzerren mit dem sie sich umgibt und ihre Schwachstellen offenzulegen. Auf dass die Rauchschwaden der Zerstörung bald nicht mehr über den Schlachtfeldern dieser Welt aufsteigen, sondern über den Produktionsstätten dieser Todesindustrie!

ruestungsindustrie.noblogs.org

Für eine neue internationale anarchistische Koordinierung gegen den Krieg!

„Krieg ist das höchste Spektakel einer komplett mechanisierten Gesellschaft.“
Lewis Mumford

Es ist keine Überraschung und kein Zufall, dass wir wieder einmal eine europäische Großstadt in apokalyptischen Ruinen sehen, dass Mariupol zu einem neuem Aleppo geworden ist. Dabei erinnern wir uns an die Bilder von Sarajevo während dem jugoslawischen Bürgerkrieg und daran, dass uns Konflikte zwischen Nationen und zwischen imperialistischen Supermächten nie verlassen haben.

Wenn, dann ist der Krieg in der Ukraine eine Fortführung des Angriffs, der gegen alles Leben auf diesem Planeten geführt wird. Dabei sind die Geopolitik und der Krieg selbst Symptome eines destruktiven Prozesses, welcher der techno-industriellen Zivilisation zugrunde liegt, in einem Maßstab, der alles Leben zu verschlingen droht. Krieg war dabei immer schon auch ein Werkzeug zur Abrichtung und Disziplinierung, um die Massen zu kontrollieren, und auch um das Individuum einzuschränken.

Den Krieg in der Ukraine sehen wir da als keine Ausnahme zu anderen fortlaufenden Konflikten wie den in Syrien oder den im Jemen. Es ist eine Illusion der Propaganda, zu glauben, dass dies lediglich ein Konflikt zwischen einer vermeintlich demokratischen Nation und einem faschistischen Unterdrücker wäre. Zelensky ist kein Unschuldslamm. Es gibt viel Indizien, dass Zelensky die Neonazis, die den jungen ukrainischen Staat in der Vergangenheit bedroht haben, mit offenen Armen empfangen hat. Dabei hat Zelensky sogar das Azov Battalion an der Seite des SBU (der ukrainische Geheimdienst, der vom CIA aufgebaut wurde) eingesetzt, um die Opposition niederzuschlagen, egal ob sich um die pro-russische Opposition, die linke oder die kommunistische gehandelt hat.

Natürlich ist das keine Ausrede für Russland oder Putin, deren Zusammenarbeit mit Söldnern gut dokumentiert ist, wie etwa der Wagner Group, die mit Nazis überfüllt ist und die in Syrien, Libyen und Mali Greultaten verübt hat. Wenn man dann noch die Tatsache hinzufügt, dass die NATO Waffen an die Ukraine geliefert und Training zur Verfügung gestellt, sowie aktiv offen faschistische Gruppe, wie des Azov Battalion, unterstützt hat, dann vervollständigt sich das Bild einer Reminiszenz an den kalten Krieg. Jedoch, wer zahlt die Kosten für diesen Krieg? Jene Männer, die zwangsrekrutiert werden, jene Frauen und Kinder, die unter den Trümmern sterben, jene, die in Massengräbern vergraben werden, jene, die der Kriegspropaganda glauben, während die Köpfe abgewandt sind von den tatsächlichen Strategien der sich im Spiel befindlichen Mächte, deren Strategie es ist, die Bevölkerung zu kontrollieren, während sich der Rest der Welt am Spektakel beteiligt, glücklich, dass ihr sozialer Frieden aufrecht erhalten und ihr Komfort nicht unterbrochen wird, dass die Sicherheit ihres endlosen Konsums ungestört fortläuft, während die leviathanische Todesmaschine verschlingt, was von der natürlichen noch Welt übrig ist.

Eine der größten Nutznießerinnen des Krieges ist die Technologie samt den Profiten, die mit ihr gemacht werden können. Bereits sehr früh sehen wir in diesem Konflikt die allseits gepriesene internationale Hilfe in Form neuer technologischer Waffensysteme und bewaffneter Technologien. Neben den Anti-Panzerraketen, NLAWs und Javelins, werden Drohnen in diesem Krieg auf einem neuen Maßstab eingesetzt, sei dies zu Zwecken der Überwachung oder des Angriffs; z.B. finden AeroVironment Inc's Switchblade Drohnen Verwendung, diese werden als Kamikazedrohnen beschrieben, die klein genug sind, um in einen Rucksack zu passen. Das ist ein weiterer Schritt hin zum Konzept von Drohnenschwärmen, die künstliche Schwarmintelligenz verwenden sollen. Gesichtserkennung, die bereits davor in repressiven Kontexten benutzt wurde, ob in den Straßen, an den Grenzen oder während und nach einem Krawall, um alle zu identifizieren, die es wagen Widerstand zu leisten, wird jetzt auch verwendet um Feinde oder Körper von Soldaten zu identifizieren, wobei der ukrainische Staat auf den größten Anbieter weltweit – Clearview AI – zurückgreift.

Die Firma selbst hat bereits eingeräumt, dass sie über Milliarden von Bildern verfügt, die auf der russischen social Media Seite Vkontakte gespeichert sind. Nichtsdestotrotz werden diese Technologien, wie üblich, mit ihren vermeintlichem vorteilbringenden Verwendungen angepriesen, als da wären, die Wiedervereinigung von Flüchtlingen miteinander, jedoch gibt es auch Indizien, dass diese auch von anderen Abteilungen der ukrainischen Regierung für andere Zwecke genutzt werden, etwa um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten, womit die Überwachungsgesellschaft eine weitere Ecke der Welt kolonisiert. Darüber hinaus hat Elon

Musk, nach einem Aurf von Zelensky, seine Space X Starlink Satelliten eingesetzt um der Ukraine nach dem Zusammenbruch von Netzwerken in vielen Teilen des Landes Internet zur Verfügung zu stellen.

Das ist eine weitere Legitimierung dieser neuen Technologie, die nicht nur den Weltraum weiter kolonisiert und verschmutzt, sondern auch die Macht der Technokraten vergrößert, sowie eine Abhängigkeit von diesen innerhalb eines Krieges erzeugt. Der Traum, den Planeten mit Hochgeschwindigkeitsinternet zu bedecken, ist auf gutem Weg, da es es wohl klar ist, dass es nicht angehen kann, keinen Zugang zu Twitter oder TikTok zu haben, während man in Schutt und Asche gebombt wird und rund um einen Menschen sterben.

Wie wir in vorangegangenen Publikationen [Dark Nights] breits beschrieben haben, sind wir inmitten eines monumentalen Transformationschubs wie Gesellschaft, Staat, Kapitalismus und die gesamte Zivilisation funktionieren. Durch diesen technologischen und wissenschaftlichen Schub, der dazu führt, dass unser aller Leben noch viel feinmaschiger von Kontrolle durchdrungen werden, wird es Konflikte und Kriege geben, da bestimmte Mächte darum konkurrieren, nicht nur die Hauptverfüger über die Technologien zu werden, sondern auch um ihren Einfluss über den Planeten auszuweiten und die Ersten zu sein, die Zugang zu den schwindenden Rohstoffen haben und auch über neue Rohstoffe, um neue Technologien zu konstruieren.

Wir sehen den Krieg in der Ukraine als das Fortlaufen eines Prozesses, der sich bereits in der sich immer noch fortsetzenden Pandemie abgespielt hat, der mit einer drastisch gesteigerten Kontrolle über ganze Bevölkerungen einhergeht. Gemeinsam mit diesen kürzlich aufgetretenen Verschiebungen, wird das Bild perfekt, eines sozialen Friedens, der aus den Angeln gehoben wird.

Wir betreten bereits das, was als eine "Lebenskosten-Krise" beschrieben werden kann, die sich durch eine zunehmende Inflation und die Zunahme von Energiekosten ausdrückt, eine Konsequenz der Pandemie. Nichtsdestotrotz werden wir wieder und weiter in die Arbeitsgallen gezwungen, die immer mehr einem Gefängnis aus Überwachung und Kontrolle gleichen, sei dies durch die Zunahme der Automatisierung oder die konstante Überwachung jeder Handlung oder sogar die absolute Umwandlung der Arbeitstätten in eine Sklaverei nach Amazon Maßstäben.

Unter all dem ist es nicht nur klar, dass ein neuer „neuer Kalter Krieg“ am brodeln ist, sondern auch das, was einst als „Energiekrieg“ beschrieben wurde. Russland verfügt mitunter über die größten Gas- und Ölreserven der Welt und die westlichen Mächte haben bereits vor dem Krieg davon gesprochen nicht von Russland abhängig sein zu wollen. Das soll erreicht werden indem sie autonom in Energiefragen werden, durch weitere Ausbeutung ihrer eigenen fossilen Brennstoffe oder durch eine Zunahme der sogenannten erneuerbaren Energien.

Egal wie es weitergeht, die Zerstörung des Planeten durch eine Zunahme der Ausbeutung von fossilen Brennstoffen in neuen Gebieten sowie durch den Einsatz von destruktiveren Methoden, gemeinsam mit der Zunahme von „grünen Technologien“, die durch den Abbau weiterer Rohstoffe die Welt weiter verschmutzen, scheint eine größere Priorität zu sein als ein Ende des Kriegs.

Wo stehen wir als Anarchist*innen innerhalb der Kriege, die von Nationalstaaten, Supermächten und Technokraten geführt werden? In der Ukraine haben Anarchisten bereits etwas formiert, was sie als "Resistance Committee" bezeichnet haben, etwas das offen Teil der Territorialen Verteidigung der Ukraine ist, was wiederum direkter Teil der ukrainischen Streitkräfte ist. Diese „Anarchisten“ nehmen Teil an einer Einheit der Armee des ukrainischen Staats, desselben ukrainische Staats, der Neonazis in seiner Armee willkommen geheißen hat. Jene, deren Anführer von Zelensky selbst mit Orden versehen wurden, jene, die offen ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht haben: „die weißen Rassen der Welt in einem finalen Kreuzzug anzuführen.“

Wir könnten weitermachen und auf die äußerste Korruption und die Verbindungen des ukrainischen Staates zu Faschisten eingehen, jedoch heben wir uns das für einen zukünftigen Text auf, der den Aufstieg des Nationalismus, der Faschisten und Neonazis in der Ukraine und Russland beleuchtet wird; wie die Ukraine zu einem tatsächlichen Fokuspunkt und Trainingsboden für die internationale faschistische Bewegung geworden ist, ermuntert sowohl durch die NATO als auch durch den russischen Staat. Der ukrainische Staat darf nicht verwechselt werden mit der spanischen Republik während dem spanischen Bürgerkrieg, es handelt sich hier nicht einmal um eine Situation wie die schadvolle Allianz der Machnovisten mit den Bolschewisten; Nein!, das ist eine willentliches Anschließen an eine Armee, die auch Neonazis als Teil von sich toleriert und jeder, der von sich behauptet, Anarchist zu sein, sollte mit diesen nichts zu tun haben.

Weiter haben diese „Anarchisten“ sogar die grundlegendsten Prinzipien des Anarchismus und die Involviertheit von Anarchisten in Konflikten in der Vergangenheit vergessen. Anarchisten kämpfen nicht innerhalb einer staatlichen Armee, ziehen keine Uniform an, lassen sich keine Befehle erteilen, gehorchen nicht der Autorität der Offiziere. Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg verloren ihre Leben in den Maitagen 1937 nicht nur im Kampf gegen eine neue Staatsformierung und eine Konterrevolution sondern auch im Widerstand gegen die Militarisierung ihrer eigenen Milizen. 1916 haben Kropotkin, Jean Grave und andere Anarchisten das unentschuld bare „Manifest der Sechzehn“ verfasst, womit sie andere Anarchisten ermutigten am ersten Weltkrieg auf der Seite der Alliierten teilzunehmen, da die Zentralmächte anscheinend besiegt werden mussten, während Millionen in den Schützengräben für Nationalismus und Imperialismus starben. Rudolf Rocker wiederholte im zweiten Weltkrieg denselben Fehler, indem er argumentierte, dass der Kriegseinsatz der Alliierten im zweiten Weltkrieg ein gerechter wäre, da dieser letzten Endes zu einer Erhaltung von freiheitlichen Werten führen würde!

Als wenn der Gedächtnisverlust der Vergangenheit nicht genug wäre, scheinen diese „Anarchisten“ damit d'accord zu gehen einer Armee beizutreten, die von NATO Ländern ausgestattet und trainiert wird, genauso wie andere „Anarchisten“, die sich den kurdischen Kräften in Syrien angeschlossen haben. In diesem Krieg waren sie sogar d'accord damit, dass sie NATO-Luftunterstützung hatten und dass sie mit NATO-Spezialkräfte gemeinsame Sache im Kampf gegen den islamischen Staat gemacht haben.

Es gibt eine Gemeinsamkeit hier zwischen dem was in Rojava passiert ist und dem was in der Ukraine passiert, die Tendenz eines militarisierten libertären Kommunismus, der nicht anarchistisch ist, dessen Wurzeln weit zurückreichen und der die internationalen anarchistischen Kreise zu so ei-

nem Ausmaß korrumpiert hat, dass sie anfangen Kommunisten, Liberale und Linke zu spiegeln und schließlich dazu verkommen in eine Praxis zu verfallen, die keine Gefahr mehr für ihr Zuhause ist, da ihre vermeintliche Revolution niemals gewaltsam dort durchgeführt wird, wo diese her sind, dort wo sie lediglich eine noch schlimmere Version von Zivilgesellschaftlichkeit und Aktivismus predigen und ermutigen.

Wir haben in der Zukunft eine lang überfällige Kritik zu machen bezüglich dieser Abweichung in internationalen anarchistischen Kreisen. Anarchisten sind prinzipiell antimilitaristisch. Sie haben sich der Rekrutierung in vielen Weisen entzogen. Anarchisten haben sich selbst als antifaschistische Partisanen in den bewaffneten Kampf begeben während dem zweiten Weltkrieg, wo sie, wo immer ihnen das möglich war (z.B. Carrera, Pistoia, Genua und Mailand), autonome Formationen etabliert haben.

Die „Galleanisten“ führten im ersten Weltkrieg ihren eigenen Krieg gegen den amerikanischen Staat obwohl dieser am ersten Weltkrieg gegen Deutschland teilnahm [also auf Seite derer stand, der sich die Anarchisten laut dem Manifest der Sechzehn anschließen sollten]. Seither war das Militär und seine Industrie Ziel von anarchistischen Angriffen. Sei dies z.B. der Kampf gegen die Raketenbasis in Comiso, im Italien der 1980er, oder die Angriffe die Informellen Anarchistische Föderation, deren Zellen international militärische Ziele sowie ihre Zulieferer angegriffen haben. Etwa die Angriffe im Vereinigten Königreich: wie der Angriff auf die Zugverbindung, die das Verteidigungsministerium mit Rüstungsunternehmen verbindet, Brandstiftungen gegen die Royal Marines Reserves oder einen Brandanschlag gegen BAE Arms. In den letzten Jahren wurden zudem Rüstungsunternehmen und das Militär immer wieder zum Ziel von Zellen der Direkten Aktion in Griechenland, genauso wie in Deutschland, wo erst vor kurzem Autonome Zellen Militärfahrzeuge von MAN angegriffen haben und die Büroräume der Rüstungsfirma OHB in Bremen angezündet haben. *[In der Dark Nights Nr. 51, woraus dieser Text stammt, sind die Bekennerschreiben zu den erwähnten Angriffen wiedergegeben.]*

Aus dieser sehr kurzen und beschränkten Chronologie geht nichtsdestotrotz hervor, dass das Militär und seine Zulieferer, dass die Profiteure von Krieg und Tod immer Ziele von Anarchisten waren, zusätzlich – wie davor schon gezeigt wurde – gab es immer die klare Tendenz gegen alle Staaten zu kämpfen – auch in Kriegszeiten. Wann gibt es denn keinen Krieg, irgendwo auf der Welt? Sind wir nicht konstant im Krieg mit unseren Feinden, sei es Staat, Kapitalismus, Technologie, Faschisten, Zivilisation? Und schließt das nicht deren Armeen mit ein? Antimilitarismus ist Teil unseres Kriegs gegen das Bestehende, wir sind nicht die Pazifisten einer Anti-Irakkriegs-Ära, die nichts aufgehalten haben, genausowenig sind wir populistische Ökoliberale, die mit ihren Untergangsbotschaften hausieren gehen. Wir kämpfen keine nationalistischen oder imperialistischen Kriege, wir machen keine unmöglichen Querfronten, mit jenen, die uns augenblicklich foltern und töten würden, wenn wir ihnen einmal den Rücken zukehren und sie die Möglichkeit dazu hätten.

Vergangene anarchistische Kämpfe sollten uns lehren, dass es keine Verhandlung mit Leuten geben kann, die das bestehende Gefängnis fortsetzen wollen, egal wie libertär oder demokratisch sie versprechen zu sein. Was in der Ukraine mit den „Anarchisten“ passiert, die innerhalb der bewaffneten Streitkräfte eines Nationalstaates kämpfen, einem Staat, der sich selbst mit Faschisten verbündet hat, ist ein Verrat von allem An-

archistischem und sollte nicht als anarchistisch bezeichnet werden. Diese „Anarchisten“ scheitern darin Autonomie zu realisieren und sie scheitern auf vollere Linie darin einen Konflikt gegen alle Autoritäten zu erschaffen, gegen alle Staaten, alle Ausdrücke von Macht.

Dem entgegengesetzt schlagen wir die informelle anarchistische Organisation vor, wie wir das immer getan haben, von Affinitätsgruppen und Zellen. Dabei stellen wir die urbane Guerilla gegen den Soldaten in Uniform, der gegen seinen Willen zwangsrekrutiert ist, um andere abzuschlachten. Wir rufen einmal mehr zu einer internationalen Koordinierung auf, nicht nur gegen die NATO und den russischen Staaten, sondern gegen alle Staaten. Unser Krieg richtet sich gegen jede Form von Militarisierung, gegen jede Abrichtung und Disziplinierung, gegen jede Verhandlung mit der Macht und den Autoritäten, die die gesamte Gesellschaft durchdringen. Er richtet sich nicht nur gegen militärische Ziele, sondern gegen alle

Ausdrücke von Kontrolle, von den Bullen zu den Bossen, von den Technokraten zu den Soldaten, gegen alle Politiker und Banker, gegen alle, die uns einsperren und die von der Einsperrung profitieren, die alles Leben auf diesem Planeten zerstört und tötet.

Der techno-industrielle Gefängnis-Komplex und sein Militär muss in die Luft gesprengt und niedergebrannt werden! Für 10, 100, 1000 aufständische und revolutionäre anarchistische Zellen! Für eine neue internationale anarchistische Koordinierung!

#325 Collective

Frei übersetzt und an mehreren Stellen (leicht) gekürzt aus 'Dark Nights – For mutual aid & solidarity' May 2022 #51.

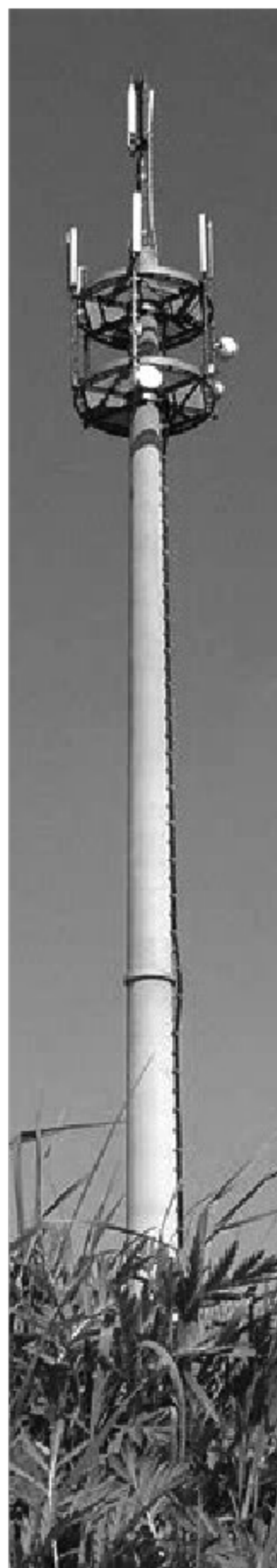
[LE] DB-Funkmast angezündet Militarismus angreifen!

Dokumentation:

Wir haben die deutsche Bahn als Teil der Kriegslogistik in Europa angegriffen. Wir haben nicht vergessen, dass dieser Konzern (auch wenn er sich zurzeit mit "humanitären" Lieferungen in die Ukraine, das Image reinwaschen will) seit Jahren an Waffenlieferungen beteiligt ist. Insbesondere unsere Freund*innen in Rojava werden tagtäglich mit durch die DB gelieferten Waffen getötet. Die Kooperation zwischen der deutschen Bahn und dem faschistoiden Regime Erdogans ist eng.

So haben wir in der Nacht vom 28. auf den 29. April einen Funkmast der DB in Markkleeberg abgefackelt. Die Strecke an der der Funkmast steht wurde und wird wiederholt für Waffenlieferungen benutzt. Wir versuchen so der aktuellen Kriegslogik mit unseren Mitteln etwas entgegen zu setzen und wünschen uns möglichst hohen Sachschaden. Wenn die Strecke nicht zum Transport von Militärfahrzeugen genutzt wird, werden hier fleißig Autos, Kohle und andere zerstörerische Rohstoffe in alle Welt verschickt.

Was uns außerdem motiviert, ist der Versuch endlich aus der Ohnmacht auszubrechen, die mindestens seit Corona besteht. Sabotage an Kriegsgerät scheint keine gängige Praxis zu sein und wird außerdem durch das übliche Ge-



lauer von bürgerlichen Linken versucht zu diskreditieren (à la: "Natürlich muss die Ukraine Waffen bekommen - da wird doch die freie Welt verteidigt!")

Wir glauben nicht an "die Avantgarde", aber wenn wir andere zur Sabotage motivieren können, bleibt uns ein Lächeln natürlich nicht erspart.

Die Rauchschwaden unseres Feuers mögen nach München ziehen, wo gerade ein Ermittlungsverfahren nach §129 inklusive Hausdurchsuchungen eingeleitet wurde.

Militarismus angreifen!
Für die Anarchie!

[Vorgehensweise: Eine 1Liter Flasche mit 2/3 Motoröl 1/3 Benzin, Eine 1Liter Flasche mit Benzin. Das ganze entzündeten wir mit einer 0,5Liter Flasche inklusive Benzin an der Grillanzünder mittels Kabelbinder befestigt wurde. Das ganze legten wir auf die Kabelstränge, die vom Schaltkasten zum Mast führen. Dazu sei gesagt: Wenn ihr an einem belebteren Ort seid, verwendet Zeitzündler!]

anonym

Legal, Illegal, Extralegal

Staatliches Töten im Krieg

Der Staat unterwirft die ihm zugehörigen Bürger seiner Herrschaft. Das ist seine erste und grundlegende Leistung. Darauf beruht alles, was er mit seinen zum Volk zusammenregierten Menschen sonst noch anstellt und für sie tut. Entsprechend duldet kein Staat die Relativierung seiner Herrschaft. Etwaige Versuche von innen gelten als Verbrechen, die Versuche von außen führen zu zwischenstaatlichen Konflikten. Ein souveräner Staat macht sich nicht von Bedingungen abhängig, weder von höheren Instanzen oder übergeordneten Regeln, noch von den Ansprüchen einzelner Bürger:innen.

Während die Ausübung der Gewalt im Inneren durch die Gesetze geregelt ist, kommt es in zwischenstaatlichen Konflikten zur Gewaltausübung gegen fremde Bürger:innen, wobei die Gesetze der beiden kriegsführenden Staaten die Gewalt kaum einschränken und regeln. Auf fremdem Territorium befolgt der staatliche Gewaltapparat die eigenen Gesetze nicht und bricht bereits durch die eigenmächtig verfügte Anwesenheit die Gesetze der anderen.

Von den eigenen Bürger:innen verlangt und erwartet die Staatsgewalt grundsätzlich eins: Unterwerfung. Sie sollen wissen, dass und wem sie gehorchen müssen und wie sie sich entsprechend verhalten. Bei kriegerischen Handlungen muss angenommen werden, dass die Bürger:innen der verfeindeten Staaten sich ihrer Staatsgewalt gegenüber genauso gehorsam verhalten, wie der kriegsführende Staat es von den eigenen verlangt. Das daraus resultierende Misstrauen prägt das Verhältnis des Militärs zur Zivilbevölkerung der verfeindeten Staaten.

Russland kündigte beim Einmarsch in die Ukraine an, die ukrainische Bevölkerung vom Joch der dortigen Regierung zu befreien. Die ukrainische Staatsführung wird von Moskau nicht nur als feindlich gegenüber Russland, sondern auch als feindlich gegenüber den eigenen Bürger:innen bezeichnet. Von Letzteren schien die Führung Russlands anzunehmen, dass etliche mit ihrer Staatsangehörigkeit unzufrieden sind und lieber russische Bürger:innen wären. Diese Annahme zerfiel schon in der erste Kriegswoche. Stolz präsentierte die ukrainische Seite Bilder von Waffenverteilungen an wehrwillige Zivilist:innen, was bei der westlichen Öffentlichkeit für Entzückung sorgte.

Russland gab als eines der Kriegsziele offiziell aus, ukrainische Bürger:innen, die sich seit 2014 im Kampf gegen die Sezessionsbestrebungen besonderes blutig hervorgetan haben, juristisch zur Rechenschaft zu ziehen. Die ukrainische Seite hat klargemacht, dass die prorussische Haltung als Staatsfeindschaft und eine Zusammenarbeit mit den „Volksrepubliken“ als Verrat gilt. Wenig überraschend, dass Zivilist:innen von nun an nicht mehr einfach als solche gelten können – für die Kriegsparteien teilen sie sich in loyal und feindlich auf. Der Schutz ihrer Leben findet seine Grenzen häufig dort, wo die der eigenen Kombattanten als gefährdet gelten. Der Übergang von der Inkaufnahme zufälliger ziviler Opfer zur gezielten Einschüchterung der feindlich gesonnenen Bevölkerung bleibt fließend.

Zudem behalten die Staaten, die über genug militärisches Potenzial verfügen, sich die Option vor, ihre Feinde überall jenseits der eigenen Grenzen auch ohne Gerichtsprozess zu töten. Einige Staaten sind auch stark genug, es offiziell zuzugeben, wie die USA im Falle von Osama Bin Laden. Andere, wie Russland, dessen Präsident Wladimir Putin schon zu Anfang seiner Amtszeit ankündigte die Terroristen überall auf der Welt „kalt zu machen“, drohen zwar damit, leugnen jedoch ihre Beteiligung in jedem einzelnen Verdachtsfall.

Vor diesem Hintergrund ist das, was die russischen Truppen in Butscha und anderen Städten hinterließen schockierend, aber wenig überraschend. Die Feindschaft zum anderen Staat lässt sich, je länger ein Krieg dauert, immer weniger von der Feindschaft zu seiner Bevölkerung trennen. Die eigene Bevölkerung gilt dem Staat als Manövriermasse und die andere Bevölkerung wird als die des Feindes wahrgenommen.

Noch viel weniger als die Grausamkeit überraschen die Reaktionen darauf. Während Russland in routinierten „whataboutism“ (mit Erinnerungen an die Taten der USA und Ukraine bei ihren „anti-terroristischen Operationen“) verfällt und die „Truther-Trolle“ mit neuen Verschwörungstheorien füttert, deklariert die ukrainische Seite die Toten als Opfer eines „Genozids“. Die ideologische Kriegsbeurteilung Russlands, man wolle eine freundlich-neutrale Ukraine schaffen, kontert die dortige Regierung mit der These, die Morde von Butscha stellen keinen Exzess oder Mittel der Kriegsführung, sondern deren Ziel dar. Kurz darauf holt der Historiker Timothy Snyder einen Text des „Polittechnologen“ Timofei Sergeizew vom russischen Nachrichtenportal „RIA Nowosti“ hervor und erklärt diesen zum russischen Programm zur Vernichtung der ukrainischen Identität. Da sich in der russischen Propaganda das sowjetische Ideologem „Russen und Ukrainer sind zwei Völker, die historisch zusammen gehören“ stets mit der zaristischen Rhetorik „Ukrainer gibt es gar nicht“ abwechselt, klingt es alles fast überzeugend, solange das Auslöschen von Identität mit dem Auslöschen von Menschen zusammengedacht wird. Für die Nationalist:innen ist es keine schwere Übung. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky setzt den angeblichen russischen Plan mit „Deeuropäisierung“ gleich – die Botschaft an seine Verbündete ist unmissverständlich. Russen, so der ukrainischer Staatschef, töten Europäer für ihre Europäersein. Endgültige Klarheit bringt der Präsident des mächtigsten kapitalistischen Staates der Welt, indem er öffentlich verkündet, Putin begehe in der Ukraine „Völkermord“.

Angesichts dessen, dass Russland immer noch an der Version festhält, in die Ukraine gerade deshalb einmarschiert zu sein um einen Völkermord zu verhindern, wird die Tragweite der Frage offensichtlich, nämlich wer definiert, was ein Völkermord ist und was nicht. Ein wichtiger Beitrag für die Mobilisierung und zur Legitimierung des Krieges.

Alexander Amethystow

Belarus: Widerstand gegen den Krieg

Das Regime von Alexander Lukaschenko hat sich seit Februar zum Komplizen der russischen Aggression gegen die Ukraine gemacht und sein Territorium als Aufmarschgebiet für die Invasion zur Verfügung gestellt. Das belarussische Militär selbst ist jedoch (noch) nicht direkt in aktive Kampfhandlungen eingestiegen. Die wichtigste Kriegsabschreckung – eine nahezu völlige Ablehnung der belarussischen Gesellschaft gegenüber einer Beteiligung am Krieg. Die prägnanteste Form der weißrussischen Antikriegsbewegung sind massive Widerstandsaktionen gegen das Eisenbahnnetz des Landes.

Als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine schwappte eine Welle der Sabotage über das Land: Kriegsgegnerinnen versuchten, die Eisenbahnen unbrauchbar zu machen, um zu verhindern, dass russisches Militärgerät durch belarussisches Gebiet fährt. Nach Angaben des belarussischen Innenministeriums wurden bereits 80 Sabotageakte verübt. Unabhängige Medien bezeichneten diese Kampagne als neuen „Eisenbahnkrieg“ – die Bezeichnung für belarussische Partisanenangriffe auf Eisenbahnlinien während der Nazi-Besatzung. Die Aktivistinnen werden als „Partisanen“ bezeichnet.

In den Augen der meisten Belarussen scheint das Risiko, öffentlich zu protestieren – verglichen mit seiner Wirksamkeit – in der gegenwärtigen Situation zu hoch. Dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der erneut verschärften Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

So wurden etwa 1.100 Menschen verhaftet, nachdem als Reaktion auf die russische Invasion Ende Februar Antikriegsproteste organisiert wurden. Ein Teil des Protests hat sich stattdessen auf klandestine Widerstandsformen verlagert. Eine Schätzung des belarussischen Innenministeriums geht von mehreren hundert Partisanen aus, die direkt am belarussischen „Eisenbahnkrieg“ beteiligt sind. Aktivistinnen gehen von Tausenden von Unterstützerinnen aus.

Die häufigste Form der Sabotage ist das Inbrandsetzen von Signalschaltkästen, so dass die Signale dauerhaft auf Rot schalten und der Zugbetrieb nur noch ‚manuell‘ durch Freigabe der Strecken per Funkkommunikation möglich ist. Dadurch werden die Züge gezwungen, mit einer Geschwindigkeit von 15 bis 20 Kilometern pro Stunde zu fahren. Anfang März behauptete ein Telegram-Kanal belarussischer Eisenbahnerinnen, dass russische Militärtransporte als Folge des „Eisenbahnkriegs“ eingestellt worden seien. Auch Oleksandr Kamyshin, Chef der ukrainischen Eisenbahngesellschaft, deutete in einem Interview an, dass die Aktionen der Partisanen zu einem zeitweiligen Stillstand des Eisenbahnverkehrs geführt hätten. Die russischen Militärtransporte seien sieben Tage nicht voran gekommen. Russische Logistikzüge verkehrten zwar danach wieder in Belarus, aber es würden Vorsichtsmaßnahmen zu ihrem Schutz getroffen: Sie führen nicht mehr nachts und immer mehr Waffen und Munition würden in normalen Güterwaggons transportiert, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. „Aktivistinnen versuchen, Transporte von Militärgütern zu blockieren oder zu

verzögern, vor allem in den Regionen Homiel und Brest, wo die Truppen in Bewegung sind“, sagt Pavel Latushka, einer der führenden Köpfe der belarussischen Opposition.¹

Cyberpartisanen

Den Auftakt der Sabotageserie machte jedoch ein Hackerangriff. Sogenannte *Cyberpartisanen* legten mit ihrer Cyberattacke am 27. Februar (drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine) das Computernetz der weißrussischen Eisenbahngesellschaft lahm. Auf zwei Hauptstrecken fuhren gar keine Züge mehr, alle anderen im Land mussten auf Sicht fahren (15–20 km/h). Fahrkarten konnten nicht mehr gebucht werden – an den Bahnhofsschaltern mussten sie per Hand ausgestellt werden. Bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges, am 24. Januar hatten die Hackerinnen die belarussische Bahn infiltriert und einige Server, Datenbanken und Workstations verschlüsselt, um die Bewegung russischer Truppen zu sabotieren, „da die Spannungen über eine mögliche erneute Invasion in der Ukraine zunehmen“.²

Die Cyberpartisanen werden auf etwa 30 Personen geschätzt; nicht alle agieren von Belarus aus. Einige von ihnen sind ins Ausland gegangen. Zum ersten Mal traten die Cyberpartisanen im September 2020 in Erscheinung, als es in Belarus vielfältige Protestaktionen gegen die offenkundig gefälschte Präsidentenwahl gab – und zunehmende Repressionen gegen die Demonstrierenden. Damals war es ihnen gelungen, in die internen Systeme des belarussischen Sicherheitsapparates einzudringen und zu zeigen, wie das immer autoritärere System von Alexander Lukaschenko im Inneren funktioniert. Am 8. Juli 2021 gelang ihnen ihr bislang größter Coup: Sie erbeuteten von Regierungsservern sechs Terabyte geheimer Informationen, darunter auch die internen Datenbanken des Innenministeriums. Seitdem veröffentlichten sie einige der Interna häppchenweise auf Youtube: Namen und Adressen von Geheimdienstmitarbeitern, wer die Befehle zur Festnahme von Demonstrantinnen erteilt hatte, auf welche Weise die Sicherheitskräfte die Gerichte kontrollierten und unerträgliche Bedingungen für die Verhafteten schufen. Lukaschenko wies daraufhin seine Sicherheitskräfte an, zum Papier zurückzukehren, wenn sie Informationen auf ihren Computern nicht sichern könnten.

Bei der Bewertung der erbeuteten Regierungsdokumente war bereits die Zusammenarbeit mit einer Gruppe von (ehemaligen) Regierungsangestellten hilfreich³, die zum Widerstand übergelaufen waren. Diese Zusammenarbeit bewährte sich nun bei der Bahn-Sabotage erneut.

Partisanen

ByPol, eine Organisation (größtenteils ehemaliger) Mitarbeiterinnen des belarussischen Sicherheitsdienstes, versucht, die Sabotageaktivitäten zu koordinieren und hat nach eigenen Angaben seit Anfang März sechs große „Partisanenoperationen“ gegen das Schienennetz in Belarus durch-

1 https://www.liberation.fr/international/europe/au-belarus-les-opposants-a-la-guerre-en-ukraine-engagent-la-bataille-du-rail-20220324_WHTJ2UNNVZHLXII3UMS3WX5WTJM/ Auszüge frei zugänglich unter: <https://sansnom.noblogs.org/archives/11299>

2 <https://twitter.com/cpartisans/status/1485618881557315588>

3 <https://www.technologyreview.com/2021/08/26/1033205/belarus-cyber-partisans-lukashenko-hack-opposition/>



geführt. Eine davon am 19. März – sämtliche Zugverbindungen zwischen Belarus und der Ukraine wurden sabotiert. Die Gleise, die von Brest, Luninets, Kalinkavitchy und Homiel zur Grenze führen, wurden außer Betrieb gesetzt. Die Blockade hielt mindestens vier Tage an.⁴

ByPol ist eine im Oktober 2020 gegründete Initiative, in der nach eigenen Angaben Hunderte von amtierenden und ehemaligen Sicherheitsbeamten organisiert sind, die sich der oppositionellen Svetlana Tikhanovskaya verpflichtet fühlen und (verdeckt) für den Sturz Lukaschenkos und die Einsetzung einer demokratischen Regierung in Belarus kämpfen. Sie leiten eine internationale Untersuchung der von Lukaschenkos Regime begangenen Verbrechen gegen die Protestbewegung in Belarus. Darüber hinaus versuchen sie, Lukaschenkos Regime aus dem In- und Ausland zu zersetzen und zu sabotieren, um eine Rechtsstaatlichkeit „wiederherzustellen“⁵. Dabei arbeiten sie u. a. zusammen mit der ebenfalls 2020 gegründeten Gruppe *BySol*⁶ zur Unterstützung politisch Verfolgter und Gefangener.

Repressive Abschreckung

Um Sabotageakte zu verhindern, haben die Behörden die Patrouillen an den Bahnanlagen verstärkt und eine Kampagne brutaler Repressionen gegen die Partisanen selbst eingeleitet. Von Anfang an kündigten die belarussischen Sicherheitskräfte an, dass „jegliche Aktionen“ gegen Bahnanlagen als terroristischer Akt betrachtet würden, d. h. die Beteiligten würden eines Verbrechens angeklagt, auf das in Belarus die Todesstrafe steht. Derzeit sind etwa 40 Personen wegen des Verdachts auf Sabotage festgenommen worden.

Das Vorgehen der Sicherheitskräfte zielt darauf ab, die lokale Bevölkerung einzuschüchtern. Der stellvertretende Innenminister Gennady Kazakevich drohte damit, Partisanen zu töten: „Wie Sie wissen, kann man mit Terroristen nicht verhandeln, man kann sie nur vernichten“, sagte er Anfang März. Diese Worte sind keine leere Drohung: Die belarussischen Sicherheitskräfte haben in der Tat einen Freibrief für den Einsatz von Schusswaffen

gegen Saboteure erhalten. Ende März wurde berichtet, dass eine Einheit der ‚internen Truppen‘ das Feuer auf Personen eröffnet hatte, die Signalelektrik im Westen von Belarus anzündeten. Niemand wurde verletzt, und die Aktivistinnen konnten entkommen. Am 6. April kam es jedoch zu weiteren Festnahmen, nachdem in den Regionen Bobruisk und Borissov Signalsysteme angezündet worden waren: zwei Personen erlitten Schussverletzungen, eine Person wurde mit einem Messer verletzt.

Das Menschenrechtszentrum Viasna berichtet, dass die Sicherheitskräfte nach Beginn des „Eisenbahnkriegs“ eine Reihe von Razzien in Städten in der Nähe der Sabotageorte – Stolbtsy, Dzerzhinsk und Baranowitschi – durchführten. Die Wohnungen von Personen, von denen bekannt war, dass sie zuvor an Protesten teilgenommen hatten, wurden durchsucht und ihre Telefone überprüft. Hinweise auf oppositionelle Telegram-Kanäle genügten um die Betroffenen in Haft zu nehmen. Zusätzlich haben Sicherheitsdienste gegen belarussische Bahnmitarbeiter ermittelt: Ende März wurden etwa 40 Personen festgenommen. Ihre „Reuevideos“ – in denen sie zur präventiven Abschreckung vor laufender Kamera ihr Bedauern über ihre Taten ausdrückten – erschienen später auf von den Behörden kontrollierten Social-Media-Kanälen. Das einzige Vergehen dieser Personen bestand darin, dass sie einen bestimmten Telegram-Kanal für Eisenbahner abonniert hatten, der von den Behörden als „extremistisch“ eingestuft wurde. Am 18. Mai unterschrieb Alexander Lukaschenko ein Gesetz, das die Möglichkeit der Todesstrafe für einen versuchten Terrorakt vorsieht.⁷

Lukaschenko weiß sehr wohl, wie stark die Antikriegsstimmung in der belarussischen Gesellschaft ausgeprägt ist.

Der Widerstand geht dennoch weiter. Menschen im ganzen Land sind zu freiwilligen Augen und Ohren von *Belaruski Gaiun* geworden, einem oppositionellen ‚Überwachungsdienst‘, der die Bewegungen der russischen Truppen auf dem belarussischen Territorium, Raketenstarts sowie Starts und Landungen von Militärflugzeugen aufzeichnet. Anton Motolko, der das Meldeportal leitet, sagte in einem Interview, dass täglich etwa 1.000

4 <https://sansnom.noblogs.org/archives/11299>

5 <https://bypol.org/en>

6 <https://www.bysol.org/en/>

7 <https://www.france24.com/en/europe/20220518-belarus-introduces-death-penalty-for-attempted-terrorism>



Im März kursierten immer wieder Gerüchte, dass Lukaschenkos Armee kurz vor dem Eintritt in den Krieg gegen die Ukraine stehe. Am 3. März erklärte der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte, belarussische Fallschirmjäger hätten angeblich bereits den Befehl erhalten, die Grenze zu überschreiten. Am 11. März behauptete die ukrainische Führung, in der Grenzregion Kopani werde eine russische Provokation vorbereitet, auf die am selben Tag ein Einmarsch der belarussischen Armee folgen werde. Am 20. März meldete das ukrainische Verteidigungsministerium erneut Anzeichen für die Vorbereitung einer belarussischen Invasion; zu diesem Zeitpunkt schätzte der ukrainische Generalstab einen Angriff in der Region Volyn als sehr wahrscheinlich ein. In all diesen Fällen haben sich die Informationen letztlich nicht bestätigt.⁸

Das wichtigste Kriegshemmnis scheint zu sein, dass Lukaschenko sehr wohl weiß, wie stark die Antikriegsstimmung in der belarussischen Gesellschaft ausgeprägt ist. Umfragedaten von *Chatham House* von Anfang März zeigen, dass selbst die große Mehrheit der Menschen, die die Diktatur unterstützen, einen belarussischen Einmarsch in die Ukraine nicht befürworten würde. Nur drei Prozent der Befragten der Chatham-House-Umfrage befürworteten eine Beteiligung am Krieg, während 28 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass es richtig sei, das Vorgehen Russlands zu unterstützen, ohne direkt in den Konflikt einzutreten.

Eine Armee, die in einer solchen Atmosphäre ‚an der Heimatfront‘ (in unmittelbarer Nähe zum Kriegsgeschehen) operiert, gilt als unzuverlässig. Schon in Friedenszeiten hatte das Regime in den Augen der meisten Belarussen kaum noch Legitimität. „Es ist keine Tatsache, dass [Lukaschenko] nicht [in den Krieg] eintreten wird“, sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij am 5. April. „Wir werden es erst am Ende wissen; der Krieg ist noch nicht vorbei. Aber trotzdem muss [Lukaschenko] auf sein Volk schauen. Und das weißrussische Volk ist gegen den Krieg mit der Ukraine.“

Es wird eingeschätzt, dass Lukaschenko eine schwere innere Krise fürchtet, wenn Weißrussland mit eigenen Kampfhandlungen in den Konflikt eintritt. Die breiten Sabotage- und Cybersabotage-Aktionen, als prominenteste Ausdrucksform dieser Ablehnung des Krieges, könnten in dieser Abwägung eine Rolle gespielt haben.

Ende März, als Russland begann, sich aus Kiew und Tschernihiw zurückzuziehen, nahm die Wahrscheinlichkeit einer direkten Beteiligung Weißrusslands an dem Konflikt aus taktischen Erwägungen deutlich ab. Nach Angaben ukrainischer und westlicher Geheimdienste plant das russische Militär, seine Hauptanstrengungen auf den Osten und Süden der Ukraine zu konzentrieren. Die weißrussische Front hat vielleicht nicht mehr die höchste Priorität. Dennoch schließen Militärexpertinnen eine Beteiligung der belarussischen Armee in den nächsten Phasen des Krieges nicht aus. Mitte Mai hat die belarussische Armee einen Auftrag über die Herstellung von 20.000 Erkennungsmarken aus Aluminium ausgeschrieben mit Angaben über Person und Blutgruppe.⁹

Nachrichten eintreffen. Aber die Personen, die Informationen an Belaruskai Gaiun senden, müssen auch damit rechnen, dass sie strafrechtlich verfolgt werden. Menschen werden verhaftet, weil sie Artikel über den Krieg auf Wikipedia bearbeiten, den Krieg in privaten Gesprächen kritisieren oder einfach nur ein Band mit den Farben der ukrainischen Flagge an einem öffentlichen Ort anbringen.

Verhaftete werden vielfach vor dem Hintergrund der Symbole von Putins Aggression gegen die Ukraine – den Zeichen Z und V – fotografiert und gezwungen, sich vor der Kamera beim „russischen Volk“ zu entschuldigen.

Keine direkte Beteiligung an Kampfhandlungen

Lukaschenko äußerte im November 2021, dass er „im Falle eines Krieges im Donbas“ nicht unbeteiligt zuschauen würde. Tatsächlich wurde im März 2022 die Bewegung belarussischer Einheiten in Richtung der südlichen Grenze beobachtet. Lukaschenko hat bereits mehrfach behauptet, die Ukraine habe ballistische Raketen auf belarussisches Gebiet abgeschossen. Beweise dafür hat er nicht vorgelegt, aber die Äußerungen mussten als Versuch interpretiert werden, den künftigen Kriegseintritt von Belarus zu rechtfertigen. Dennoch gibt es derzeit [18.4.22] keine Evidenz für eine tatsächliche Beteiligung der belarussischen Armee an Kampfhandlungen.

8 <https://www.opendemocracy.net/en/odr/why-belarus-is-yet-to-join-russias-invasion-of-ukraine/>

9 <https://charter97.org/ru/news/2022/5/24/469272/>

[HB] Ein Nachtrag zu brennenden Büros und weinenden Bonzen

Die Panzer rollen durch Europa und der Krieg bestimmt seit Wochen die Schlagzeilen. Aber wir sind nicht in einer neuen Welt aufgewacht, wie es uns Presse und Politik seit dem Krieg in der Ukraine weis machen wollen. Der aktuelle Krieg ist die direkte Folge einer militarisierten Welt. Es ist das gleiche dreckige rassistische und mörderische System, das wir in der Silvesternacht angegriffen haben. Es ist das selbe kapitalistische System, das Menschen in Gruppen teilt und über sie herrscht. Genau das System, in dem einige mit Rüstungsexporten reich werden und bleiben. Es ist die selbe Nato, die seit Jahren Krieg führt und die in der gleichen militaristischen Logik handelt wie das autoritäre Schwein Putin. Nein, „neu“ an der Situation ist lediglich, dass das kriegsrische Elend näher an Europa herangerückt ist.

Zum Jahreswechsel setzten wir ein Firmengebäude von OHB in Bremen in Brand. Das Feuer entfaltete sich vorbildlich und zerstörte ein ganzes Gebäude. Laut OHB wurden die Arbeitsplätze von 330 Angestellten fürs erste unbrauchbar. Der Millionenschaden erfreut uns immer noch jeden Tag. Was im Januar und Februar folgte, war die reinste Propagandashow von Bullen und Politik.

Aus den Medien mussten wir erfahren, dass sich eine Wachperson in einem Vorraum des angegriffenen Gebäudes aufgehalten haben soll. Unserer Beobachtung nach war zur Tatzeit niemand im komplett verdunkelten Gebäude. Wir wollten niemanden mutwillig in Gefahr bringen. Der Angriff galt selbstverständlich nicht dieser vermutlich prekär beschäftigten Person, die in der Silvesternacht in einem millionenschweren Konzern arbeiten muss. Wir wollten den Rüstungskonzern OHB schädigen und seine kriegstreibende Arbeit sabotieren.

Dass der Angriff richtig war, zeigt nicht nur die Reaktion der Bullen und der Presse. Wow, was für eine Welle! Direkt am Tag darauf lässt sich die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa von der Partei Die Linke am Tatort ablichten, stärkt OHB den Rücken und leugnet, dass es sich bei OHB um einen Rüstungskonzern handelt, der mit Frontex zusammenarbeitet. Politik und Rüstungsindustrie in gemeinsamem Interesse für den Wirtschaftsstandort Bremen. Eine widerliche Melange!

Noch 2014 saßen Politiker*innen von der Linkspartei selbst auf dem Podium einer Infoveranstaltung zur Militarisierung der europäischen Außengrenzen und kritisierten, dass der Rüstungskonzern OHB mit der Grenzschutzagentur Frontex zusammenarbeitet und Spionagesatelliten

für sie baut. Einmal mehr zeigt uns dieses Verhalten, dass Macht korrumpiert und keiner Partei zu trauen ist. Veränderung kann nur von unten stattfinden.

Keine zwei Monate nach unserem Angriff verkündet OHB den Bau eines neuen Satellitensystems zur optischen Überwachung für den BND (Bundesnachrichtendienst) und feiert jetzt schon auf die 100 Milliarden Euro, die in neue Rüstungsprojekte gesteckt werden sollen. Es ist klar, dass der Angriff genau die richtigen getroffen hat.

In hilfloser Propaganda betonen der Innensenator und der Oberschlapphut vom Verfassungsschutz bei jeder Gelegenheit, dass solche militanten Angriffe „eine Vorstufe zum Terror“ darstellen und sie sich „an die 70er Jahre erinnert fühlen“. Diese Vergleiche zielen auf die Diabolisierung autonomer Militanz und sollen die Verwendung starker Ressourcen legitimieren, um gegen militante und emanzipatorische Strukturen vorzugehen. Auch wir fühlen uns manchmal an die 70er erinnert, wenn wir die mit Nazis durchsetzten Sicherheitsbehörden betrachten oder die Normalität rechter Waffenlager außerhalb der Behörden. Ein bewaffneter Kampf dagegen zeichnet sich unserer Einschätzung nach derzeit nicht ab. Sabotage und militante Angriffe bleiben unsere Mittel der Wahl.

Ein weiteres Märchen der ermittelnden Bullen ist die hohe Professionalität bei militanten Aktionen in Bremen. Es dient als Entschuldigung für die ausbleibenden Ermittlungserfolge und soll einen Graben zwischen emanzipatorischen Bewegungen und militanten Aktionen ausheben. Die Nachahmung solcher Angriffe soll damit auch verhindert werden. Schauen wir auf den Angriff auf OHB zurück, müssen wir zugeben, dass es nicht allzu viel dafür brauchte: Einen Hammer und reichlich Benzin, um dem Rüstungsunternehmen und der Wirtschaftssenatorin den Neujahrstag zu versauen!

Wir fordern dazu auf, gegen Kriegstreibende aufzustehen, die Rüstungsindustrie anzugreifen und eine überlebensnotwendige anti-militaristische Haltung einzunehmen.

Gegen den Krieg! Kein Frieden mit den herrschenden Verhältnissen! Für die Soziale Revolution!

*Autonome Anti-Militarist*innen*

Internationale grenzenlose Solidarität!

Angriff auf das Polnische Konsulat in Hamburg

Dokumentation:

„...Bereits vor Wochen hat die polnische Regierung den Bau einer Mauer an der Belarussischen Grenze angekündigt. Der Bau hat bereits begonnen und wird in den nächsten Monaten mit Hilfe britischer Pioniertruppen und mehrerer polnischer und internationaler Stahl- und Materialfirmen kontinuierlich fortgesetzt...“

Früh am 21. Mai wurde das Polnische Konsulat in Hamburg (Gründgensstraße 20) mit Farbe und Steinen angegriffen. Auf einer Zufahrtsstraße brannten Barrikaden. Seit Anfang des Jahres wird für Millionen ein weiterer befestigter Zaun an einer EU-Aussengrenze gebaut, der die rassistische Herrschaft Europas und ihren Wohlstand sichern soll. Im letzten Urwald Europas, zwischen Belarus und Polen, erfrieren geflüchtete Menschen, sie werden misshandelt und letztendlich in Lager gesperrt, die Gefängnisse sind, und von wo aus sie wieder dorthin abgeschoben werden, wo sie Armut, Gewalt, Elend . . . , der Wunsch nach anderen Lebensbedingungen zur Flucht gebracht haben.

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine und dem blutigen tobenden Krieg dort sind viele Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Die Reaktion in Deutschland und anderen europäischen Ländern ist ganz anders als gewohnt. Es scheint gar unendliche Ressourcen und Bereitschaft für humanitäre Hilfe in dieser Krise zu geben (und die Unterstützung und Solidarität für ALLE Menschen, die dem Krieg entfliehen ist absolut richtig). Staaten, besonders der polnische Staat, und Politiker:innen, wie beispielsweise Orban in Ungarn, die die letzten Jahre besonders durch ihre rassistische und misogyne Politik auffielen, sind auf einmal wieder akzeptierte hilfsbereite Europäer:innen. Es herrscht Einigkeit. Warum?!

Weil es sich abgesehen von strategischem Lagerdenken zu einem großen Teil um weiße Menschen handelt, die aus der Ukraine fliehen. Weiße Vorherrschaft bahnt sich ihren Weg und findet sich in all unseren Köpfen wieder. Gerade deswegen sollten gerade jetzt die besonders unterstützt werden, von denen nicht gesprochen wird, die keine Lobby haben, die

egal an welchem Ort die Ausgeschlossenen sein werden, wenn wir nicht anfangen dieser Scheiße etwas entgegen zu setzen. Solidarität mit den Black und People of Colour auf der Flucht sowie im rassistischen Alltag. Solidarität mit den Sinti und Roma, denen die Ausreise aus der Ukraine verwehrt wird. Homophobe und sexistische Politik, Gesetzgebung und Bildung sind der jahrelange Kurs der PIS-Partei und ihrer Anhänger:innen. Es gibt außerdem ein de facto Abtreibungsverbot in Polen.

Diese Aktion ist auch ein solidarischer Gruß an die Frauen* und die LGBTQ Community, die in Polen gegen diese Scheiße kämpfen. In Zeiten wie diesen zeigt sich die Staatlichkeit von ihrer hässlichsten Seite und die nationale, europäische, militaristische Hegemonie lässt uns die Haare zu Berge stehen und die Kotze hochkommen. Staaten, Grenzen und all diese freiheits-feindlichen Konstrukte und Strukturen müssen angegriffen werden, denn sie können nicht verbessert, nicht reformiert werden.

Bilden wir Netzwerke, Strukturen und Beziehungen, die sich der Herrschaft verweigern. Solidarität, Mut und Ausdauer für die, die diese Verhältnisse und Ordnung beenden wollen. Solidarität mit den selbstorganisierten Strukturen, die an der Polnisch-Belarussischen Grenze gegen die Unterdrückung von Menschen kämpfen und ihnen zur Flucht verhelfen. Solidarität mit den selbstorganisierten Strukturen, die an der Polnisch-Ukrainischen Grenze denen Helfen, die vor dem Krieg fliehen und Widerstand gegen diesen leisten.

Solidarität mit den bei der Demo gegen den polnischen Abschiebe-Knast in Krosno Odrzańskie am 12.02.22 verhafteten und verfolgten Anarchist:innen. Solidarität mit den Seenotretter:innen der Luventa, die vom 21.05.22 an in Italien vor Gericht stehen, weil sie sich der menschenverachtenden Abschottung Europas widersetzt und Fluchthilfe geleistet haben. Europa steht für Krieg, Ausbeutung, Rassismus und weiße Vorherrschaft! Gegen Europa, gegen jeden Staat und jede Grenze!

anonym

[M] Razzien und ein §129-Verfahren

gegen Anarchist*innen und der Raub einer Druckerei

Was ist passiert?

Wie bereits berichtet gab es am Dienstag, den 26. April koordinierte Razzien gegen Anarchist*innen aus München, aufgrund des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129). In diesem Rahmen wurden 4 Wohnungen durchsucht (2 davon, ohne dass dort überhaupt eine*r der Beschuldigten wohnt), sowie mehrere Kellerräume (teilweise auch die Nachbarräume von vermeintlich den Beschuldigten zugeordneten Räumen), eine Druckerei und die anarchistische Bibliothek Frevel.

Koordiniert vom Staatsschutz (K43) kamen ein Haufen verummterter USK-Bullen mit Rammböcken, teilweise gezogenen Waffen und sogar im Kettenhemd (jaja, ob dieser Bulle eine Wette verloren hat, oder ob gerade Ritter-Themenwoche war, darüber war bislang nichts in Erfahrung zu bringen) um Punkt 6 Uhr früh in die Wohnungen gestürmt. Dabei ramnten die notorischen Testosteronbündel sogar eine Tür ein, in der der Schlüssel von außen steckte. Teilweise mussten sie oder ihre Kollegen vom K123 (Digitale Forensik/Telekommunikationsüberwachung) sich zuvor in das lokale WLAN-Netz eingeklinkt haben, jedenfalls schienen sie genau darüber im Bilde zu sein, welche Geräte aktuell im lokalen WLAN-Netz

eingeloggert waren. Ausgerüstet mit Powerbanks und mutmaßlichen Faradayschen Käfigen in Beutelform (die der Abschirmung von Funksignalen dienen) stürzten sich die Beamten auch gleich auf diese (allesamt Smartphones) und sicherten sie so im angeschalteten Zustand.

Nach diesem Auftakt bequemten sich dann auch irgendwann die Ermittler des K43 herbei und eröffneten den Betroffenen die Durchsuchungsbeschlüsse und präsentierten irgendwelche mitgebrachten Pseudo-Zeug*innen von lokalen städtischen Behörden. Und dann ging es auch schon los: Rund sechseinhalb Stunden durchwühlten die Schweine auf der Suche nach dem üblichen wie Computern, Speichermedien, Mobiltelefonen, aber auch Druckern, anarchistischen Publikationen, "Unterlagen und/oder Dateien, die Aufschluss über das linksextremistisch-anarchistische Gedankengut" der Beschuldigten geben, persönliche Aufzeichnungen, Finanzdaten, "Unterlagen und/oder Dateien, die Aufschluss über etwaige Anschlagpläne der Beschuldigten geben", sowie "Pläne, Werkzeuge und/oder Rohstoffe zur Herstellung von Bomben, Brandsätzen oder von sonstigen zur Begehung eines Terroranschlags geeigneter Gegenstände" einfach alles. Sie beschlagnahmten vor allem Speichermedien, Computer (auch von nicht Beschuldigten), Drucker, persönliche Notizen, Briefkorrespondenzen, mehrere hunderte anarchistische Publikationen in verschiedensten Sprachen. Außerdem suchten sie intensiv nach Mietverträgen für angemietete Räumlichkeiten und forderten diese wohl auch von den Vermietern der ebenfalls durchsuchten Kellerräume ein.

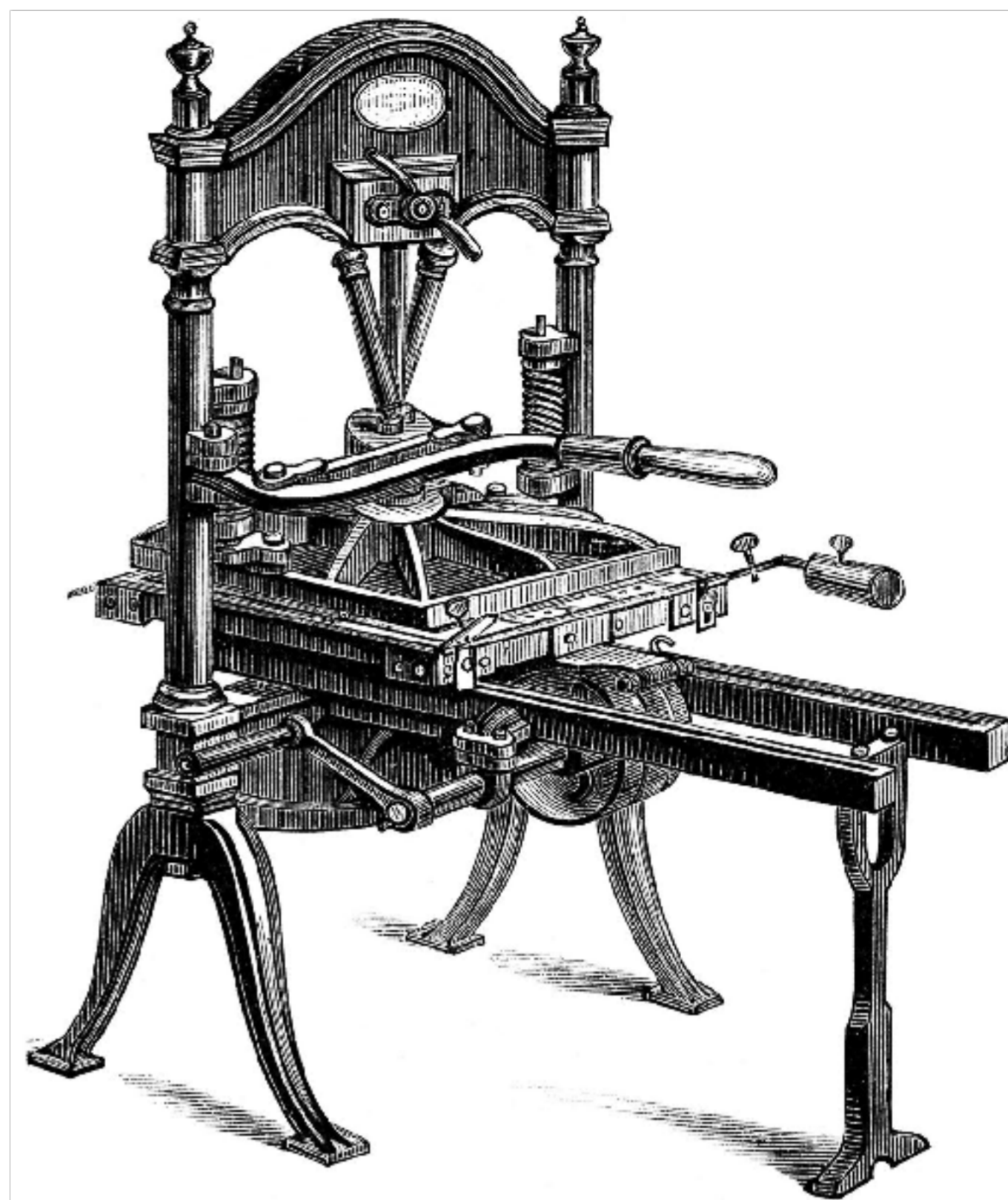
Zeitgleich müssen auch die Durchsuchungen in einer Druckerei, mehreren Kellerräumen und der anarchistischen Bibliothek Frevel stattgefunden haben, von denen jedoch sowohl Durchsuchungsbeschlüsse, wie auch Sicherstellungsprotokolle fehlen. Auch hier brachen die Bullen ein und tauschten im Anschluss die Schlösser aus oder ließen die Räume offen zurück.

In der anarchistischen Bibliothek Frevel nahmen die Bullen nur einzelne Publikationen, Plakate, Sticker und dergleichen mit und klauten zudem den dort befindlichen Drucker.

Anders sah das in der ebenfalls durchsuchten, voll ausgestatteten Druckerei aus. Hier ließen die Bullen einen LKW und einen Kran anrücken und beschlagnahmten einfach alles: Vom Risograph (eine Druckmaschine) samt zugehörigen Trommeln bis zur Schneidmaschine, von der Sortier- bis zur Klebmaschine, ja sogar eine historische Letterpress und mehrere Bleisätze dafür wanderten allesamt in die Asservatenkammern der Bullen. Aber damit nicht genug. Tausende Bücher, Broschüren und Zeitungen, von den Worten Malatestas und Kropotkins bis hin zu denen von Bonanno, aber auch viele aktuelle Broschüren und Zeitungen nahmen die Bullen genauso mit, wie rund 50.000 Bögen unbedrucktes Papier, Tinte und vieles weitere. Als ein Zeichen ihres Respekts schütteten sie schließlich noch den Kaffee in die Spüle und machten sich mit ihrer Beute in einem 40-Tonner LKW davon.

Worum geht es?

Drei Beschuldigten wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen, weil sie nicht nur "Angehörige der linksextremistisch-anarchistischen Szene" seien, "den Bestand und die Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland und jede Form staatlicher Ordnung ab[lehnen]" würden



und "Gewalt, insbesondere solche gegen Sachen und/oder Polizeibeamte als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ansichten" ansehen würden, sondern vor allem, weil sie das Anarchistische Wochenblatt Zündlumpen gefertigt, herausgegeben und vertrieben haben sollen. Dem folgt eine Auflistung von insgesamt 15 Zitaten aus verschiedenen von insgesamt 85 Ausgaben des Zündlumpens, bei denen es sich jeweils um "strafbewehrte Inhalte" handeln soll. Wir geben hier ein paar Blüten als Zitate aus dem Durchsuchungsbeschluss wieder:

"Am 10.04.2020 veröffentlichten die Beschuldigten auf dem Internetauftritt des Zündlumpens unter <https://zuendlumpen.noblogs.org/post/2020/04/10/> die Kurznachricht "Brenn, E-Scooter, brenn!". Sie berichteten über den Brand zweier solcher Kraftfahrzeuge am 04.04.2020 im Münchner Stadtteil Freimann und am 06.04.2020 am Rand des Englischen Gartens in München. Sie bezeichneten die Gefährte als "Plage", die sabotiert werden müsse. Durch die Überschrift billigten die Beschuldigten die Brandstiftungen durch unbekannte Täter vom 04.04.2020 und 06.04.2020."

"In der Ausgabe 61 vom 13.04.2020 forderten die Beschuldigten in dem als Comic verfassten Artikel "Rebellion gegen die Ausgangssperre" dazu auf, die Reifen von Polizeieinsatzfahrzeugen zu zerstechen, Polizeieinsatzfahrzeuge anzuzünden und aus brennenden Müllcontainern Straßenblockaden zu errichten. Die Zeichnungen fungieren als genaue Handlungsanweisungen. Die Beschuldigten forderten dadurch zu verfassungsfeindlicher Sabotage, Sachbeschädigung, Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel, Brandstiftung und Landfriedensbruch auf."

"In der Ausgabe 62 vom 21.04.2020 veröffentlichten die Beschuldigten in dem Artikel "Was unsere (heimlichen) Leser*innen über uns denken, sagen und schreiben" eine bedrohende Nachricht an den Bayerischen Staatsminister des Innern Dr. Joachim Herrmann mit folgendem Wortlaut "Lieber Joachim, ... ich für meinen Teil habe aus den Erfahrungen

anderer Subversiver mit Menschen wie dir gelemmt. Mit einem Tyrann diskutieren? Du musst wissen, ich stehe historisch auf Seiten derer – rein gedanklich versteht sich ;-) –, die Tyrannen lieber vor ihrer Zeit ins Gras beißen ließen. Und eines sollte dir klar sein, Polizeichefs standen dabei schon immer hoch im Kurs – höher noch, als Kaiser, Zaren und Könige.“ Die Beschuldigten nahmen dabei zumindest billigend in Kauf, dass der Geschädigte diese Drohung ernst nimmt.“

Gegen die drei Beschuldigten wurde eine DNA-Entnahme angeordnet.

Noch mehr Kontext?

Da der konstruierte Mist auf der 2017 gegründeten Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München gewachsen ist und Informationen für die zugrundeliegenden Ermittlungen vom bayerischen LKA und Verfassungsschutz stammen sollen, wird klar, dass es hier um mehr geht, als um ein paar Zitate einer seit über einem halben Jahr eingestellten anarchistischen Zeitung.

Natürlich könnte man sich fragen, ob sich die ZET und der Staatsschutz vielleicht langweilen oder ob sie sich selbst beweisen müssen, dass sie ja schon zu irgendetwas nütze sind, und sei es nur dazu, Anarchist*innen auf die Nerven zu gehen, aber möglicherweise wäre das etwas zu kurz gegriffen.

Immerhin erleben Verfahren aufgrund der §§ 129 und 129a in letzter Zeit eine regelrechte Renaissance: In immer mehr Städten leiten Bullen 129-Verfahren gegen Anarchist*innen oder auch Antifaschist*innen ein, nur selten kommt es dabei tatsächlich zu irgendwelchen Anklagen. Vielmehr sind diese Verfahren ein beliebter Vorwand, um ausgiebig in den jeweiligen Szenen und Umfeldern zu schnüffeln. Razzien, die sich auch gegen nicht Beschuldigte richten, sind dabei nur ein Element der polizeilichen Strukturermittlungen. Auch Observationen, Telekommunikationsüberwachungen, das Anbringen von Wanzen, Kameras und anderem

Equipment zum Ausspionieren und Überwachen von Personen sind oft Begleiterscheinungen solcher Verfahren. Es liegt also der Verdacht nahe, dass auch in diesem Fall gezielt ein bestimmtes Umfeld ausgespäht werden soll.

Und dann gibt es ja noch den dreisten und von langer Hand geplanten Raub einer gesamten Druckerei und tausender Publikationen! Ein offensichtlicher Versuch der Zerschlagung einer Infrastruktur zur publizistischen Verbreitung anarchistischer Ideen. Wenn es angeblich um eine bestimmte Zeitung, den Zündlumpen, gehen soll, warum werden dann massenhaft andere Zeitungen und Publikationen beschlagnahmt? Warum wird unbedrucktes Papier, Tinte, sowie sämtliches Gerät zur Herstellung von Büchern, Broschüren und Zeitungen mitgenommen?

Offensichtlich haben es die Bullen und die Generalstaatsanwaltschaft (ZET) auf mehr abgesehen: Sie versuchen die Verbreitung anarchistischer Ideen zu verhindern und Paranoia zu schüren, wenn sie etwa ganze Archive anarchistischer Texte beschlagnahmen und den Besitz von (Einzelexemplaren!) einer Zeitung im heimischen Bücherregal zum Anlass nehmen, diese selbst, sowie allerhand technisches Gerät und alle möglichen anderen anarchistischen Publikationen zu rauben.

Uns wundert das wenig. Anarchistische Ideen waren schon immer jenseits ebenso wie gegen jegliches Gesetz und es gibt folglich eine lange Geschichte der Verfolgung anarchistischer Ideen. Die jüngsten Razzien in München werden die Flamme in unseren Herzen gewiss nicht zum Erlöschen bringen! Ebenso wenig wie sie verhindern werden, dass sich andere einen Drucker greifen und all das nachdrucken, was die Bullen beschlagnahmt haben.

Wenn es ein Verbrechen ist, für die Freiheit zu kämpfen, ist Unschuld das Schlimmste!

*Frisch gerazt und trotzdem noch da,
Ein paar Anarchos aus Bavaria*

Zerschlagt den kapitalistischen Wachstumszwang!

Unterstützt die Klimaproteste!

Dokumentation:

Es ist Krieg, nicht erst seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine, aber es ist Krieg. Und wäre da nicht die Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas, so wäre die Diskussion ums Klima völlig aus den Medien verschwunden. Aber wir können es uns nicht leisten, die globale Klimakrise zu vergessen: Waldbrände, Tornados, auftauender Permafrostboden, Flutwellen und Hitzewellen sind

Alarmsignale, die sich vor allem im globalen Süden bemerkbar machen. Bis 2030 sollten die CO₂-Emission um ca.45% reduziert werden, um das beim Weltklimagipfel gesetzte Ziel zu erreichen, dass sich die Erde nur um maximal 1,5 Grad erwärmt. Allein das wäre folgenreich genug.

Regelmäßig werden derartige Zusagen auf den Klimakonferenzen gemacht. Die Umsetzung von zielführenden Maßnahmen bleibt aus oder mangelhaft. Gerne tragen wir zu den Maßnahmen bei und rufen in Erinnerung, dass es höchste Zeit ist, die CO₂ Emissionen zu senken und ein Umdenken herbeizuführen: Weg vom kapitalistischen Wachstumszwang, hin zu einer umweltfreundlichen sozialen Kooperation.

Weil die Appelle und Proteste der Klimabewegung bisher keine Wirkung erzielt haben, müssen wir nun deutlichere Maßnahmen ergreifen. Zum Beispiel SUVs Wenn Menschen es vorziehen trotz Klimakrise weiterhin SUVs zu kaufen, könnte stetiges Beschädigen ihres Statussymbols sie überzeugen. Mit einem Feuer unter der Karosserie helfen wir gerne nach, dass beim nächsten Kauf die Entscheidung gegen ein SUV fällt. Diese

Scheiß-Umwelt-Verpester haben einen besonders hohen CO2 Ausstoß und sind noch dazu absolut überflüssig. Auch ihre E-Variante ist alles andere als klimaneutral. Was wir brauchen ist ein öffentliches, kostenloses, gut ausgebautes Verkehrsnetz und zwar auch in ländlichen Gegenden und abgelegenen Stadtteilen.

Unser Beitrag: zwei abgebrannte SUVs in Altona, ein SUV und ein STRABAG Bagger in Eimsbüttel.

Zum Beispiel Vattenfall

Vattenfall wirbt mit seinem Kohleausstieg und will bis 2040 klimaneutral sein. Dass das relativ junge Kohlekraftwerk Moorburg (2015 in Betrieb genommen) schon 2021 stillgelegt wurde, liegt nicht daran, dass Vattenfall sich um das Klima sorgt. Vielmehr hat das Unternehmen im Rahmen eines Auktionsverfahrens zur Reduzierung der Steinkohleverstromung sehr viel Geld dafür bekommen. Vor dem Hintergrund des deutschen Kohleausstiegsgesetzes ein geschickter Schachzug. Die Kohlekraftwerke in Berlin betreibt Vattenfall vorerst weiter und behauptet 2030 komplett auf Kohle zu verzichten. Bis 2040 soll Erdgas noch als ‚Übergangsbrennstoff‘ genutzt

werden. Diese zeitliche Zielsetzung ist nicht klimafreundlich, sie ist ganz einfach zu spät.

Wegen der Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas will Bundeswirtschaftsminister Habeck von den Grünen am liebsten alle Kohlekraftwerke, die vom Netz gehen, in Reserve halten. Aus rechtlichen und technischen Gründen zeigt im Moment weder die Stadt Hamburg, noch Vattenfall selbst Interesse an einer Reaktivierung von Moorburg. Mit unserem Angriff auf die Glasscheiben der Vattenfall-Filiale in Hamburg-Altona möchten wir beide darin bestärken und raten: Lasst die Finger davon!

Was wir brauchen sind Förderung und Ausbau von regenerativer Energie (dazu zählen im Übrigen Atomkraftwerke eindeutig nicht) und ein Hin zu energieeffizienten Standards und Energieeinsparungen.

*Zerschlagt den kapitalistischen Wachstumszwang!
Für die soziale Revolte!*

anonym

Ende Geländewagen

Dokumentation:

Im Juni 2019 wurde unter der Überschrift "ENDE GELÄNDEWAGEN" ein Communiqué veröffentlicht (Autonomes Blättchen Nr.38), in dem dazu aufgerufen wurde, als praktischen Beitrag zu den Kämpfen ums Klima SUVs zu sabotieren:

"Wir fordern Euch auf, möglichst viele SUV (Selten Unsinnige Vehikel) kaputt zu machen (egal wie: Ayran in den Innenraum, Lack zerkratzen, Scheiben einschlagen, Reifen abstechen, Besprühen, Bauschaum in den Auspuff, oder einfach anzünden). Wir wollen uns mit dieser konkreten Maßnahme friedlich für die Begrenzung der klimaschädlichen CO2-Emissionen einsetzen. Das heißt wir tragen dafür Sorge, dass keine Person durch das vorzeitige Unschädlichmachen dieser Fahrzeuge zu Schaden kommt. [...] Um die Ver-

wirklichung unserer Ziele sozial verträglich zu gestalten, schlagen wir vor uns auf SUV der Kategorie > 50.000 Euro zu konzentrieren."

Dieser Aufruf wurde untermauert mit dem Abfackeln von "vier backfrische[n] Porsche Cayenne der Premium-Klasse (550 PS, >180.000 Euro je Fahrzeug) auf dem Gelände des Porschezentrums Köln-Ehrenfeld"

Vor drei Jahren fühlten sich Menschen an verschiedenen Orten von diesem Aufruf motiviert und führten ebenfalls feurige "Ende Geländewagen"-Aktionen durch, unter anderem in Bremen und Berlin. Eine breitere Resonanz blieb aber erstmal aus. Vielleicht war es einfach ein bisschen vor der Zeit? In den letzten Monaten gab es jedenfalls vermehrte Bekennungen zu geplätteten Reifen bei SUVs. Wir würden diesen älteren Aufruf gerne in Verbindung setzen mit den neusten Aktionen.



(S)elbstbewusst
(U)nerschrocken
(V)ehement

Konkretes Handeln, jetzt!

Ende Geländewagen spürbar werden lassen!

- 06.12.2021 - München - "Aktivist*innen lassen Luxus-Drecksschleudern die Luft raus"
- 15.12.2021 - Leipzig - "AktivistInnen lassen Luxus-Drecksschleudern die Luft raus"
- 30.12.2021 - Dortmund - Autolose Gartenzwerg*innen "sabotieren friedlich 50 SUVs"
- 31.12.2021 - Berlin - "Aktivist*innen in Berlin ließen 25 SUVs die Luft aus den Reifen. Die Aktion prangert die überproportional hohe Umweltzerstörung und Klimaerhitzung durch Reiche an."
- 01.01.2022 - Wuppertal - "15 SUV entwaffnet – Protest gegen Zerstörung des Osterholzes"
- 18.01.2022 - Gießen - "Mitbürger*innen entwaffnen 418 Autos in Gießen"

- 25.03.2022 - Berlin - "In der letzten Nacht zum heutigen globalen Klimastreik haben wir in mehreren Berliner Stadtteilen bei ca. 50 SUVs, hochklassigen Sportwagen und Cabrios die Luft aus den Reifen entlassen."
- 12.04.2022 - Ulm - "Aktivisti lassen SUVs die Luft ausgehen"
- 17.04.2022 - Hannover - "Die Aktion erfolgte anlässlich der Veröffentlichung des dritten Teils des neuen IPCC Berichts"
- 01.05.2022 - Berlin - "Weitere Sabotage Aktion gegen SUVs! In einer der Nächte vorm 1. Mai haben wir uns in den Problemkiez Berlins begeben, dem Grunewald. Der Ort, an dem sich die Reichen der Stadt in ihren aufgemotzten Villen verschanzen."
- 04.05.2022 - Hannover - "Erneut SUVs in Hannover entwaffnet" von der AntiFossilenAktion

(ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne die vielen anonym abgefackelten SUVs quer durch die BRD)

anonym

Weitere Sabotage Aktion gegen SUVs (Berlin-Grunewald)

Dokumentation:

In einer der Nächte vorm 1. Mai haben wir uns in den Problemkiez Berlins begeben, dem Grunewald. Der Ort, an dem sich die Reichen der Stadt in ihren aufgemotzten Villen verschanzen. Der Ort, aus dem sich die Reichen nur mit ihren ebenso aufgemotzten SUVs heraus- und wieder hineinbewegen. Wir haben einige von ihnen zum Nachdenken bringen wollen, und daher ihre Karren still gelegt, indem die Luft aus den Reifen gelassen wurde. Eine Möglichkeit für sie sich darüber Gedanken zu machen, warum sie sich diese Autos überhaupt leisten können, und wer den Preis für ihren emissionslastigen Lebensstil zahlt!

In einer der Nächte vorm 1. Mai haben wir uns in den Problemkiez Berlins begeben, dem Grunewald. Der Ort, an dem sich die Reichen der Stadt in ihren aufgemotzten Villen verschanzen. Der Ort, aus dem sich die Reichen nur mit ihren ebenso aufgemotzten SUVs heraus- und wieder hineinbewegen. Wir haben einige von ihnen zum Nachdenken bringen wollen, und daher ihre Karren still gelegt, indem die Luft aus den Reifen gelassen wurde. Eine Möglichkeit für sie sich darüber Gedanken zu machen, warum sie sich diese Autos überhaupt leisten können, und wer den Preis für ihren emissionslastigen Lebensstil zahlt!

An den betroffenen Autos wurden Hinweiszettel hinterlassen, da wir niemanden mit den platten Reifen in Gefahr bringen wollen. Die Luft wird ganz leicht rausgelassen, indem das Ventil aufgeschraubt wird (safer action: alles mit Handschuhen anfassen), eine trockene Linse/Erbse/kleiner Stein in den Ventildeckel, wieder aufschrauben und pffffff!!!! Zettel sicher und sichtbar ans Auto anbringen und entspannt verduften.

Im Folgenden der Text auf den Hinweiszetteln:

ACHTUNG!

Wir haben aus einem oder mehreren Reifen Ihres SUVs die Luft abgelassen.

Diese Aktion richtet sich gegen Ihren unverantwortlichen Luxuskonsum, nicht gegen Sie persönlich. Die Unmengen an verbrauchtem Kraftstoff und damit erzeugten Emissionen sind Ihnen sicherlich bewusst, weshalb wir uns weitere Erklärungen diesbezüglich sparen.

Was Sie anscheinend nicht wissen, verdrängen oder Ihnen einfach egal ist - all der Kraftstoff, den Sie verheizen, um mit Ihrem Statussymbol die Straßen der Stadt zu verstopfen, hat verheerende Folgen: Sie befeuern so immer weiter die Erderhitzung, während andere Menschen schon JETZT ihre Lebensgrundlage, ihr Zuhause oder sogar ihr Leben aufgrund der Klimakatastrophe verlieren.

Sie tragen also auch eine soziale Verantwortung!

Auch der aktuelle Ukraine-Krieg stellt die dringende Frage nach einem legitimen Energieverbrauch – luxusorientierte Ressourcenverschwendung darf nicht hingenommen werden, wenn wir als Gesellschaft solidarisch sein wollen!

Diese Aktion trifft nicht zufällig Sie und Ihre Nachbar*innen. Wohlhabende und reiche Menschen erzeugen einen immens größeren Ausstoß

an Treibhausgasen pro Kopf als Menschen mit geringerem Vermögen. Die reichsten zehn Prozent der Menschheit sind für rund 47 Prozent aller Kohlenstoffdioxid-Emissionen verantwortlich. Im harten Kontrast steht demgegenüber die Hälfte aller Menschen weltweit, die zusammengekommen nur ein Zehntel des Treibhausgasausstoßes verursachen (nach nature sustainability 14.02.2022). Der geringe, wohlhabende Teil der Bevölkerung, zu dem Sie mit ziemlicher Sicherheit gehören, ist für einen überproportional großen Anteil der freigesetzten Schadstoffe und damit für das Überschreiten des 1,5° Limits verantwortlich. Wir müssen die CO2-Emissionen radikal reduzieren! Jetzt! Nicht morgen! Deshalb sehen wir uns gezwungen, Ihren SUV zu entwaffnen, indem wir die Luft aus den Reifen abgelassen haben.

Auch anlässlich des kommenden 1. Mai wollten wir uns einen Hinweis darauf nicht nehmen lassen, wie Ihr Wohlstand gesellschaftliche Miss-

stände und prekarierte Lebensumstände anderer Menschen, auf deren Ausbeutung Ihr Wohlstand beruht, weiter aufrecht erhält.

Nach der vorübergehenden Stilllegung Ihres SUVs können Sie sich nun zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen. Nutzen Sie die Zeit, in der Sie nun nicht hinter dem Lenkrad sitzen, um den kürzlich erschienenen Bericht des Weltklimarates IPCC zu lesen und nehmen Sie die fehlende Luft im Reifen als Anlass, Ihren Lebensstil zu überdenken und was jener für die Menschen im globalen Süden, die Zukunft jüngerer Generationen und den gesamten Planeten bedeutet.

Wir hoffen, Sie schaffen den Schritt, mal ernsthaft darüber nachzudenken. Ihr Luxus ist keine Privatsache!

anonym

MEHR ALS NUR EINE ANSCHLAGSERKLÄRUNG

Für den wirtschaftlichen Lockdown bei Tesla und DB - Tren Maya

Dokumentation:

Heute Morgen, am Vorabend des Produktionsstartes von Tesla in Grünheide, haben wir den Pendelverkehr der RE1 nach Falkensee durch ein Feuer in Sichtweite der S-Bahn Wuhlheide sabotiert. Laut DB kam es durch den Brand in zwei Kabelschächten zu Störungen des Flughafen-Express, der RB 2 und weiteren Verbindungen. Ziel unserer Sabotage sind die 3000 Pendler:innen gewesen, die in der Gigafactory arbeiten. Die Vorbereitung des Betriebsbeginns am 22.3.2020 und die publikumswirksamen Kundenübergabe von Teslafahrzeugen haben wir damit versucht zu beeinträchtigen. Das ist unser Beitrag zum Wasser- und Klimaschutz.

Heute, am 25ten Tag des Krieges gegen die Ukraine, haben wir den Transport von Tanklastzügen mit russischem Öl kurz unterbrochen. Ziel unserer Aktion sind dutzende Züge mit russischem Öl und Kohle Richtung Hauptstadt gewesen. Jeder Tanklastzug und seine Finanzierung verlängert den Krieg. Täglich überweist Deutschland bis zu einer Milliarde Euro nach Russland für den Energietransfer. Das ist unser Beitrag zum Klimaschutz und für ein Ende des Krieges.

Heute an einem weiteren Tag der Zerstörung der Erde und des Regenwaldes in Mexiko-Yucatán und der Bedrohung dort lebender Menschen durch die Deutsche Bahn haben wir ein kleines Leuchtfeuer der Solidarität entzündet. Ziel der Sabotage ist ein wirtschaftlicher Schaden zum Nachteil des größten deutschen Staatskonzerns. Wir machen hierzulande mit unserer Aktion diese Menschen im Kampf gegen den „Zug des Todes“ sichtbar. Das ist unser Beitrag zur Unterstützung der Menschen, die sich gegen den „Tren Maya“ und Kolonialismus wehren um zu (über-)leben.

In diesem Sinne haben wir heute morgen als Klima- und Antikriegsaktivist:innen für den wirtschaftlichen Lockdown bei Tesla und DB- „Tren Maya“ die Bahnstrecke zwischen Karlshorst und Köpenick in der Nähe zur S-Bahnhaltestelle Wuhlheide sabotiert.

Anstatt Verantwortung zu übernehmen und unsere verschwenderische und konsumistische Lebensweise zu verändern, wird die Wirtschaft am Laufen gehalten. Für die Wirtschaft geht Deutschland als einer der größten Waffenexporteure auf der Erde über Leichen. Damit muss Schluss sein. Ebenso mit der Finanzierung des Regimes in Russland und anderen Diktaturen wie Katar. Globale Kriege und die Zerstörung des Klimas hängen mit unserer Lebensweise hierzulande zusammen. Dies ist auch ein globaler Krieg um fossile Energie.

Über die sabotierte Strecke kommen täglich mehrere Tausend Menschen aus der Ukraine in Berlin an. Es sind die gleichen Schienen auf denen täglich das russische Öl in die Hauptstadt rollt. Mit dutzenden Tanklastzügen a 20-25 Wagons kommen die Gründe zur Flucht nach Berlin, denn mit dem Energietransfer finanziert Deutschland die Kriegskasse des russischen Regimes. Diese wirtschaftsliberale, profitorientierte Politik wird den Krieg nicht stoppen. Wird die Kohle, das Gas, das Öl aus Russland nicht sofort gekappt, verlängert Deutschland täglich den Krieg, das Sterben und die Gründe zur Flucht. Wir erklären uns solidarisch mit flüchtenden Menschen aus aller Welt: Es geht um die Menschen, nicht um Profite. Die kriegsrische und umweltzerstörende Ökonomie kann nicht mehr durch Worte gestoppt werden. Eigenmächtig haben wir die Signal-, Kommunikations- und Starkstromkabel angezündet und den Lieferstopp der Tanklastzüge kurzfristig in die Hand genommen. Dazu haben wir zwei Kabelschächte geöffnet und die Platten entfernt. Der Feuerwehreinsatz kam zu spät, die Strecke konnte erfolgreich sabotiert werden. Eine Gefahr für Leib oder Leben konnten wir ausschließen.

Unsere Aktion ist auch eine Unterstützung und ein Beitrag zur Diskussion der Klimaaktivist:innen, die am 25.3. auf den „Fridays for Future“ Demos in vielen Städten zusammen kommen. Die Blockierung gut geschmierter Wirtschaftsabläufe ist existenziell für unser aller Zukunft. Wir werden unter Euch sein und mit Euch demonstrieren.

Der größte deutsche Staatskonzern, die „Deutsche Bahn“ bezahlt heute für den Zug des Todes „Tren Maya“ in Mexiko-Yucatán. Und Tesla bezahlt heute für sein Engagement und Wasserraub in Brandenburg. Es ist eine Welt in der wir alle leben.

Auf den Punkt bringt dies ein indigener Ureinwohner aus dem globalen Süden in einer Grußbotschaft an den globalen Norden: „Wir alle werden die Auswirkung der Zerstörung spüren – wie weit weg die Zerstörung auch ist. Wir haben ein gemeinsames Haus: Mutter Erde“. Unser „Haus“, die Erde, wird von unzähligen Konzernen wie Tesla und Deutsche Bahn niedergebrannt.

Die Deutsche Bahn beteiligt sich an einem mörderischen Projekt gegen die indigenen Ureinwohner:innen im Süden Mexikos. Mit dem Zugprojekt „Tren Maya“ wird die Zerstörung des Regenwaldes forciert und den Menschen ihre Lebensgrundlagen geraubt. Dagegen wehren sich die indigenen Ureinwohner:innen.

Tesla beteiligt sich am Ressourcenraub in aller Welt, zerstört vor Ort die Natur und raubt uns das Trinkwasser. Die Elektromobilität ist kein Ausweg aus der Zerstörung der Umwelt, sondern seine konsequente Fortsetzung. Dagegen wehren sich Menschen aus der Region und im ganzen Land.

EIN WORT AN DIE PENDLER:INNEN

Hunderte von Teslamitarbeiter:innen spuckt die Bahn allmorgendlich aus, die in Falkensee mit dem Shuttle in die Gigafactory transportiert werden. Täglich fahren 3 Züge pro Stunde mit über 2000 Plätzen, um den Pendelverkehr zu Tesla möglich zu machen. Die Sabotage des Pendelverkehrs nach Falkensee stört den pünktlichen Arbeitsbeginn der derzeit 3000 Beschäftigten bei Tesla. Jeder Manager, jede:r Arbeiter:in und jede:r Angestellte, der:die heute zu spät oder gar nicht zur Arbeit kommt, ist ein Sandkorn im Getriebe von Teslas Produktion. Ein Sandkorn das vielleicht sogar den Ablauf zur Vorbereitung von Teslas Betriebsbeginn stört und Musks Selbstdarstellung verhagelt.

Wenn Sie als Pendler:innen heute nicht oder unpünktlich in die Hauptstadt kamen, dann war auch das unsere Absicht. Nehmen Sie es nicht persönlich. Uns ging es um einen wirtschaftliche Schaden.

Wenn Angestellte, Dienstleister:innen und Arbeiter:innen nicht ihre Arbeit verrichten, weil sie nicht zur Arbeit erscheinen können, dann geraten ökonomischen Abläufe ins Stocken. Das kostet der Wirtschaft Geld.

Sagen Sie Ihren Chefs, Ihren Abteilungsleitern, Ihren Lehrer:innen und Professor:innen, dass Sie später kommen oder gar nicht, weil die Strecke wegen der Gigafactory Tesla, wegen des regionalen Wasserraubs durch Tesla, wegen der Wirtschaftspolitik Brandenburgs, wegen der Zerstörung des Klimas und der Energiepolitik der Regierung, wegen des Zusammenhangs mit dem Krieg des russischen Regimes und dem mörderischen Engagement der Deutschen Bahn in Mexico, sabotiert wurde. Durch das Feuer wurden neben dem Flughafen-Express auch andere Verbindungen zu dem Flughafen BER getroffen und gestört. Es gibt wenig bis gar keine Gründe zu fliegen und das Klima auf Kosten aller Lebewesen weiterhin zu zerstören.

Bevor wir auf beide Konzerne näher eingehen:

EIN WORT AN DIE BEVÖLKERUNG, BÜRGERINITIATIVEN UND ÖKOAKTIVIST:INNEN

Ja, Sie haben das Recht, sich zu wehren. Nein, Sie müssen auf keine Anhörung Rücksicht nehmen. Auf keine Genehmigung. Auf kein Gerichtsurteil. Mit der Erteilung der Genehmigung für Tesla muss und wird der Widerstand nicht enden. Im Gegenteil: Wenn die Welt in eine Mülldeponie verwandelt wird, in der es nur noch brennt, austrocknet, überschwemmt, in der immer mehr wertvolle Lebensformen verschwinden – dann müssen wir sogar Gesetze übertreten und militant handeln.

Statt wieder und wieder wählen zu gehen – weil jede Wahl angeblich die wirklich wichtige Wahl ist. Statt wieder und wieder das Maul zu halten. Statt uns untereinander wegen belangloser Kleinigkeiten zu streiten. Statt zu den Nazis von der AfD zu gehen, die ihren völkischen Pesthauch verbreitet.

Wir sehen, dass dieser ganze „grüne“ Fortschritt, der uns jetzt von der neuen Regierung verkauft wird, immer neue Zerstörung hervorbringt. Unter der Losung vom „Fortschritt“ wird der Planet ausgeplündert, solange noch Geld heraus zu pressen ist.

Das, was hier in Grünheide geschieht, geschieht in vielen Ländern außerhalb Europas schon seit vielen Jahrzehnten in grausamerer Weise. So fliehen Menschen berechtigterweise hierher. Die reichen Länder sind die historischen und gegenwärtigen Verursacher von Kriegen, Hungersnöten und Umweltkatastrophen in anderen Regionen.

Wir stellen uns an die Seite der Kämpfe gegen Tesla in Brandenburg/Berlin. Wir empfehlen Bürgerinitiativen und Verbänden, den Druck durch Polizei, Presse und Politiker und deren Rufe nach Distanzierung von unserer Aktion an sich abperlen zu lassen. Wenn Sie bei unserem Anschlag nicht beteiligt waren, gibt es auch keinen vernünftigen Grund, sich von diesem zu distanzieren. Das unsere Aktion nicht das Mittel örtlicher, namentlich bekannter Bürgerinitiativen oder Gruppen wie „Fridays for future“ sein kann, ist logisch. Eine Distanzierung in „Böse und Gut“ spaltet den Widerstand gegen Tesla. Wer uns das Wasser klaut, unser Land raubt, unsere Umwelt zerstört, ist unser Gegner.

Wir respektieren die Initiative aller Gegner:innen von Tesla und distanzieren uns auch nicht von Euch. Bitte macht weiter.

WARUM TESLA?

- Ein „Weiter so“, nun im neuen ökoliberalen Ampel-Gewand, wird scheitern. Unsere Sabotage richtet sich gegen das „Weiter so“ einer Politik, welche liebdiene und arschkriechend die Interessen von Tesla vertritt. Die Politik, die Verwaltungen, einzelne Gerichte und einige Medien dienen und dienen immer schon den Interessen der Wirtschaft. Das „Weiter so“ unökologischer, teurer, ressourcenzerstörender E-Mobilität wollen wir stoppen.

- Man erzählte uns: Corona lässt eine öffentliche Anhörung der Einwände gegen den Bau der Fabrik nicht zu. Darum richtete das sogenannte

Landesamt für Umwelt ein Online-Forum ein, um den Protest stumm zu schalten. Die Wut der Bevölkerung und Bürgerinitiativen gegen Tesla wurde willentlich kanalisiert, vereinzelt und sollte digital mundtot gemacht werden. Gleichzeitig bekam der „Guru“ Musk im letzten Jahr eine Sondergenehmigung für 9000 Menschen, damit er vor 4000 Jüngern mehr, als die Coronaregeln erlaubten, seinen patriarchalen Wahn und seine perverse Show des Kommerzes ausleben konnte. Die Anhörung musste auf Betreiben der Umweltverbände wiederholt werden. Das kann als kleiner Erfolg verbucht werden. Mehr aber auch nicht, denn das Ergebnis stand so oder so fest.

- Obwohl gar nicht entscheidungsbefugt, verkündete der brandenburgische Wirtschaftsminister Steinbach, dass aus den Einwendungen kein Riesenproblem entstehen wird. Er irrt. Der Widerstand gegen Wasserraub und Klimazerstörung steht erst am Anfang. Wir reden hier nur für den Produktionsstart, nicht von den kommenden Ausbaustufen. Nun klagten erstmals Umweltverbände wie die Grüne Liga und der Nabu. Die Bewilligung für eine zusätzliche Wasserentnahme sei "rechtswidrig". Eine politische Entscheidung war von den Gerichten nicht zu erwarten gewesen. Diese muss durch Klimaschützer:innen, Anwohner:innen und Unterstützer:innen langfristig durchgesetzt werden.

- Man erzählte uns: Das Genehmigungsverfahren des Geländes sei noch nicht abgeschlossen. Im Zweifelsfall müsse Musk den Quadratkilometer großen Industriepark wieder abbauen. Wer glaubte denn so etwas? Die ganze Region wusste, die Genehmigung war beschlossene Sache. Das Wirtschaftsministerium in Brandenburg mit seinen Hinterzimmergesprächen war federführend im Ausverkauf des Landes, des Wassers, der Natur. Und auch der sogenannte Umweltminister Vogel von den Grünen setzte dem Wasserraub keine Grenzen. Für ihn ist das lediglich eine „Gespens-terdiskussion“. Ministerpräsident Woidke (SPD) faselte nach der Erteilung der Genehmigung von „klimaneutraler Produktion“ und einem „großen Schritt für die Zukunft“. Ein interessanter Gedanke, wenn die Welt bereits am Abgrund steht. Morgen sind wir einen Schritt weiter.

- Musk, der reichste Mann der Welt etabliert einen Turbokapitalismus in Deutschland, der für die Wirtschaft wie ein Treibstoff wirkt. Der mächtige VW-Konzern mit über 650.000 Beschäftigten weltweit will z. B. die eigene Konzernstruktur „modernisieren“ und hat ihn als Vorbild. VW-Konzernchef Diess ist fasziniert von der Brutalität und Rücksichtslosigkeit, mit der Tesla neue Maßstäbe setzt und „unsere Industrie revolutioniert“. In einer internen VW-Managerversammlung, der „Leadership Summit“, schaltete Diess sogar den konkurrierenden Teslagott live zur Sitzung dazu. Die 200 Top-Manager (meist Männer mit einem siebenstelligen Jahresgehalt) sollten auf den neuen Stil eingeschworen werden, der auf nichts mehr Rücksicht nehmen soll. Gewerkschaften und gute Arbeitsbedingungen sind für Tesla nur störend im turbokapitalistischen System. Deshalb gibt es jetzt einen „gelben“ Betriebsrat. Schon die Orientierung der deutschen Wirtschaftswelt an diesem neuen Stil ist Grund genug das Schlachtschiff Tesla zu sabotieren. Wohin diese Orientierung führen kann, sehen wir in der chinesischen Provinz Xinjiang. Die chinesische KP versklavt systematisch die Bevölkerungsgruppe der Uiguren, um diese in Zwangs- und Umerziehungslagern wirtschaftlich auszubeuten. Tesla sind die Menschenrechte egal. In der Provinzhauptstadt Urumqi hat Tesla erst kürzlich einen Showroom eröffnet.

- Wir reklamieren für uns das Recht auf Widerstand. Wir werden gezwungen, zu funktionieren, sprich planbares Rädchen im Getriebe, auf Arbeit, in der Firma, im Job zu sein. Wir arbeiten uns kaputt und bekommen meist wenig Geld und noch weniger Rente. Das Gebaren des Teslakonzerns beeindruckt uns nicht. Auch die Titanic schien unsinkbar. Zusammen mit vielen anderen Kräften regional und überregional können wir der Eisberg werden.

- Denn mit der Teslafabrik ist ein neuer Tabubruch etabliert worden, den wir nicht hinnehmen. Die Bürgeranhörungen waren eine Farce. Der Bau ohne Genehmigung macht die Menschen bis heute fassungslos. Die Hinterzimmergespräche der Politik und Verwaltung und das Aushebeln von lange erkämpften und ohnehin kaum wirkungsvollen demokratischen Mindeststandards macht wütend. Wenn das Trinkwasser für uns in der Region knapp wird, sich Tesla daran aber frei bedienen darf, dann ist es an der Zeit, Politik, Verwaltung, Tesla und Zulieferbetriebe aktiv und schmerzhaft zu stoppen.

Die Respektlosigkeit gegenüber den Menschen, gegenüber der Region und der Natur ist der Brandbeschleuniger einer sozialen Revolution. Die direkte Aktion ist eine offensive Notwehr gegen den Fortschritt der Zerstörung. Der Wasserraub und vieles mehr rechtfertigt den militanten Widerstand.

Die Blockierung gut geschmierter Wirtschaftsabläufe ist existenziell für unser aller Zukunft. Tesla fährt jetzt den Betrieb hoch. Fahren wir ihn wieder runter. Jeder Tag zählt, jede Stunde erfolgreicher Sabotage eines Konzerns zählt. Für revolutionäre Wasserschutzinitiativen. Was wir können, können alle tun!

WARUM DEUTSCHE BAHN – TREN MAYA ?

- Die DB Consulting & Engineering ist weder ökologisch noch gut für das Klima. Ohne „Greenwashing“ kommt auch der 100%ige Staatskonzern nicht mehr aus. Dabei wird z.B. ein Viertel des gesamtdeutschen Bahnstroms aus dem Kohlekraftwerk Datteln IV geliefert. Trotz Kohleausstieg und ohne gerichtliche Genehmigung des Kraftwerkes verpflichtete sich die DB zur Abnahme riesiger Strommengen, weswegen Datteln IV überhaupt erst gebaut wurde. Befeuert mit Kohle aus Kolumbien beispielsweise, die unter schrecklichen Arbeitsbedingungen und gigantischer Umweltzerstörung abgebaut wird. Die Ermordung von Aktivist:innen und Vertreibung von Bewohner:innen sind der Bahn egal, Hauptsache hier nehmen die Menschen der Bahn das grüne Image ab.

- Die Bahn ist und war eine staatliche Infrastruktur, die eine lange Tradition hat. Im NS sei an den Transport von Millionen, meist jüdischen Menschen, in die Vernichtungslager erinnert. Ohne diese Infrastruktur wäre der NS nicht zu dem systematischen und industrialisierten Massenmord in der Lage gewesen. In allen Kriegen transportierte die Bahn Soldaten an die Front - zum Morden und als Kanonenfutter. Die Bahn ist bis heute logistisch für das Militär unersetzlich. Und sie transportiert russisches Öl und Kohle nach Berlin und stützt damit die Klimazerstörung und den Krieg gegen die Menschen in der Ukraine. Der aktuellen sogenannten „humanitären Schienenbrücke“ der Staatsbahn stehen die täglichen Öllieferungen auf Schienenweg diametral entgegen. Die Lieferung und Finanzierung machen den deutschen Staat zu einem Waffenbruder von Putin.

- Vor Jahren transportierte die Bahn mit einem riesigen Polizeiaufgebot Atommüll durch die Republik, gegen den Willen der Bevölkerung. Dies ging in Gorleben und in der Republik regelmäßig gegen die Atomtransporte vor.

Jahrzehntelanger breiter Widerstand, von Blockaden, Besetzungen, bis hin zu militanten und gewaltfreien Aktionen gegen die Atompolitik zwang die Politik letztlich in diesem Land zum Ausstieg. Doch auf EU-Ebene wird diese Atompolitik nun für nachhaltig erklärt, die Grünen tragen diesen Kurs mit. Beschlossene Atomreaktoren, wie derzeit in der Ukraine, oder Putins Scharfstellung der Atomwaffen fordern uns auf, Atomenergie international zu ächten.

- In der jüngsten Zeit machte die Deutsche Bahn mit dem Innenministerium am Berliner Südkreuz einen Modellversuch mit Gesichtserkennungssoftware zur Kontrolle der Bevölkerung. Digitales Einchecken, bargeldloses personengebundenes Online bezahlen und der personifizierte QR-Code in den Tickets sind als technologischer Angriff zu begreifen. Die Pandemie wird und wurde dazu benutzt Überwachungen und (Selbst-) Kontrollen durchzusetzen. Die Bahn als größter Staatskonzern vollführt den technologischen Angriff gegen ihre Kundschaft nicht nur, er nimmt auch eine Vorreiterrolle ein.

- In dieses zerstörerische Wirken reiht sich auch das Projekt in Mexiko ein: In Yucatán beteiligt sich die DB Consulting & Engineering an der Entwicklung des Projektes „Tren Maya“. Zusammen mit den spanischen Konzernen Renfe und Ineco kassieren die drei Firmen zusammen 13,5 Millionen Euro als Schattenbetreiber des mexikanischen Nationalen Fonds für Tourismusentwicklung. Die Deutsche Bahn bekommt dafür rund 9 Millionen Euro. Bei rund 6 Milliarden Euro, die die 1500 Kilometer lange Strecke kosten wird, ist das ein vergleichsweise geringer Betrag. Denn die Bahn verkaufte in erster Linie ihr Image an den Betreiber FONATUR als Projekt des Fortschrittes und der grünen Modernisierung. Als „shadow operator“ einer „win win“ Situation für alle Beteiligten, außer für die Betroffenen vor Ort. Dahinter steckt der Versuch von mexikanischer Seite, die eigentliche Bedeutung des Projektes zu verschleiern.

- Die DB Consulting & Engineering dient als Feigenblatt zur weiteren Militarisierung im Süden Mexikos. Es ist das mexikanische Militär, das den Gewinn einstreichen wird, sollte der Zug der Zerstörung eines Tages durch Gebiete mit mehr als einer Million indigener Menschen Mexikos rauschen. Die Interessen des Militärs sind eindeutig. In vielen Regionen kämpfen die Indigenen gegen einen korrupten Staat und behaupten sich als rebellische Gemeinden seit Jahrzehnten gegen ihre Verarmung und Eliminierung durch Kolonisation, Militär, Paramilitärs, Hunger und Krankheiten. Mit dem Zug und den damit verbundenen neu geplanten Tourismuszentren, die der Zug ansteuern soll, sind die Vernichtungen des schützenden Urwalds und die Lebensgrundlagen der Indigenen absichtsvolles Ziel und nicht etwa ein unbedachter Nebeneffekt. Es geht darum, die Gemeinden sozial zu vernichten. Ist die Schneise durch den lebensnotwendigen Urwald einmal geschlagen, kann der Widerstand leichter gebrochen werden. Und die verzweifelte Migration an der südlichen Grenze zu Mexiko kann besser militärisch unterbunden, bzw. gesteuert werden.

- In Mexiko forderten die indigenen Gemeinden ein Anhörungsverfahren, das sich Consulta nennt. Entweder fanden diese nicht statt oder waren

eine ebensolche Farce wie das bisherige Anhörungsverfahren im Fall Tesla. Geht es nach den Regierenden und der Wirtschaft, ist der Tren Maya beschlossene Sache, ebenso wie die Gigafactory in Brandenburg. Das sehen wir anders.

- Die DB Consulting & Engineering hat keinerlei Skrupel. Der Staatskonzern und diplomatisches Personal pfeifen seit Jahrzehnten zugunsten der Wirtschaft auf Menschenrechte, wenn es um lukrative Aufträge in Diktaturen geht. Für die DB ist Lateinamerika ein strategischer Markt im Aufbau. Die DB Consulting & Engineering unterhält auch Großprojekte oder plant sie in Ländern wie Brasilien, Kolumbien oder gar Katar, China sowie den Vereinigten arabischen Emiraten, in denen allesamt Menschenrechte als Handelshemmnisse gelten. In Mexiko, in der bekanntermaßen die Menschenrechte wenig zählen, Aktivist:innen und kritische Journalist:innen erschossen werden und die Vergewaltigungs- und Mordrate (Feminizide) an Frauen, ausgesprochen hoch sind, versuchte die DB Consulting & Engineering als Schattenbetreiber einen Fuß in die Tür zu bekommen, um über den aktuellen Entwicklungsstatus hinaus zu kommen. Die Toten liegen auf dem Weg zum Erfolg und dem Fortschritt. (Der französische Hersteller Alstom erhielt übrigens den Zuschlag für den Bau von über 40 Zügen zu diesem Projekt.)

- Unsere Aktion und der vergleichsweise geringe finanzielle Schaden durch unsere Aktion ist eine Kompensation für die eingestrichenen 9 Millionen, die die DB für ihre aktuelle Entwicklertätigkeit erhalten hat. Neben dem Personenverkehr transportiert die Bahn täglich auf der von uns sabotierten Strecke mehrere Dutzend Öltank- und Kohlezüge, Baumaterial und Container mit Konsumgütern in die Hauptstadt hinein. Bei einer Just-in-Time-Lieferung für Waren und Produktion, ist Sabotage von wirtschaftlicher Bedeutung. Je höher der Schaden an der Strecke, je länger die Reparaturarbeiten, je unpünktlicher vor allem der Güterverkehr, desto besser.

- Die in Yucatán oder auch in Chiapas ermordeten Aktivist:innen können wir mit diesem kleinen materiellen Schaden nicht mehr ins Leben zurückholen, aber er fällt bei einer auf Image und wirtschaftlichen Rentabilität bedachten DB ins Gewicht. Mit unserer Aktion schützen wir aktuell bedrohte Aktivist:innen und rufen dazu auf, eine militante Kampagne hierzulande loszutreten. Für jeden ermordeten Aktivist:innen in Yucatán haftet die Bahn. Die Deutsche Bahn ist überall angreifbar für „Ökozid und Vertreibung“ in Mexiko.

- Unsere Sabotage ist ein Gruß der internationalen Solidarität in den Urwald und eine Ermunterung zum Widerstand in den urbanen Dschungel hinein. Wir stehen an Eurer Seite in Yucatán, auch wenn wir im globalen Norden leben.

Unsere Kämpfe sind mit Euren Kämpfen verbunden. Eure Freiheit ist auch unsere Freiheit. Unsere Freiheit ist auch Eure Freiheit.

Die Respektlosigkeit gegenüber den Menschen, gegenüber den Indigenen und unserer Erde ist der Brandbeschleuniger einer notwendigen weltweiten sozialen Revolution. Die direkte Aktion ist eine offensive Massnahme gegen den Fortschritt der Zerstörung.

Die Blockierung gut geschmierter Wirtschaftsabläufe ist existenziell für unser aller Zukunft. Die Zerstörung der Erde ist für uns die Folge einer patriarchalen Ideologie, die sich die Erde untertan machen will, und sich wie eine Schneise der Verwüstung durch den Regenwald, durch Grünheide und viele andere Orte zieht. Die Bahn ist vielfältig angreifbar. Zwingen wir sie zum Ausstieg aus dem Projekt Tren Maya. Verschaffen wir durch Sabotage den Kämpfern in Yucatán und Brandenburg Luft.

Nur Mut! Was wir können, können auch andere tun.

- Tesla abschalten.
- Für revolutionäre Wasserschutzinitiativen.
- Stoppt die kriegerische und klimazerstörende Ökonomie und Nordstream 1.
- Klimaschutz statt Krieg!

- Sicherheit durch globale Sabotage von Kriegsgerät statt „Sehnsucht nach Sicherheit“ durch Aufrüstung und Krieg!
- Offene Grenzen - für Alle und Überall!
- Für militante, international verbundene Kampagnen und Kämpfe.

Klima- und Antikriegsaktivist:innen für den wirtschaftlichen Lockdown bei Tesla und DB- Tren Maya ; Berlin 21.3.2022

Freiheit für Ella (Klimaaktivistin)

Freiheit für Do & Jo (Aktiv gegen Nazis)

Freiheit für Lina (Antifaschistin)

Freiheit für ...

Solidarität mit den Kämpfern in Lützerath, der „letzten Generation“, der Rigaerstr. 94 und der Kaderschmiede und allen verfolgten Antifas in Sachsen und anderswo. Ya Basta!

Ein paar Infos zur Überwachung neuerer Autos

Neue Autos lassen sich so einfach überwachen, dass es keine Observationstrupps mehr braucht, um zu wissen, wo sie gerade sind. Auch braucht es keine Schlüssel oder gehackte Funkfernbedienungen mehr, um Autos zu öffnen und zum Mithören braucht technisch gesehen keine Wanze mehr installiert werden. Zwar fahren wir selten neue Autos, aber die Zeit bleibt ja nicht stehen... Wir stellen euch 2 Methoden der Überwachung vor: WLTP und Smartphone-App. Das sind zwar keine neuen Sachen, aber sie sind vielen unbekannt.

WLTP

WLTP steht für „Worldwide harmonized light duty test procedure“. DaT hinter steckt ein kleines Modul, dass vom Hersteller in Autos eingebaut wird, um laufend Daten über das Fahrzeug auslesen zu können. Seit 2012 haben alle Autos so ein Modul, wenn sie ein fest installiertes Original-Navi haben. Mittlerweile haben es jedoch alle Neuwagen eingebaut.

Offiziell geht es darum, den tatsächlichen Spritverbrauch zu erfassen. Seit 2018 wird darüber die KFZ-Steuer berechnet, weil der CO²-Verbrauch dabei eine Rolle spielt. Die Daten müssen nicht extra ausgelesen werden, sondern werden permanent an die Herstellerfirma übermittelt. Die Fahrzeugnutzer_innen haben keinen Zugang zu den erfassten Daten; Werkstätten nur teilweise und sie müssen oft viel Geld dafür zahlen. Der freie Zugang für die über WLTP mögliche Fehlerdiagnose von Fahrzeugen wird von vielen Herstellern mittlerweile stark eingeschränkt. Z.B. von Alfa Romeo, Audi, Chrysler, Fiat, Hyundai, Kia, Mercedes, Nissan, Renault, Seat, Škoda, Tesla, Volkswagen, Volvo.

Die Autokonzerne wissen: Wie oft nutzt man das Auto? Wie ist der Fahrstil? Bremst du oft, wie stark beschleunigst du, wann schaltest du? Zu welcher Tageszeit fährst du? Wo bist du? Wie viele Leute fahren das Auto? Hier eine Auflistung gesammelter Daten nach einer Testreihe des ADAC (der sonst ja nicht auf unserer Seite steht).

Nutzungsprofil:

- Getrennte Speicherung der gefahrenen Kilometer auf Autobahn, Landstraße und in der Stadt
- Anzahl der einzelnen Fahrtstrecken, aufgeschlüsselt nach Kilometern
- Lade- und Entladezyklen mit Uhrzeit, Datum, Kilometerstand
- Einsatzdaten des Verbrenners bei Plug-in-Hybriden
- Regelmäßig GPS-Daten mit Statusbericht wichtiger Fahrzeugdaten
- Betriebsstunden der Fahrzeugbeleuchtung, getrennt nach einzelnen Lichtquellen

Fahrstil:

- Zahl der elektromotorischen Gurtstraffungen (wie oft wird heftig gebremst?)
- Einträge für zu hohe Motordrehzahl oder -temperatur (=Raser)
- Lade- und Zellspannung der Antriebsbatterie
- Dauer, wie lange der Fahrer die verschiedenen Modi des Automatikgetriebes (Dauer/Manuell/Sport) nutzt

Intensität der Nutzung / Anzahl der Fahrer:

- Zahl der Verstellvorgänge des elektrischen Fahrersitzes (erlaubt Rückschlüsse auf Anzahl der Fahrer)
- Anzahl der eingelegten Medien in das CD-/DVD-Laufwerk
- Dauer und Zeitpunkt der Telefongespräche

Je nach Hersteller werden die Daten (auch Positionsdaten) zum Beispiel alle 2 oder alle 30 Minuten übermittelt. Die Übermittlung erfolgt über das Mobilfunknetz. Das Kästchen, in dem die dafür notwendige Technik untergebracht ist, sitzt hinter dem Armaturenbrett, ist in einem bekannten Beispiel 6x3x1,8 cm groß und nicht so leicht zu finden und zu entfernen. In der Regel wird in Werkstätten auch behauptet, man könne das Modul nicht ausbauen, ohne sicherheitsrelevante Funktionen zu beeinträchtigen. Das ist aber nicht der Fall, wenn nur das WLTP-Modul ausgebaut wird und eine Überbrückung der Leitungen stattfindet. Allerdings sollte man das selbst nur machen, wenn man Ahnung von dem Kram hat (Wir haben zu wenig Ahnung, deswegen gibt es hier auch keine Anleitung

zum Ausbau. Aber vielleicht gibt es ja unter den Lesenden Auto-Mechatroniker_innen, die eine schreiben würden).

Brisant wird die Datenübertragung auch dadurch, dass es den Verdacht gibt, dass die Hersteller den Datenstrom anderen Firmen zur Auswertung überlassen. Eine solche soll, in einem uns bekannten Fall, Daten direkt an Behörden weitergegeben haben. Überprüfen können wir das aber nicht! Es wäre den Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten sicher ein Leichtes, auf diesem Weg Autonutzung und vor allem GPS-Daten quasi in Echtzeit mitzulesen.

Auto-App

Aber der Zugriff aufs Auto geht auch auf anderem Wege sehr einfach. Zu etwas teureren Autos gibt es mittlerweile eine Smartphone-App, über die Teile des Autos fernbedienbar werden. Das betrifft verschiedene Fahrzeugfunktionen wie Klimaanlage, Sitzheizung etc. Aber es können auch in Echtzeit die Positionsdaten auf dem Smartphone gesehen, sowie die Türen entriegelt werden. Über die Position ist oft auch interpretierbar, was man gerade macht. Wenn man z.B. vor dem einzigen Computergeschäft weit und breit hält, will man evtl. gerade einen neuen Rechner kaufen usw. Auf dem Smartphone ist das leicht zu erkennen, ohne dass es eine Recherche braucht. Nur so als Beispiel.

Die App wird vom Hersteller zur Verfügung gestellt und der Zugriff auf die App ist nur durch ein Passwort gesichert. Bisher haben Behörden z.B. auf Anfrage einen Extra-Schlüssel für ein zu verwanzendes Auto vom Hersteller bekommen, damit sie nicht einbrechen müssen (ein uns bekanntes Beispiel für so ein Vorgehen betrifft VW). Nun reicht der Zugang zur Smartphone-Applikation und ein geknacktes Passwort, um ein Auto zu öffnen.

Übrigens sind die Halter_innen bisher verantwortlich dafür, nach Verkauf des Autos die App zu löschen. Tun sie dies nicht, können sie nicht nur die Nachnutzer_innen ausspionieren, sie können auch Fahrzeugfunktionen ändern und bedienen. Also Augen auf beim Auto-Kauf!

Wenn ihr mehr, bessere oder andere Infos zum Thema habt, schreibt doch auch einen kleinen Text fürs nächste Blättchen – wir sind keine Fachleute. Wir gehen zum Beispiel davon aus, dass die smarten Überwachungs-Funktionen der App auch die Sprachsteuerung der Fahrzeuge betrifft. Mithören wäre also unkompliziert möglich. Aber geschieht dies schon? Wir wissen es nicht.

Autonome Fahrschule

Nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen Schwedischer Klimaaktivist Andreas Malm fordert Eskalation

Sollte die Klimabewegung den Kampf eskalieren? Sollten wir mehr tun, als nur friedlich demonstrieren, höfliche Petitionen verfassen und zivilen Protest leisten? Und stattdessen zu Mitteln wie Sabotage und Sachbeschädigung greifen? In der Debatte der Klimabewegung über zukünftige Strategien argumentieren einige von uns für eine solche Eskalation. Das beste Argument dafür ist der objektive Zustand dieses Planeten, der sich auch im vergangenen Jahr mit gewohnter Zuverlässigkeit verschlechtert hat.

Im März veröffentlichte die Internationale Energieagentur ihre Schätzungen für die Energieproduktion im Jahr 2021. Die weltweiten CO₂-Emissionen sind demnach um mehr als zwei Gigatonnen gestiegen. Trotz einer globalen Erwärmung um 1,2 Grad, trotz sechs IPCC-Berichten, trotz 26 COP-Treffen der Vereinten Nationen, trotz unermesslichen Leids für die am stärksten betroffenen Menschen und Regionen hat die Weltwirtschaft im Jahr 2021 den größten Anstieg von CO₂-Emissionen in der Geschichte der Menschheit verzeichnet. Entgegen den Gerüchten über ihr baldiges Ende war die Kohle der Hauptverursacher. Ihr Rauch quoll in immer größeren Mengen aus chinesischen Schornsteinen, auch Europa und die USA verbrannten dramatisch mehr. Und jeder weiß, wer in Europa der größte Kohleverbrenner ist: Deutschland. Das Wachstum der Kohleemissionen scheint grenzenlos zu sein.

Was Öl und Gas betrifft, erleben wir seit einem halben Jahr eine andere Entwicklung: Dank der hohen Preise auch schon vor dem Ukrainekrieg

haben Unternehmen wie Exxon, Total, Shell und BP erstaunliche Gewinne erzielt. Es besteht kein Zweifel daran, worauf das hinauslaufen wird. Das fossile Kapital bereitet sich auf neue Reinvestitionsrunden vor: mehr Bohrschürfen, mehr Plattformen, mehr Terminals, mehr Pipelines. Natürlich tun sie dies, um mehr Kapital anzuhäufen – wozu sind sie denn Unternehmen? Dabei schien der Ausbruch des Krieges genauso wie der Ausbruch der Pandemie vor gut zwei Jahren eine gute Gelegenheit zu bieten, von den fossilen Brennstoffen wegzukommen. Stattdessen haben die herrschenden Klassen die Gelegenheit genutzt, ihre materielle Basis zu zementieren. Die britische Regierung will russisches Öl und Gas durch verstärkte Bohrungen in der Nordsee ersetzen, die deutsche Regierung plant den Bau von Flüssiggasterminals. Und die Spirale dreht sich weiter.

Am 20. März erschienen auf der Website des »Guardian« zwei Schlagzeilen dicht nebeneinander, die diesen Irrsinn deutlich machen. Die eine lautete: »Saudi Aramco erhöht die Ölproduktion, um die weltweite Nachfrage zu decken«. Das Unternehmen erwirtschaftete 2021 einen um 124 Prozent höheren Gewinn als 2020 und bereitet sich nun auf »erhebliche Neuinvestitionen« vor. Zweitens: »Hitzewellen an beiden Erdpolen alarmieren Klimawissenschaftler«. Die Temperaturen in der Arktis lagen 30 Grad und in einigen Teilen der Antarktis 40 Grad Celsius über den saisonalen Durchschnittswerten. Unglaubliche Zahlen. Die Pole schmelzen mit einer von Wissenschaftlern kaum für möglich gehaltenen Geschwindigkeit, aber das fossile Kapital läuft auf Hochtouren. Die herrschenden Klassen auf diesem Planeten sind entschlossen, das, was von ihm übrig ist, so schnell wie

möglich zu verbrennen, und nichts – gar nichts – hat sie bisher davon abgehalten. Sie sind vollständig und auf eine infernalische und dämonische Art und Weise außer Kontrolle.

Daraus lässt sich nur eine Schlussfolgerung ziehen. Wir haben noch nicht genug getan. Wir müssen mehr versuchen. Wir brauchen keine großen Konzepte, um zu erkennen, dass jetzt nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen. Es sind das fossile Kapital selbst und die von ihm geschaffenen Realitäten, die uns dazu bringen. Alles andere hieße, das Leben auf diesem Planeten aufzugeben.

Deswegen haben einige von uns angefangen, Dinge auszuprobieren. In Deutschland, lange das Land mit der mächtigsten Klimabewegung Europas, fluteten 2019 Millionen streikender Schüler und sympathisierender Erwachsener die Straßen, ein beträchtliches Reservoir für eine potenzielle Radikalisierung. Was wird die Generation von 2019 als Nächstes tun? Weil das business as usual sich weder von den Demonstrationen noch von der Pandemie beeindrucken ließ, gründeten einige Aktivisten eine Gruppe namens »Letzte Generation«; deren erste Aktion der Hungerstreik in der Nähe des Bundestags in Berlin war. Dann blockierten sie öffentlichkeitswirksam Straßen und drohten damit, Luftballons in der Nähe von Flughäfen steigen zu lassen, um den Flugverkehr zu stören.

Ein Rückgrat der deutschen Bewegung und eine Quelle der Inspiration für uns alle in Europa ist »Ende Gelände«. Im Sommer 2021 bekannte sich die Gruppe »Fridays for Sabotage«, eine Gasinfrastruktur beschädigt zu haben und empfahl dies zur Nachahmung: »Es gibt viele Orte der [Klima-] Zerstörung, aber ebenso viele Orte des möglichen Widerstands.« Tazio Müller, brillanter Strategie und Vordenker von »Ende Gelände«, prophezeite in einem Interview mit dem SPIEGEL, dass ein Teil der radikalisierten Jugend eine »grüne RAF« gründen werde, wenn die Regierung weiterhin nichts unternahme – worauf sich, offenbar ein wunder Punkt, eine natio-

nale Debatte entwickelte. Wie jeder andere öffentliche Aktivist, der die Eskalation befürwortet, lässt Müller jedoch keine Gelegenheit aus, Gewalt gegen Menschen auszuschließen.

Eine Form äußerst friedlicher Sabotage ist das Luftablassen aus den Reifen von SUV. In Deutschland, in Berlin, München, Leipzig und Dortmund wurden in letzter Zeit Dutzende dieser Killerfahrzeuge vorübergehend außer Betrieb gesetzt. In Großbritannien ließen Aktivisten in der Nacht des 8. März in wohlhabenden Vierteln in London, Bristol, Cambridge, Sheffield, Liverpool und Edinburgh die Luft aus Geländewagen ab – sie sprachen von »Entwaffnung« – und schlugen neun Tage später erneut zu: In weniger als zwei Wochen zählten sie 1000 plattgemachte SUV. Auf ihrer Webseite haben die Tyre Extinguishers eine Anleitung veröffentlicht und auch die Vorlage für das obligatorische Flugblatt, das dem unglücklichen Besitzer die Aktion erklären soll. Ziel ist es, »den Besitz eines umweltschädlichen Geländewagens in städtischen Gebieten unmöglich zu machen«. Aktionen wie diese sind unendlich wiederholbar – Sabotage als Meme.

Wesentlich militanter war der Angriff anonymer Aktivisten am 17. Februar 2022 auf eine Pipeline-Baustelle in British Columbia. Eine Gruppe von rund 20 Personen, bewaffnet mit Äxten, Leuchtpistolen und Sprühfarbe stürmte die Baustelle, wo die Coastal-GasLink-Pipeline unter dem Fluss Wedzin Kwa hindurch verlegt werden sollte. Sie brachen Bulldozer und Lastwagen auf und zertrümmerten damit andere Maschinen, Generatoren, schweres Gerät und Anhänger. Die wenigen verschwommenen Bilder, die die Wachleute mit ihren Handys aufgenommen hatten, zeigen maskierte Personen in weißen Overalls – dem Markenzeichen radikaler Klimaaktivisten.

***In naher Zukunft dürfte nur eines vorstellbar sein:
die unerbittliche Verschärfung der Aktionen***



Die Coastal GasLink wird von TC Energy gebaut, einem Unternehmen für fossile Brennstoffe mit Sitz in Calgary, das sich hinter einer türkisfarbenen Glasfassade verbirgt, die an Schmelzwasser erinnert. Nach ihrer Fertigstellung soll die Pipeline zwei Milliarden Kubikfuß Fracking-Gas pro Tag bis zur Küste British Columbias und weiter Richtung asiatischem Markt transportieren, und auch durch das Land der Wet'suwet'en Nation verlaufen. Über den Bau wird seit Jahren heftig gestritten, aber noch nie zuvor war sie Ziel eines solchen Angriffs geworden.

TC Energy meldete Schäden in Höhe von mehreren Millionen Dollar. Die Bauarbeiten wurden gestoppt. Kein Arbeiter, kein Sicherheitsbeamter wurde verletzt. Festnahmen gab es bislang keine. Vor Ort scheint die Begeisterung für den Pipelinebau etwas abzukühlen. Wie also wäre es, zwei, drei, viele Wedzin Kwas zu schaffen?

All diese Aktionen sind aber nicht mehr als kleine Nadelstiche. Taugen sie als Vorbild? Genauso wie die Pandemie 2020 die Massenproteste stoppte, dürfte nun der Ausbruch eines Krieges in Europa der Grund sein für eine etwas zaghafte Eskalation. Andererseits wird die Eskalation durch die russische Invasion in der Ukraine nicht weniger notwendig. Angesichts der anstehenden Investitionen und der nationalstaatlichen Politiken dürfte in naher Zukunft nur eines vorstellbar sein: die unerbittliche Verschärfung der Aktionen. Anders ausgedrückt: Weil die herrschenden Klassen sich weigern, sich von fossilen Energieträgern zu verabschieden, sind diejenigen, denen ein lebenswerter Planet am Herzen liegt, gezwungen, den Einsatz zu erhöhen. Wer die Verantwortung dafür hat, sollte klar sein.

Das soll nicht heißen, dass ich oder andere Eskalationsbefürworter mit Sicherheit wissen, welche Maßnahmen die beabsichtigte Wirkung erzielen: Das kann nur in der Praxis herausgefunden werden. Würde es aber Dutzende solcher Aktionen wie beim Wedzin Kwa geben oder würden in europäischen Städten Tausenden von SUV die Luft ablassen, wäre es

denkbar, dass der Ausbau der Infrastruktur für fossile Brennstoffe und unvermeidbare Luxusemissionen wirklich gebremst würden. Ob die Klimabewegung dazu in der Lage ist, bleibt eine offene Frage. Aber je weiter die Erderwärmung voranschreitet, desto mehr Menschen dürften das Gefühl haben, dass mehr getan werden muss. Und Sabotage als Massenbewegung beginnt damit, dass einige wenige den ersten Schritt machen.

Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass die Grenze zwischen Sachen und Menschen strikt eingehalten wird: Ersteres darf beschädigt werden, Letzteres nicht. Weil Besitz und Nutzung fossiler Brennstoffe die Existenz so vieler Menschen (ganz zu schweigen anderer Arten) bedroht, müssen sie vom Markt genommen werden, so wie es das kleine Abc der Klimawissenschaft und auch jeder IPCC-Bericht es mehr als nur nahelegen. Aber Menschen selbst sind nicht das Problem. Es würde dem Klimakampf schweren Schaden zufügen, wenn Aktivisten diese Grenze überschreiten – etwa indem sie Kohlebergleute angreifen oder Ölmanager ermorden oder auch nur Krankenwagen daran hindern, eine Blockade zu passieren. Die beiden erstgenannten Arten von Aktionen existieren glücklicherweise nur in der Fantasie einiger weniger Geistesgestörter, und wir hoffen, dass sie dort für immer bleiben, aber das Blockieren von Krankenwagen ist ein taktischer Fehler, der in den vergangenen Monaten gemacht wurde. Alles, was Leben gefährdet, muss vermieden werden. Denn darum geht es im Klimakampf und der Strategie ökologischer Sabotage: Leben zu schützen, anstatt es zu gefährden.

Solange die Regierungen die Produzenten fossiler Brennstoffe fördern, müssen Menschen außerhalb der Staatsapparate die Dinge selbst in die Hand nehmen. Die Frage ist nicht, warum jemand so etwas tun sollte. Die Frage ist, warum es nicht mehr Menschen tun und warum wir so lange gewartet haben.

Andreas Malm

Abgedreht

Öl-Pipeline bei Schwedt blockiert

Unter Linas Füßen verläuft die Pipeline "Freundschaft", die Deutschland in Spitzenjahren mit 22 Millionen Tonnen russischem Rohöl versorgt. Das sind 25 Prozent des deutschen Bedarfs. Lina legt konzentriert ihre Hände auf das Absperrrad eines Notventils der Pipeline, guckt ihren Mistreiter Raúl an, und dreht das Rad dann mehrere Male im Uhrzeigersinn, um den Ölfluss zu unterbrechen. Lina läuft rüber zu einem zweiten Notventil, dreht auch das zu.

Die beiden sind an diesen Pipelineabschnitt im Nordosten von Brandenburg gekommen, weil sie sagen, dass Deutschland mehr für den Klimaschutz unternehmen müsse. Und weil sie glauben, darauf mit radikalen Aktionen aufmerksam machen zu müssen, weil sich sonst ja doch nichts tue in der Politik. Den Beleg dafür sehen sie in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das im vergangenen Jahr zu dem Schluss kam: Die zögerliche Klimapolitik der Bundesregierung verletze Paragraf 20a des Grundgesetzes, in dem es unter anderem heißt: "Der Staat schützt auch

in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen."

Weil Menschen wie Lina, 19 Jahre alt, und Raul, 37 Jahre alt, nicht daran glauben, nennen sie sich "Die letzte Generation". Die Aktivisten haben schon häufiger radikale Protestaktionen gestartet, haben vor dem Kanzleramt in Berlin tagelang gehungert, um ein Gespräch mit Olaf Scholz zu erzwingen. In den vergangenen Wochen wurde viel über sie berichtet, weil sie immer wieder Autobahnen blockierten, sich am Asphalt festklebten und den Zorn von Lkw-Fahrern auf sich zogen.

Lina ging vor vier Jahren auf ihre erste Demo, machte mit der Klimabewegung Extinction Rebellion ihre ersten Straßenblockaden. In den vergangenen Tagen blockierte sie Straßen in Frankfurt, um auf die Finanzierung fossiler Brennstoffe durch Banken aufmerksam zu machen, wurde viermal

verhaftet, saß viermal in Haft. Aber eine Pipeline zudrehen, das haben weder Lina noch Raul bisher gemacht.

Zwei Stunden, bevor sie die beiden Ventile abdrehen, sitzen sie im Auto raus aus Berlin, in östlicher Richtung nach Brandenburg. Raul sitzt auf dem Beifahrersitz. Er wurde zuletzt verhaftet, als er für eine Protestaktion in den Münchner Flughafen eindrang. Lina sitzt hinten, vor ihr im Fußraum steht ein Rucksack, darin ein Bolzenschneider, eine Warmweste, Schutzhandschuhe. Im Kofferraum liegt eine ausziehbare Leiter.

Vor einigen Tagen schickten die Aktivisten einen offenen Brief an Wirtschaftsminister Robert Habeck. Sie fordern darin, dass der "fossile Wahnsinn" stoppen müsse. Habeck, steht da, habe zwei Wege, auf die Proteste zu reagieren: eine Zusicherung, den Ausbau und die Finanzierung von zukünftiger fossiler Infrastruktur stoppen, oder: die beiden und ihre Mitstreiter einzusperren. Denn das viele Geld, das die Bundesregierung in Öl- und Gas stecke, ließe sich doch auch nutzen, sagt Semmler, um ärmere Bevölkerungsschichten in Deutschland zu helfen oder den globalen Süden bei der Anpassung an die Klimakrise zu unterstützen.

"Die nächste Abzweigung ist der Feldweg", sagt der Fahrer des Autos, auch ein Mitglied der Gruppe. "Ich sehe keine Polizei", sagt Raul. "Boom, dann können wir in Ruhe überklettern", sagt Lina. Die beiden steigen aus, der Fahrer wendet und verschwindet. Vor ihnen liegt ein eingezäuntes Areal, aus dem Boden taucht die Pipeline auf. Lina lehnt die Leiter gegen das Tor, klettert hoch, springt auf der anderen Seite runter. Raul kommt hinterher. "Das da muss es sein", sagt Lina und läuft auf das Ventil zu, legt ihre Hände darauf, dreht es ab. Eine Spaziergängerin mit Hund sieht die beiden. "Sagt mal, habt ihr einen am Sender, oder was? Raus da! Ich rufe jetzt die Polizei." Lina lässt sich davon nicht beirren, dreht auch am zweiten Ventil.

Die Aktion sei keine Abkehr von den bisherigen Straßenblockaden, sondern eine Ergänzung. Denn die Reaktionen von Mitstreiter*innenn auf die neue Art des Protests seien andere, weil es jetzt direkt gegen fossile Infrastruktur ginge, nicht gegen zufällige Autofahrer. Das Öl, das die Pipeline seit 1963 transportiert, kommt aus Sibirien, bis Schwedt hat es einen Weg von 5.327 Kilometer hinter sich. Der russische Staatskonzern Rosneft, in dessen Aufsichtsrat Gerhard Schröder saß, ist an fast jedem Kilometer, vielen Förder- und Verarbeitungsschritten beteiligt. Robert Habeck hat zu-

letzt angekündigt, von russischem Öl weg zu wollen, sucht derzeit andere Quellen, will LNG-Terminals bauen, um Flüssiggas zu importieren, prüfen lassen, ob in der Nordsee nach neuem Öl gebohrt werden sollte. Aber Lina und Raul wollen keinen Lieferantenwechsel. Sie wollen, dass Deutschland komplett aufhört, die Klimakrise zu befeuern.

Polizeiwagen stoppen auf der Straße vor dem Gelände. Lina legt sich eine Kette um den Hals und um die Pipeline, verschließt sie mit einem Vorhängeschloss. Eine Polizistin kommt an den Zaun. "Ihr wisst, dass ihr da nicht drin sein dürft?", sagt sie. "Ja", sagt Lina und lächelt. "Und ihr kommt auch nicht raus?" – "Nein. Und ich mache mich jetzt auch noch mit Sekundenkleber fest." – "Reicht die Kette denn nicht aus?", fragt die Polizistin, "der Sekundenkleber tut doch weh beim Abmachen?" Lina verteilt den Kleber auf der Hand und drückt sie auf die Pipeline. "Ach, Kinders", sagt die Polizistin.

Mehr Beamte treffen ein, dazu Mitarbeiter der Pipeline und der angeschlossenen Raffinerie, Männer vom Staatsschutz. Funkgeräte knacken. Ein Beamter fragt, ob das schlimm sei, mit dem zugeordneten Ventil. "Ja, sehr", sagt einer der Pipelineingenieure. Die Anlagen seien für solche Zwischenfälle ausgelegt, aber es komme zu allen möglichen Komplikationen im Betriebsablauf, auch in der unweit gelegenen Raffinerie.

Die Polizisten vor Ort können wegen des Sekundenklebers nicht viel tun, müssen auf eine Spezialeinheit aus Potsdam warten. Ob sie schon mal ihren Bolzenschneider benutzen dürften, um die Kette durchzuschneiden, fragt ein Polizist. Eichler lehnt ab. Über der Szene kreist ein Helikopter. Nachrichtenagenturen vermelden, dass es auch an anderen Orten zu Pipelineblockaden kam, teils erfolgreich, teils nicht.

Um halb zwei mittags ist die angeforderte Einheit da, inklusive eines Notarztes. "Die kennen wir schon", sagt Raul, der schon rausgetragen wurde und vor dem Zaun im Gras sitzt. "Die sind auch von der Polizei und letztes Mal haben sie uns verletzt, weil sie zu ungeduldig waren und uns am Schluss mit dem Skalpell losgeschnitten haben." Nach dreieinhalb Stunden fängt eine Beamtin an, eine Flüssigkeit unter Linas Hand zu spritzen, um den Kleber zu lösen. Nach 20 Minuten lässt sich die Hand lösen. Dann gehts in Gewahrsam.



Sabotage zweier Halbleiter-Giganten

Brandstiftungen an Strominfrastruktur im französischen „Silicon Valley“

Am Dienstag, den 5. April 2022, um 1h44, bricht an den Stromkabeln unter der Brignoud-Brücke, die den Fluss Isère im Südosten Frankreichs in der Nähe von Grenoble zwischen den Orten Villard-Bonnot und Crolles überquert, ein Feuer aus. Acht 20.000-Volt-Kabel und ein 225.000-Volt-Kabel fangen Feuer. Erst im Laufe des nächsten Tages kann das Feuer vollständig gelöscht werden, die Brücke wird gesperrt.

Unter den neun Kabeln, die die Brandstifter im Visier hatten, befand sich ein 225.000-Volt-Hochspannungskabel des Stromanbieters RTE. Der Strom fiel in den Städten Crolles und Bernin aus, über 5000 Haushalte waren ohne Strom, ebenso das dort gelegene Industriegebiet, das insbesondere zwei der wichtigsten Unternehmen im Becken von Grenoble beherbergt: *STMicroelectronics* und *Soitec*, beides Hersteller von Halbleitern. Die Produktion wurde bei beiden Unternehmen, die jeweils mehrere tausend Menschen beschäftigen, mitten in der Nacht gestoppt. Denn während beide Fabriken in der Lage sind mit kurzen Stromausfällen umzugehen, ist die Notstromversorgung bei einem Ausfall von mehreren Stunden nicht ausreichend.

So kam es auch bei *STMicroelectronics* zu einem Stromausfall. Für dieses Unternehmen war es bereits der zweite Angriff innerhalb von zwei Tagen. In der Nacht von Sonntag auf Montag waren 225.000-Volt-Kabel eines Umspannwerks in Frogès angezündet worden, es wurden Tags gefunden, die *STMicroelectronics* als Ziel benennen, da es „zu viel Strom verbrauche“, und ein „Anarchiesymbol“. Unbekannte waren in das Gelände eingedrungen und hatten gezielt an Hochspannungskabeln Feuer gelegt, die das Umspannwerk unterirdisch über drei Kilometer mit der Trafostation von *STMicroelectronics* in Crolles verbinden. Der Schaden sei hoch und die Notstromversorgung bei *STMicroelectronics* sei angesprungen, es sei jedoch nicht zu einem Stromausfall gekommen.

Nun, spätestens nach dem Brand unter der Brücke steht die Produktion still, bei *STMicroelectronics* wie bei *Soitec*. Und das nicht nur einige Stunden, wie Sprecher beider Unternehmen zuerst versicherten, sondern deutlich länger. „Beide Unternehmen konnten wieder starten, aber nur in eingeschränktem Modus, denn abgesehen von den Produktionsverlusten, über die wir wohl später noch sprechen müssen, wissen wir, dass dieser Sektor über Maschinen verfügt, die unpassende Stromausfälle überhaupt nicht mögen“, erklärt der gewählte Vizepräsident für den wirtschaftlichen Aufschwung des Grésivaudan, Jean-François Clappaz. Die weißen Hallen, die gemeinhin im Produktionsprozess der Halbleiter-Industrie verwendet werden, sind insbesondere von Ventilations-Filter-Systemen und von verschiedenen Sensoren (Temperatur, Feuchtigkeit, etc.) abhängig, die sicherstellen sollen, dass es eine äußerst geringe Konzentration von Partikeln und Staub in der Luft gibt. Da aufgrund des Ausfalls der Ventilationssysteme Staub in die weißen Hallen eindringen konnte, müssen diese nun geputzt werden. Außerdem müssen alle Sensoren beim Hochfahren neu kalibriert werden. Doch nicht nur das, auch alle Maschinen zur Produktion müssen inspiziert und teilweise repariert werden, außerdem erfordert ihr Wiederanwerfen eine Neuprogrammierung. Immerhin geht es hier um darum ein hohes Qualitätsniveau verbunden mit einer schnelle Produktion im Nanometer-Bereich sicherzustellen.

Die Stromversorgung konnte bereits im Laufe des Folgetags nach dem Brand wiederhergestellt werden, doch Sicherheitsprotokolle beider Unternehmen verlangten die vollständige Evakuierung des Produktionspersonals, sowie die technischen Anlagen (Energie, Gas, chemische Produkte, . . .) in Sicherheit zu bringen. Stück für Stück wird nun alles wieder hochgefahren. Was Tage bis hin zu Wochen dauern wird. Alle Arbeiter wurden bei *Soitec* „dazu mobilisiert den Zustand der Maschinen zu überprüfen, die durchgebrannten Platinen und die beschädigten Gelenke auszutauschen“, erläutert der operationale Direktor Cyril Menon. „Alle Produktionsposten werden überprüft und die Produktion wird Stück für Stück wieder aufgenommen.“

Normalerweise laufen die Produktionslinien 24/7, das Halbleiter-Geschäft boomt. Noch nie hat es eine solche Knappheit an Halbleitern gegeben, die insbesondere die Automobilindustrie hart trifft. *STMicroelectronics* plant eigentlich seine Produktionskapazitäten in diesem Jahr um 15 bis 20 % zu steigern, nachdem es sie letztes Jahr bereits um 25 % gesteigert hatte. Crolles ist dabei der wichtigste Standort von *STMicroelectronics* in Europa mit mehr als 4 300 Beschäftigten. Die Besonderheit des Herstellungsprozesses von Halbleitern sind die extrem hohen Kosten des Produktions-Equipments (die kleinste Maschine kostet bereits mehrere Millionen Dollar), sodass die Produktion nie stehen bleiben darf. Die Herstellung von Halbleitern ist extrem energiefressend. Die Fabrik in Crolles verfügt über eine Leistung von 25 MW. Die Fabrik von *Soitec* in Bernin ist mit 1 600 Angestellten und einer Leistung von circa 10 MW bescheidener.

Dieser Vorfall stellt die Frage nach der Versorgungssicherheit der sensiblen Industriestandorte, wie die der Halbleiter, wo Stromausfälle bedeutende Schäden verursachen können, ja gar gewichtige Industrieunfälle, und wo die Fabriken nicht so schnell wieder zum Laufen gebracht werden können. „Die Anlage ist sehr geschützt“, erklärt *Soitec*-Vizechef Thomas Piliszczuk, „aber wenn etwas außerhalb des Geländes passiert, wird das deutlich komplizierter. [. . .] Wir machen uns Sorgen zu sehen, dass die Halbleiter-Industrie die Zielscheibe von Angriffen werden kann. Die Vorfälle der beiden letzten Tage haben außerhalb der Unternehmen stattgefunden. Jeder erkennt, dass wir eine strategische Industrie für das Land sind, aber man sieht, dass heute Angriffe diese Industrie ins Visier nehmen können. . . .“ „Diese Episode fördert einen Schwachpunkt zutage“, erkennt auch Cyril Menon. „Die Redundanz der Stromversorgungsquellen hat nicht ausgereicht um uns zu schützen, da die Missetäter alle Stromversorgungskabel erwisch haben. Unsere Partner Enedis und RTE sowie die öffentlichen Kommunen haben die notwendigen Maßnahmen ergriffen, damit sich dieses Problem nicht wiederholt.“

„Auch wenn das gesamte Ausmaß des Schadens noch nicht bekannt ist, könnte er im höheren zweistelligen Millionenbereich liegen“,

vermutet der Staatsanwalt von Grenoble, Eric Vaillaint. Der Brand hat auch bereits Auswirkungen auf den Börsenkurs beider Unternehmen gehabt, die in diesen ersten Tagen nach dem Anschlag um mehrere Prozentpunkte fielen.

Übrigens fiel auch die Schule am Dienstag für viele Schüler aus, da die Schulbusse die Brücke nicht passieren durften. Auch viele Menschen, die auf der anderen Flussseite arbeiteten, konnten nicht zur Arbeit gelangen.

Anmerkung:

- *Soitec* ist ein Unternehmen, das Halbleiter-Materialien entwirft und produziert, die für die Herstellung von Chips benötigt werden, die in Smartphones, Tablets, Computern, Servern und Rechenzentren verbaut werden.

- *STMicroelectronics* ist einer der weltgrößten Hersteller von elektronischen Teilen und insbesondere von Halbleitern (Elektrochips), die insbesondere für die Kriegsindustrie, die Automobilindustrie, die Kommunikation (5G, Cloud), für die Verwaltung von Energie und verbundener Objekte von Bedeutung sind.

Synthese aus unterschiedlichen Presseartikeln der französischen Presse, gefunden bei Zündlappen

Missing Link

Massiver Angriff auf Glasfaserkabel in Frankreich

Ein gezielter Angriff auf Glasfaserstrecken in der Region Paris Ende April, der bis nach Deutschland zu spüren war, hebt sich deutlich von bisherigen kleineren Anschlägen ab. In den frühen Morgenstunden des 27. April 2022 vermeldet der französische Netzbetreiber, *FRNOG*: Zwei wichtige Glasfaserleitungen im Osten und Süden seien ausgefallen, mindestens zwei Netzbetreiber seien betroffen, lauten die ersten Mitteilungen. Das Drehkreuz Burgund-Franche-Compté sei abgeschnitten, meldete der Glasfaseranbieter *Netalis*. Nacheinander waren Leitungen zwischen Paris-Lyon, Paris-Straßburg und Paris-Lille ausgefallen.

Der Verband französischer Telekomunternehmen spricht wenig später von "vielen unterbrochenen Glasfaserverbindungen" in den Regionen Auvergne-Rhône-Alpes, Bourgogne-Franche-Comté, Grand-Est und Île-de-France. Der stark betroffene Provider *Free* postet Bilder durchgeschnittener Kabel. Der maßgeblich betroffene Provider *Free* sprach von Störungen bei rund einem Prozent seiner Kunden. Das Unternehmen hat eigenen Angaben zufolge 6,9 Millionen Festnetzkunden und 13,6 Millionen Mobilfunkkunden.

Gezielte Attacken gegen das Glasfasernetz in Frankreich

Es war sofort klar, dass es sich um einen gezielten Angriff und nicht um einen Unfall handelte, kommentierte Nicolas Guillaume, CEO der *Nasca Group*, zu der *Netalis* gehört, noch am selben Tag. "Bagger baggern nicht nachts um 3", erklärte Guillaume.

Netalis erlebte 90 Minuten Totalausfall in der Nacht, konnte aber auf andere Leitungen umschalten. "Wir haben sofort Anzeige erstattet und zivilrechtliche Ansprüche angemeldet", sagt Guillaume, der sich anders als viele Kollegen entschieden hat, offen über die Angriffe zu sprechen.

Die Ermittlungen liefen bei der Generaldirektion für innere Sicherheit der Pariser Staatsanwaltschaft und der Zentralkommission der Kriminalpolizei zusammen. Laut einem Sprecher der Staatsanwaltschaft gehen die Ermittler nun Angriffen auf vier durchtrennte Glasfaserkabel an verschiedenen Orten in Frankreich nach. Direkt betroffen sei die Infrastruktur von zwei Unternehmen gewesen. Rund 300.000 Nutzer seien wegen ausfallender und stotternder Netze in Mitleidenschaft gezogen worden, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft gegenüber *heise online*. Diese Zahl erscheint der Vielzahl betroffener Netze und davon abhängiger Provider –

bis hin zu einer glücklicherweise redundant ausgelegten Verbindung des DE-CIX zwischen Frankfurt und New York – sogar noch klein.

Computersabotage und kriminelle Vereinigung

Ermittelt wird wegen Sachbeschädigung zulasten nationaler Interessen (Computersabotage), Behinderung automatisierter Datenverarbeitungssysteme und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Der Angriff auf die französischen Netzverbindungen hatte eine neue Qualität, weil er an mehreren Stellen fast gleichzeitig erfolgte und auch, weil er, wie Guillaume erläuterte, spezielle Abschnitte der Glasfaserinfrastruktur betraf. Es sind Segmente, die Verkehr zu internationalen Knotenpunkten – Point of Presence (PoP) – transportieren.

Wie gezielt die Angreifer genau diese Kabel ausgesucht haben, müssen die Ermittlungen zeigen. Sie hatten aber wohl leichtes Spiel. Denn einige Bilder von Orten des Geschehens zeigen Kabelschächte am Rande von Feldern, wo sich nachts ungestört die Schächte öffnen, die Faser zerschneiden und die Schachtdeckel dann wieder schließen lassen.

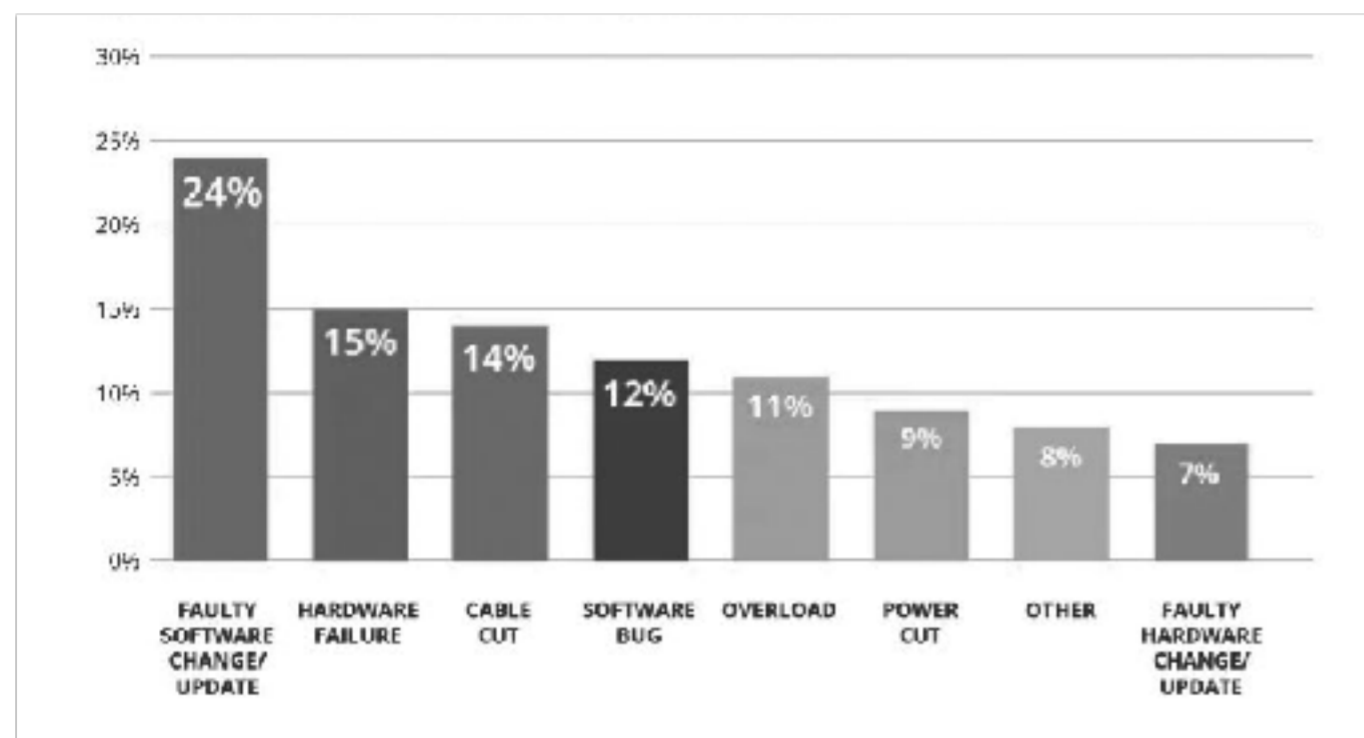
Bagger, Brände, Bauernzäune

Dass informationelle Hauptschlagadern einfach zugänglich sind, ist nichts Ungewöhnliches, bestätigt Marc Helmus, Gründungsmitglied der *DENOG*, in dem sich Deutscher Network Operator zusammengeschlossen haben. Helmus ist Glasfaserexperte, arbeitet für *Onefiber* und weiß, wie oft Leitungen "stumpfer Gewalt" – also etwa Baggern – zum Opfer fallen. Zwar sind die Glasfaserkabel gegen Einwirkungen geschützt; einer Bagger-schaufel, einem Feuer oder einem Tonnen-schweren Anker, der an ihnen zerrt, halten sie aber kaum stand.

Wird bei Tiefbauarbeiten ein Kabel beschädigt, können Techniker rasch Abhilfe schaffen. Der Ort des Geschehens ist bekannt. Solche Ausfälle gibt es mit großer Regelmäßigkeit, wie ein Blick auf die vergangenen Monate zeigt.

Vom Brand im Kabelschacht zwischen Friesack und Paulinenaue in Brandenburg, der 11.000 Menschen über ein durch eingerammte Stahlträger durchtrenntes Glasfaserkabel im Landkreis Harburg ohne Mobilfunk ließ, bis zur vom Bagger durchtrennten Leitung im Unterwesterwald – die Lis-

te für 2022 ist schon im ersten Vierteljahr lang. Auch ein Seekabel der Deutschen Telekom (DTAG) vor Hiddensee wurde im Februar beschädigt, und zwar während Bauarbeiten für ein neues Seekabel. Laut der Baufirma hatte sie von der Telekom falsche Pläne über die Lage des alten Seekabels erhalten.



Glasfaserkabelunterbrechungen an dritter Stelle der Telekom-Sicherheitsvorfälle lt. ENISAs Bericht 2020.

Die meisten Ereignisse sind lokal beschränkt. Sie betreffen einige hundert, einige tausend oder vielleicht auch einmal Zehntausende Kunden und sind überwiegend nach wenigen Stunden oder Tagen behoben. Das ist Tagesgeschäft für Netzbetreiber.

Unschärfes Bild zu Sicherheitsvorfällen bei Behörden

"Kabelrisse passieren, sowohl Seekabel also auch an Land verlegte Kabel sind betroffen", schreibt Martin Spät vom Büro des Direktors der European Network and Information Security Agency (ENISA). 6 Prozent der großen Ausfälle im Telekommunikationsbereich entfallen laut der ENISA-Statistik im vergangenen Jahr auf durchtrennte Kabel. Die Gesamtzahl der Glasfaserunterbrechungen für 2020 liegt bei 14 Prozent, dabei sind Glasfaserausfälle unterschiedlichster Herkunft – also auch Systemausfälle oder menschlichem Versagen – zusammengefasst.

Ein klares Bild über die Situation zeichnen die Daten der Behörden nicht. Die Gesamtzahl der von den Mitgliedsstaaten an die ENISA gemeldeten Sicherheitsvorfälle in Telekommunikationsnetzen erscheint mit 170 Meldungen 2021 vergleichsweise gering. Die Bundesnetzagentur (BNETZA) meldete 2021 für Deutschland insgesamt 56 Sicherheitsvorfälle. Acht Prozent davon hätten bundesweite Auswirkungen entfaltet. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nennt die Zahl von 57 Sicherheitsvorfällen für 2021. Nicht alle der fast 60 Vorfälle werden wohl an die ENISA weitergemeldet. Sonst würden die deutschen Vorfälle allein ein Drittel der ENISA-Meldungen ausmachen.

Natürlich seien manche Vorfälle Ergebnis bössartiger Attacken, schreibt Spät in einer Antwort an heise online. So suchten Diebe nach Kupferressourcen; und auch Vandalismus sei ein Grund für die Zerstörung von vergrabenen Kabeln.

"Auf der Haben-Seite schlägt zu Buche, dass die meisten Glasfaserstrecken und Unterseekabel redundant sind", versichert Spät, fügt aber auch hinzu: "Es ist klar, dass insbesondere die Seekabel strategische Assets der EU sind und die Sorge über die Sicherheit dieser Kabel wird in Europa immer größer." Schutz vor Unterbrechungen, aber eben auch vor dem Abhören der

übertragenen Kommunikation stünden im Mittelpunkt der Sorge." ENISA beschäftigt sich dieses Jahr insbesondere mit der Sicherheit von Seekabeln", erläuterte Spät.

Zerstörte Seekabel, Glasfaserstrecken und die Zeitenwende

Zerstörte Seekabel lenkten gleich Anfang des Jahres 2022 die Aufmerksamkeit von Sicherheits- und Aufsichtsbehörden wieder einmal auf das Thema der bedrohten "Schlagadern". Am 7. Januar wurde eine von zwei Leitungen des Svalbard Kabels durchtrennt. Über das nicht betroffene Zwillingskabel war der Verkehr zwischen Spitzbergen und dem Festland zwar gesichert werden.

Weil wenige Wochen zuvor bereits die Seekabelinfrastruktur des Lofoten-Vesteralen Sea Observatory (LoVe) gekappt wurde, nährte der Svalbard Vorfall den bereits in vergangenen Jahren von Militärs oder US-Thinktanks wie dem Atlantic Council geäußerten Verdacht, Russland ziele sehr gezielt auf die Kommunikationsinfrastruktur westlicher Länder.

"Im schlimmstmöglichen Szenario könnte das russische Militär Dutzende von Seekabeln aufs Korn nehmen, die andere Teile von Europa mit dem globalen Internet verbinden – und die auch Verkehr von der und in die Ukraine transportieren", schrieb der Atlantic Council Ende Januar 2022. Mögliche Ziele könnten die 16 Seekabel vor Irland sein und einige von ihnen zu kappen würde den Verkehrsfluss in den globalen Netzen stark beeinträchtigen – "und ein paar dieser Kabel liegen ganz in der Nähe russischer Militärübungen", menetekelte der Atlantic Council.

"Die russische Navy hat die Kompetenzen, Unterseekabel zu untersuchen und zu unterbrechen", schreibt das Militärtechnologieblatt WarZone. 2021 etwa habe das russische Erkundungsschiff Yantar entlang der irischen Küste operiert und aufgrund seiner Ausstattung mit Tiefsee-fähigen Tauchbooten habe die Yantar unter dem Verdacht gestanden, die an der irischen Küste landenden Atlantikkabel auszuspähen.

Geopolitik oder...

Für Svalbard, das in den vergangenen Jahren Zankapfel zwischen Russland und Norwegen wurde, wurde ein russischer Anschlag aufs Kabel von englischsprachigen Medien rasch als plausible Erklärung beschrieben, vor allem, nachdem Norwegens Polizei eine natürliche Ursache für das Abreißen des Kabels angeblich ausgeschlossen hatte.

Dag H Stølan vom Betreiber des Svalbard-Kabels, dem Norwegian Space Agency Ableger Space Norway, will von einer eindeutigen Schuldzuweisung aber nichts wissen. "Es gibt bislang keine Bestätigung dafür, dass der Ausfall Ergebnis menschlicher Intervention ist", antwortete Stølan auf Anfrage von heise online. "Der Grund kann erst bestätigt werden, wenn die endgültigen Reparaturen abgeschlossen sind." Man möge bitte nicht vergessen, dass die Fehlerstelle in 500 bis 2000 Meter Tiefe liege. Erst die Reparatur werde es ermöglichen, Rückschlüsse auf fundierter Basis zu ziehen. Die Reparaturen würden wohl noch bis zum 3. Quartal dauern.

...Gelbwesten?

In Frankreich gibt es viele Menschen, die denken, die durchschnittlichen Kabel gehen auf das Konto von Subunternehmern der Kabelfirmen – wegen schlechter Bezahlung und schlechter Arbeitsbedingungen. Am 27. April wurde nämlich auch gestreikt in vielen Firmen, die Endnutzern Anschlüsse mit Glasfaser herstellen, erläutert Guillaume.

Das bedeutet nicht, dass die Geopolitik draußen ist bei der Suche nach den Schuldigen im Krieg um die Informationshoheit. Wer ein Beispiel für die gezielte Zerstörung von Infrastruktur sehen will, muss nur in den Jemen blicken. Dort zerstörte die Saudi-UAE geführte Militärkoalition im Januar einen Kabelanlandepunkt in Al-Hudaydah am Roten Meer. Und natürlich werden Historiker die Angriffe auf die ukrainische Netzinfrastruktur unter die Lupe nehmen. Da gibt es keinen Zweifel an der russischen Verantwortlichkeit.

Gegenmaßnahmen 1 – Mehr Ermittlungskapazitäten, höhere Strafen gefordert

Frankreichs große und kleinere regionale Betreiber fordern als Reaktion auf die Anschläge im April eine Verschärfung der Gesetze, höhere Strafen und auch mehr Kapazitäten für Polizei und Justiz, Anschläge auf Fiber POPs, Data Center und Glasfaser-Infrastrukturen zu ermitteln. Solche Ermittlungen dauerten derzeit oft Jahre oder verliefen im Sande, klagte ein FRNOG-Mitglied noch im April.

Arthur Dreyfuss, Präsident des französischen Telekommunikationsverbands, unterstrich in einer Mitteilung des französischen Telekommunikationsverbands, er warne die Behörden seit vielen Monaten vor dem Wiederaufleben böswilliger Angriffe auf die Telekom-Infrastrukturen. Nach den Mobilfunkmasten seien nun erneut Glasfasernetze das Ziel von

Vandalismus und Sabotage. Die Regierung müsse präventive Maßnahmen, Verfolgung und Bestrafung intensivieren, so die Forderung.

Die Bundesnetzagentur habe gemeinsam mit BSI und Bundesdatenschutz bereits einen Katalog von Sicherheitsanforderungen veröffentlicht, antwortet sie auf die Frage, ob die neue geopolitische Lage auch eine Neubewertung der Sicherheitsmaßnahmen für Glasfaserleitungen mindestens im Backbone erforderlich machen damit. Dieser werde aktuell neu gefasst – die ständige Anpassung sei übrigens Standard.

Gegenmaßnahme 2 – Resilienz

DENOG-Glasfaserkenner Helmus sieht, wie viel Arbeit im Alltag der Netzbetreiber in die Widerstandsfähigkeit von Glasfaserstrecken und Kabelstationen gesteckt wird. Die Maßnahmen reichen von der Gestaltung der Kabel und der Schächte bis zu immer ausgefeilterer Sensorik und Monitoring. Schlösser und Plomben für die Schächte können aber eben bei Arbeiten am Kabel vergessen werden.

Messungen der Kabel helfen schon heute, die Bruchstellen zu finden, wenn Vandalen und nicht Bauarbeiter oder betrunkene Landwirte am Werk waren. Doch werden auch Dinge wie noch mehr Kameraeinsatz in Schalt- und Repeater Stationen diskutiert, ebenso wie Türsensoren und digitale Sensorik, die Erschütterungen oder Temperaturänderungen rund um die liegenden Glasstrecken ins Monitoring Center zurückmeldet. Damit ließen sich Tonnen von Daten gewinnen, vielleicht fast zu viele, um die notwendigen herauszufiltern, überlegt Helmus. Zudem, selbst wenn eine eingesetzte KI Anomalien erkennt und etwa extreme Temperaturen meldet, um den Brandsatz im Kabelschacht zu verhindern, ist es dann schon zu spät.

Gegenmaßnahme 3 – Redundanz





Nach wie vor die vielleicht beste Maßnahme zur Absicherung, da sind sich die Experten überall einig, sind redundante Verbindungen. Unverzichtbare Verkehre müssten im Zweifel möglicherweise sogar auf zwei Backup-Strecken umschalten können. Erklärte Politik ist die Redundanz bei großen Knoten wie dem DE-CIX in Frankfurt am Main. "Die Möglichkeiten, einen DE-CIX in die Knie zu zwingen, ist verhältnismäßig gering", schätzt Helmus.

Physikalischer Redundanz werde sehr großgeschrieben am DE-CIX, teilt Christoph Dietzel, Leiter Produktmanagement und Forschung & Entwicklung auf Anfrage mit. DE-CIX Kapazitäten würden daher auf verschiedene Unterseekabel aufgeteilt und dabei auch überprüft, wie die Leitungen verlaufen, um überlappungsfrei auf unterschiedlichen Unterseekabeln zu terminieren.

"Wir lassen uns dies auch von den Lieferanten bestätigen – also, wir lassen uns im Prinzip die GPS-Koordinaten der gesamten Strecke geben – und wir kaufen möglichst diverse Verbindungen auf verschiedenen Unterseekabeln und Strecken ein, damit auch bei solchen Ausfällen die Konnektivität auf jeden Fall aufrechterhalten werden kann", so Dietzel.

Maximale Diversität bedeutet aus DE-CIX-Sicht: verschiedene Betreiber, verschiedene Unterseekabel, verschiedene Vorprodukte, verteilte Plattform und Router mit inhärenter Redundanz und das Ganze nicht nur zwischen den großen Standorten wie Frankfurt und New York – davon profitierte man im Rahmen der Angriffe in Frankreich. Auch zwischen den Rechenzentren eines Standorts werde nach dem Redundanzprinzip verfahren. Denn, so Dietzel, es müsse gerade nicht ein Angriff sein, sondern es kann ein lokaler Ausfall durch Straßenbaus sein.

Frankreich sei hier durch die starke Konzentration von Verkehrsflüssen auf Paris schlechter dran als Deutschland, anerkennt Guillaume, der für Ne-

talis gerade an zusätzlichen direkten Faserstrecken zwischen Frankreich und der Schweiz arbeitet. Vor dem Ende des Jahres sollen seinen Kunden in den Genuss der direkten Leitungen zwischen Dijon und Besancon, Lausanne und Zürich kommen. Für redundante Strecken müsse noch mehr getan werden in Frankreich. Die kleinen regionalen Netzbetreiber arbeiteten dafür. Bei steigendem Preisdruck sei es letztlich an der öffentlichen Hand, diese Bemühungen um Resilienz zu unterstützen, fordert er.

Gegenmaßnahme 4 – Obskurität oder Transparenz?

Noch eine weitere Forderung erhebt Guillaume: weniger Transparenz darüber, wo die Glasfasern liegen. Durch Seiten, die die genaue Lage preisgeben, würden sie zum Ziel.

Zugleich müssten für die Planung von Redundanz und Resilienz genaue Pläne vorhanden sein, sagt Kurt Jaeger, Geschäftsführer der Dr.-Ing. Nepustil GmbH, eines kleinen Full Service Providers. Jaeger, der im Vorstand der ISP Service eG kleinere Provider vertritt, fordert, dass verteilt vorliegende Karten zusammengeführt werden müssten, damit jemand kritische Pfade analysieren kann. Eine Studie, die das für die USA tat, kam zu alarmierenden Ergebnissen, sagt er. Dort entschied man sich tatsächlich dafür, die Informationen zur Verschlusssache zu machen.

"Natürlich sollte man solche Informationen nicht einfach ins Internet stellen", sagte Jaeger, "und natürlich ist das Sammeln an einer Stelle attraktiv für den State Actor." Aber, gegen Crowdsourcing-Ansätze wie OpenInfrastructure gebe es kaum rechtliche Schranken. Daher lautet sein Rat: Analyse zulassen und Redundanzen schaffen, wo nötig auch mit staatlicher Unterstützung.

gekürzt: heise.de

Frankreich: Inzidenz der Funkmastbrandstiftungen und Glasfaserkabelsabotagen steigt weiter

"Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust"
Bakunin, 1842

Nach den koordinierten Sabotagen(1) verschiedener Abschnitte von Glasfaserkabel des französischen Internetnetzwerks (im Besonderen jenem des SFR [Société française du radiotéléphone; ein französischer Netzbetreiber]) am 28. April 2022, versuchte die Fédération française des télécoms (FFT) [Französische Föderation der Telekoms], die alle Hauptanbieter vereint, sofort in einer medialen Show so zu tun, als hätten diese Sabotagen nur einen geringen Einfluss gehabt, indem sie die Widerstandsfähigkeit des Netzes betonte. Und all das trotz der Tatsache, dass Millionen von Bewohnern:innen von Grenoble, Besançon, Reims oder Straßburg, ganz zu schweigen von jenen in der Metropolregion Paris und den zehntausenden betroffenen Firmen, temporär von ihren technologischen Fesseln befreit waren.

Es war eine Krisenkommunikation der FFT, die darauf abzielte die guten Bürger:innen zu beruhigen, während sie jenen, die sich von solchen Attacken inspiriert fühlen könnten, keine schlechten Ideen liefern sollte, da die Knotenpunkte dieser sensiblen Netzwerke überall sind, und es natürlich unmöglich ist, jeden mit einem Cop zu versehen. Zwei Wochen später, nachdem der mediale Sturm vorbeigezogen war, änderte der Präsident der FFT abseits des Scheinwerferlichts seinen Ton etwas. In einem alarmistischen Interview mit dem eloquenten Titel („Es ist notwendig die Strafen für Vandalismus zu erhöhen“), das dieser mit einer besonders auf ökonomische Themen fokussierten Zeitung, La Tribune, am Dienstag den 10. Mai führte, behauptet Arthur Dreyfuss, dass er dazu aufruft gegen die Saboteure „eine Verschärfung der Strafen einzuführen, damit diese wirklich überzeugend sind“, bedenkend, dass das „worum es geht nicht nur der Schutz der Netzbetreiber ist, sondern auch die sensiblesten und essentialsten Aktivitäten des Landes“. Und welcher besseren Weg gäbe es sein gefängnisbefürwortetes Statement zu untermauern als den Vorhang ein bisschen zu lüften bezüglich des wahren Ausmaßes der Sabotagen gegen das Kommunikationsnetzwerk, ihre Anzahl benennend und den „kriminellen“ Charakter, der dahinter stünde, besonders für staatliche Aktivitäten „von Sicherheit oder Verteidigung“, die tatsächlich alle sehr abhängig von all diesen Kabeln sind?

Nach einer kurzen Übersicht über die Taten, die jüngst das Glasfasernetz getroffen haben, um das zu sagen . . . arbeitet die Französische Föderation der Telekoms eng „mit der Polizei und dem Justizsystem“ zusammen (was für eine Knüller!). Tatsächlich hat sich der Präsident der FFT entschieden dieses Interview umfassend dem brennenden Schicksal der Funkmasten zu widmen:

„Lasst uns das nicht kleinreden, was seit 2020 passiert ist. Die letzten sechs Monate haben wir im Durchschnitt fünfzehn beschädigte Masten pro Monat gesehen. Die Zahl wächst beständig: 2020 hatten wir nur 100 Fälle von gezielter Beschädigung von Masten.“

In seiner regelmäßigen Jahresbilanz hatte der nationale Koordinator für Nachrichtendienste und Terrorismusbekämpfung (CNRTL), Laurent Nuñez, zwar ebenfalls die Zahl von hundert sabotierten Masten für das Jahr des Großen Einschlusses [Grand Confinement] (2020) angegeben, musste sie aber auf fast hundertfünfzig für das folgende Jahr (2021) erhöhen. . .

In den letzten sechs Monaten ist die Zahl also unaufhaltsam gestiegen, da der aktuelle Trend uns laut FFT für 2022 auf fast zweihundert angegriffene Antennen zusteuern lässt. Dies entspricht knapp einer Verdoppelung innerhalb von zwei Jahren.

Besonders wenn wir wissen, dass der Angriff auf einen Masten Auswirkungen auf viele andere haben kann, so wie es in Albi im September 2021 passiert ist, wo die Brandstiftung an einem TDF Masten nicht weniger als „sechzig Masten“ in der gesamten Tarn Region betroffen hat, Authur Dreyfuss zufolge, was dieser in einem noch weiter zurückliegenden Interview mit *La Tribune* behauptet hat. Was die willentliche Beschädigung von Glasfaserkabel angeht, können wir einen ähnlichen Trend beobachten, „es gab im Schnitt 30 pro Monat über die letzten sechs Monate“, immer noch laut diesem Hauptverantwortlichen der digitalen Einsperrung der Welt. Schlussendlich, zur Frage nach der Seeschlange 5G und den Erleuchteten, die ihr alle möglichen Zaubereien zuschreiben – auch wenn viele der zerstörten Masten in der Praxis noch nicht mit 5G ausgestattet sind (im Speziellen in den ländlichen Regionen) und dieser Kampf schon vor mehreren Jahren in Fahrt gekommen ist; so informierte der besorgte Präsident der FFT, den Punkt aufs kleine „i“ setzend: „Die Beschädigung der Masten begann bereits vor dem Start von 5G im Winter 2020. 5G ist in einer Menge von Bekennerschriften der ultra-linken Bewegung als ein Vorwand verwendet worden. Angriffe auf diese Netzwerke haben jedoch nicht erst mit der Ankunft dieser Technologie begonnen.“

Das zeigt einerseits, dass es zumindest einige Menschen gibt, die eine gewisse Voraussicht haben und andererseits, was noch wichtiger ist, dass die Gründe, wieso diese Ziele angegriffen werden, weiter reichen, tiefergründiger liegen und diverser sind als der kürzliche Beginn der Einführung von 5G. Das [die Kritik ausschließlich auf 5G zu reduzieren] missfällt den Politiker:innen, den Journalist:innen [journalists] und dem Chef der FFT tatsächlich überhaupt nicht, die sowieso regelmäßig versuchen diese Akte der Sabotage in eine reduktionistische Identität und einen polizeilichen Referenzrahmen einzuschließen, um ihre Signifikanz zu vermindern, während die meisten dieser Sabotagen anonym sind und bleiben. Die im März 2021 zwischen den Betreibern, der Polizei, der Gendarmerie und der DGSI unterzeichnete nationale Vereinbarung, die seither in den Departements (derzeit sind 44 betroffen) unter der Leitung des Präfekten und unter Einbeziehung der Staatsanwälte umgesetzt wird, wird dem kein Ende setzen können. Es sollte auch erwähnt werden, dass unter dem Katalog der konkreten Maßnahmen, die implementiert werden, die FFT folgende zitiert:

„Bewegungsmelder, automatisches Licht, verstärkte Zäune, Experimente mit Videoüberwachung,“ sowie Verlegung von Stromkabel unter die Erde.

Oder das *Orange* vor zwei Monaten angekündigt hat, feuerfeste Farbe auf ihren Masten anzubringen, um sie nicht gemeinsam mit ihren verkohlten Kapeln ersetzen zu müssen, wenn sie das Feuer nicht aushalten, wie es in der Haute-Garonne passiert ist, und sie auch nicht in Eile zu reparieren, was den Tatort ruiniert, sondern erst nach einer gründlichen und systematischen Untersuchung der Spurensicherung und der Kriminalpolizei. Kurzum ist es in jedem Fall über dieses technisch präventive Flickwerk hinaus klar, welches nichtsdestotrotz daran scheitert die Vermehrung der Angriffe auf die Masten und die Glasfaserkabel aufzuhalten, dass die FFT jetzt versucht im Parlament Lobbyarbeit zu betreiben, damit dieses die Gesetze verschärft, wohlwissend, dass der Staat sowieso schon seine Verfolgung immer öfter unter dem Vorwurf der „Sachbeschädigung, die die grundlegenden Interessen der Nation gefährden können“ aufnimmt, was die Strafen bereits erhöht.

Also ja, ein offener und verstreuter Kampf gegen die Infrastruktur der Macht läuft seit mehreren Jahren und das nicht nur in Frankreich („hervorhebenswert auch in Großbritannien und in den Niederlanden,“ wie Herr Dreyfuss sagt), es ist jedoch nicht seine quantitative Charakteristik sondern seine intrinsisch qualitative Dimension, die sicherlich beginnt die Autoritäten zu beunruhigen, wie es vor kurzem in einer öffentlichen Einladung zu einer Diskussion in der Region von Paris zusammengefasst wurde: „Dieser Kampf hat keine Forderungen nach Veränderung der existierenden Ordnung, sondern er fährt darin fort direkte Zerstörung der Infrastruktur der Macht zu verbreiten, bei Spaziergängen im Mondlicht. Er konzentriert sich nicht auf ein spezifisches Gebiet, das es zu verteidigen gilt, sondern entwickelt sich indem Ziele angegriffen werden, die überall sind, innerhalb der Reichweite aller.

Dieser Kampf benötigt keine selbsternannten Anführer, die soziale Netzwerke bewohnen oder in Fernsehauftritten herumjammern, sondern er beschreitet einen autonomen Weg durch die Aktionen von Individuen, die alle ihre eigenen Gründe und Perspektiven haben(2). Dieser Kampf ignoriert organisatorische Spezialist:innen oder Deadlines, die im Vorhinein von anderen gesetzt werden, indem er Funkmasten, TV-Masten und Glasfaserkabel unerwartet und verstreut sabotiert, mit Mittel, die so banal sind, wie ein Seitenschneider, Autoreifen, die angezündet werden oder ein bisschen gut platziertes Benzin.

[Bure/F] Fête des Barricades

LA GARE verteidigen / den Bau der Castorstrecke verhindern!

La gare ist Teil der künftigen Bahnstrecke für Atommülltransporte ins geplante Endlager CIGÉO bei Bure. Mit dem Abschluss der Erklärung des öffentlichen Nutzens (DUP) nimmt das Atomprojekt eine wichtige Hürde, die die Enteignung der benötigten Flächen ermöglicht. Noch vor Beendigung der DUP kündigt ANDRA an, bis spätestens 2024 den Bau der künftigen Castorstrecke zu beginnen. Dem Bahnhof steht somit in naher Zukunft eine juristische Auseinandersetzung mit ANDRA um das Grundstück und letztlich die gewaltsame Räumung bevor. Das werden wir so nicht hinnehmen!

Er verursacht nicht nur eine temporäre Unterbrechung des Kontrollflusses und der Ausbeutung, sondern auch hundertausende Euro Sachschaden. Da er unkontrollierbar ist und sich verbreitet

trotz der sporadischen Repression; da der Staat nicht an jedem Masten oder Kabelschacht einen Polizisten abstellen kann; da jedes Individuum mit ein bisschen Vorstellungskraft und Entschlossenheit daran teilnehmen kann; oder auch einfach weil er sensible Kontaktpunkte der Herrschaft angreift, beunruhigt dieser Kampf offensichtlich die Autoritäten.“

Ein Kampf gegen die Enteignung unserer Leben, in einer Welt, in der jede und jeder permanent gezwungen ist, in feindlichem Territorium zu handeln, ein Kampf der aufzeigt, dass die Möglichkeit des Negativen, einem immer kolossaleren, aber nicht weniger tönernen Feind aufzulauern, immer noch gegeben ist. Und vielleicht auch, wie ein alter Anarchist vor einer langen Zeit sagte, weil die Lust der Zerstörung zugleich eine schaffende Lust ist. . .

sans nom, 12. Mai 2022

(Übersetzt aus dem Englischen via actforfree.noblogs.org, abgeglichen mit dem Französischem Original von <https://sansnom.noblogs.org/archives/12149>)

(1) AdÜ.: Ein ausführlicher Bericht zu den erwähnten koordinierten Glasfasersabotagen:

<https://actforfree.noblogs.org/post/2022/04/30/and-one-beautiful-night-in-ternet-was-cut-in-a-good-part-of-the-country/>

(2) AdÜ.: Die Frage nach den Gründen und Perspektiven wird im Territorium des französischen Staates breit und spannend diskutiert. Deutsche Übersetzungen dazu z.B. „Über den Moment hinaus“ in Autonomes Blättchen Nr. 47, Dez 21 - Feb 22, wo die Frage am Rande diskutiert wird. Oder „Sich vorantastend...“, wo es vertieft um diese Frage geht. Übersetzung vom Zündlappen, siehe: <https://zuendlappen.noblogs.org/post/2022/02/22/sich-vorantastend/>

Wir laden euch ein, mit uns eine Woche lang zu bauen, zu diskutieren und zu feiern. Das Fest soll ein Moment sein zusammen zu kommen, unsere Physische Verteidigung mit euch zu planen und vorzubereiten. Wir wollen Erfahrungen und Wissen zu diesem Thema mit euch austauschen und über mögliche Strategien für die Zeit nach der Enteignung und für den Moment der Räumung diskutieren. Wir wollen gemeinsam ein paar bauliche Maßnahmen auf dem Gelände durchführen. Vor allem wollen wir eine schöne Zeit miteinander am Bahnhof verbringen und gemeinsam erfahren, dass es sich lohnt, um diesen Ort zu kämpfen!

About ambience: Es versteht sich von selbst (aber wir sagen es trotzdem), dass wir gegenüber unterdrückerischem Verhalten auf dem Camp kompromisslos sein werden, und zwar unabhängig von der Art des Verhaltens. Da das Thema Barrikadenbau leider prädestiniert ist, für patriarchales Kackverhalten wie Macker-militanz und militaristische Allmachtsphantasien, oder mansplaining im Handwerk wollen wir deutlich sagen: dass wir auf so was hier (und überall) kein Bock haben! Für diejenigen, die es wünschen, werden natürlich Räume zur Verfügung stehen, um Workshops in choosen mixity durchzuführen.

Es ist nicht unser Ziel, den Bahnhof in ein Kriegsgebiet zu verwandeln, wenn wir diese Woche organisieren. Wir sind auch nicht naiv und denken, dass sich der Bahnhof auf Dauer ausschließlich im Barrikadenkampf verteidigen lässt. Es geht uns vielmehr darum, ein Ambiente zu schaffen, das Ausdruck unserer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem CIGÉO Projekt ist. Das bedeutet aber, neben der Vorbereitung auf eine kommende Konfrontation, auch ein Ort zu bleiben an dem wir uns alle Wohlfühlen können.

legal Situation: unserer Rechtsauffassung nach, können wir so viele Barrikaden bauen und Gräben ausheben, wie wir Lust dazu haben, solange dieser Platz nicht rechtsgültig enteignet wurde. Wir können auch unsere Freund*innen dazu einladen uns dabei zu helfen und auch dazu aufrufen Materialien dafür herbei zu schaffen. Wir haben allerdings in der Vergan-

genheit wiederholt die Erfahrung gemacht, das öffentlich angekündigte Veranstaltungen unsererseits zu Repressionen auf der Gegenseite geführt haben. Häufig angewandte Mittel hierfür waren Erlasse der Präfektur, die den Transport bestimmter Materialien verbieten, Allgemeinverfügungen, die die Durchsuchung von Fahrzeugen und Insassen ermöglichen, sowie allgemeine Schikanen der Bullen gegen vermeintliche Projektgegner*innen. Stellt euch darauf ein, wenn ihr kommt und informiert euch z.B. mit der Broschüre „brief legal en context buriénne“. Auch wird die Zeit über ein legal Team für euch erreichbar sein.

Material- & Werkzeugspenden: Eine Liste der benötigten Materialien wird folgen - wir werden uns darum kümmern, so viele Dinge wie möglich zur Verfügung zu stellen (wir brauchen vor allem gute Laune und Entschlossenheit!). Wenn du jedoch Material mitbringen möchtest, weisen wir aus Platzgründen an dieser Stelle auf die Aufzählung der von der Präfektur zum Transport verbotenen Gegenstände vom Sommer 2021 (rayonnantes). Von den allermeisten dieser Dinge brauchen wir reichlich! Da auch diesmal mit einem entsprechenden Erlass zu rechnen ist, empfehlen wir Sachspenden bereits im Vorfeld der Veranstaltung am Bahnhof zu deponieren.

Wir erwarten Euch, so zahlreich wie möglich, vom 11. - 17. Juli 2022, in la gare de Luméville (in der Nähe von Bure)

Peter Thiel - ein einflussreicher ›Außenseiter‹

Vom rechts-libertären Tech-Investor zum nationalistischen Polit-Influencer

Dieser Beitrag skizziert die beträchtliche Einflussphäre und politische Ideenwelt des US-amerikanischen Tech-Investment-Stars *Peter Thiel*. Ein selbsternannter »Tech-Disruptor«, der eine unkonventionelle Transformation vom rechts-libertären Financier zum politisch entfesselten Neoreaktionär erkennen lässt. Um seine politische Ausrichtung zu erfassen, gilt es, ein komplexes und in Teilen widersprüchliches Knäuel aus solutionistischer Meritokratie, rechts-libertären, antistaatlichen und nationalistischen Weltsichten zu entwirren. Ein Geflecht, welches durchaus Ausblick auf ein New Normal rechter, erodierter Gerechtigkeitsvorstellungen bieten kann und eine besorgniserregende Anschlussfähigkeit einer Rechtsaußen-Ideologie an die liberale Meritokratie einer modernen Start-Up-Gesellschaft dokumentiert: Die erfolgreichsten Ideenträger und ›Macher‹, sollen ungebremst gesellschaftlich gestalten - zugunsten einer rechts-intellektuellen Elite, die sich für einen Kulturkampf gegen eine progressiv-liberale Demokratie wappnet.

Dazu ist ein kurzer Exkurs zu den von Thiel mitinitiierten ›Privatstädten‹ hilfreich. Sie beschreiben exemplarisch die unternehmerisch-libertäre und antistaatliche Sphäre des neuen Konservatismus rund um Thiel. Mit der Konzeption dieser verschlankten Mikrostaaten als experimentellem Anker für neue Gesellschaftsentwürfe gibt sich die neoreaktionäre Bewegung jedoch nicht zufrieden. Thiels politisches und philosophisches Streben für eine erstarkende radikale Rechte in den USA zeigt sich in seinem Engagement für eine neue *Trump*-Ära.

Thiels Autonome Inselstaaten

In Französisch-Polynesien im Südpazifik, vor der Küste Tahitis, wollten Investoren bereits 2018 einen unabhängigen Inselstaat gründen. Geplant war eine schwimmende Struktur, auf der Villen, Hotels und Restaurants errichtet werden. Das *Floating Island Project* sollte Platz für 300 Häuser bieten. Das Besondere an dieser Offshore-Insel ist, dass sie eine eigene Kryptowährung besitzt und keiner nationalen Gesetzgebung unterworfen ist. Das Motiv: souveräne Mikrokonkurrenten des Nationalstaates auf See zu etablieren.

Seasteading – ein Kunstwort aus sea und homesteading (Inbesitznahme, Besiedlung) – bezeichnet die Idee der künstlichen Erschaffung von dauerhaftem Wohn- und Lebensraum auf dem Meer. Einzelne Plattformen schließen sich zu schwimmenden Siedlungen (seasteads) zusammen - außerhalb von Gebieten, die von Staaten beansprucht werden. Flexibel wie Lego-Steine können einzelne Module an andere Plattformen andocken und einen Staat mit eigener Rechtsprechung bilden. Die langfristige Vision ist, autonome Mikro-Nationen zu haben. Wenn man nicht unter einer bestimmten Regierung leben will, nehmen die Leute einfach ihr Haus und schippern zu einer anderen Insel.

Für die Realisierung einer ersten Inselplattform wurde ein in Singapur ansässiges Start-up namens *Bluefrontiers* gegründet. Die Kosten für das 60 Millionen Dollar teure Projekt sollte maßgeblich Peter Thiel tragen. Bereits

2008 gründeten der ehemalige Google-Ingenieur *Patri Friedman* (Sohn des Anarchokapitalisten David und Enkel des Nobelpreisträgers Milton) und Thiel eine Denkfabrik, das Seasteading Institute, zur Errichtung extraterritorialer Plattformen in internationalen Gewässern. Geplant ist eine ›Flüssige Demokratie‹ der Besitzerinnen schwimmender Villen – verklärt als eine Art Soziallabor für die Erprobung alternativer Gesellschaftsformen.

Friedmann sieht das Potenzial von solchen Inseln insbesondere darin, »die Leistung von Regierungen durch einen Wettbewerb um mobile Bewohner zu verbessern.«¹⁰ Die zugrunde liegende Idee ist die Übertragung des Wettbewerbs auf die Ebene der ›Staaten‹ verbunden mit einer grundlegenden Minimierung gesellschaftlicher Regeln.

Im Silicon Valley der Tech-Millionäre herrscht eine Idee vor, die geprägt ist von einem extrem hohen Selbstbewusstsein, grundlegende Probleme der Welt mit einer konsequenten Anwendung neuer Technologien besser ›regeln‹ zu können. In Verbindung mit einer tief sitzenden Ablehnung gegenüber Einschränkungen der individuellen Freiheit resultiert daraus ein kalifornischer Liberalismus mit ausgeprägter Distanz zum Staat, der in erster Linie als einengendes Regulativ wahrgenommen wird. Larry Page, Vorstandsvorsitzender von Alphabet, dem Mutterkonzern Googles bringt die unter den IT-Machern weit verbreitete Stastsskepsis wie folgt auf den Punkt: »Es gibt eine Menge Dinge, die wir gerne machen würden, aber leider nicht tun können, weil sie illegal sind. Weil es Gesetze gibt, die sie verbieten. Wir sollten ein paar Orte haben, wo wir sicher sind. Wo wir neue Dinge ausprobieren und herausfinden können, welche Auswirkungen sie auf die Gesellschaft haben.«¹¹

Darin ist eine der vielfältigen Motivationen für Inselstädte zu sehen: ein ›unberührtes‹ Territorium in Besitz zu nehmen und das soziale Zusammenleben experimentell neu zu organisieren. Mit der Insel als Sehnsuchtsort und Projektionsfläche für die Realisierung utopischer Ideen soll hier eine Kolonialisierung von Meeres- und Inselräumen betrieben werden zur Erprobung idealisierter rechts-libertärer Gemeinschaften.

Thiels Private Städte

Die zuvor beschriebenen Versuche, Insel-Kleinststaaten zu etablieren, dürfen als Vorläufer der aktuellen Privatstädte-Bewegung gelten, die unter den Namen *charter cities*, *startup cities*, oder (*free*) *private cities* firmiert.

Eine Gruppe rechts-libertärer Investoren, darunter Peter Thiel und Titus Gebel, hat auf der honduranischen Insel Roatán ein Stück Land erworben, um oberhalb des Fischerdorfs Crawfish Rock die erste »Freie Privatstadt« der Welt zu gründen. Anfang 2021 wurden die ersten Gebäude – eine Art Infocenter – der Stadt errichtet. Zwischen 30.000 und 50.000 Menschen sollen hier in *Próspera* einmal leben – juristisch (weitgehend) losgelöst vom honduranischen Staatsgebiet. Dabei handelt es um eine »Sonderentwicklungszone Plus«, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich, administrativ und politisch nahezu autonom ist. Dazu bedurfte es einer

honduranischen Verfassungsänderung. Bei genauer Betrachtung ist *Próspera* auch eine von Demokratie befreite Zone:

Mit jedem einzelnen Bürger wird ein Vertrag geschlossen – ein ökonomischer Dienstleistungsvertrag zum Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum. Der »Vertragsbürger« zahlt Gebühren für ein »Sicherheitspackage« (anvisiert sind 1000 Euro Jahresgebühr bei einer Stadt von etwa 10.000 Einwohnern) aber keine zusätzlichen Steuern an Honduras. Es gibt »klare Regeln, die sich nicht ständig ändern«, keine soziale Absicherung, keine Krankenversicherung oder ähnliches. Um Dinge wie die Müllabfuhr, Bildung, Gesundheit, Strom- und Wasser sollen sich andere private Firmen kümmern, die jede Bewohnerin über den freien Markt buchen kann.

Titus Gebel, der Initiator und Begründer von *Free Private City Inc.*, der Betreiberfirma hinter *Próspera*, umschreibt sein Angebot recht pragmatisch: »Staatsdienstleistungen privat anbieten«. Es sei »zeitgemäß, dass man nur für das bezahlt, was man auch bestellt hat«. Ein schlanker ›Staat‹ ohne den ›Ballast‹ eines sozialen Ausgleichs unter den Bewohnerinnen und ohne vom Einzelnen eventuell nicht genutzter Infrastruktur, wie z.B. ein öffentliches Schwimmbad. Die Privatstadt lebt davon, dass sie (für einige) attraktiver ist als der Rest des Landes.¹²

Die Betreiberfirma des privaten Staats macht ihr Geld als Sicherheitsdienstleister und mit dem Verkauf bzw. der Vermietung von Grundstücken. Dazu sind eine eigene Gerichtsbarkeit und eine eigene Polizei geplant. Die Menschenrechte gelten weiter, es gilt jedoch ein eigenes Zivilrechtssystem und eine (eingeschränkt) von Honduras entkoppelte Strafjustiz. Die eingangs von der Betreiberfirma aufgestellten Regeln des Zusammenlebens werden pseudo-demokratisch von dieser zusammen mit den hinzugezogenen Bewohnerinnen weiterentwickelt. Dabei bemisst sich das individuelle Stimmrecht in der Gründungsphase an der Größe des erworbenen Grundstücks. Ganz nebenbei bedeutet der geplante Ausbau von aktuell 21 Hektar auf 280 Hektar eine Vertreibung der derzeitigen indigenen Bevölkerung, die bereits Widerstand gegen diese Kolonialisierung organisiert. Es droht darüber hinaus weiterer Widerstand, und zwar staatlicher: Xiomara Castro gewann die Präsidentschaftswahl im November 2021. Die Präsidentin steht für einen »demokratischen Sozialismus«. Sie versprach im Wahlkampf eine partizipative Demokratie und den Entwurf einer neuen Verfassung. Castro will die Sonderentwicklungszonen wieder abschaffen. Leicht wird das angesichts zu erwartender Entschädigungsforderungen nicht werden.

Die in verschiedenen (meist fragilen) Staaten geplanten autonomen Investorinnen-Enklaven kommen einer effektiven Entstaatlichung gleich und diese ist programmatisch für ihre Begründer: Titus Gebel, Sohn zweier Beamten, möchte sich »den absehbaren Kollaps des Sozialstaats lieber von außen anschauen«. Seine staatsfeindliche Motivation umreißt er freimütig in einem Interview auf einem rechtskonservativen Blog des Ludwig von Mises Instituts: »Die einzige Chance, die wir Freiheitlichen haben, ist, in der Zeit der Ungewissheit, also wenn die alte Ordnung erkennbar zu Ende geht, aber noch keine neue etabliert ist, ein System weitgehend unabhängiger Städte und Gemeinden zu etablieren, idealerweise Freie Pri-

10 Patri Friedman/Brad Taylor, Seasteading: Competitive Governments on the Ocean, in: *Kyklos* 2/2012, S. 218–235

11 Mathias Döpfner, Warum wir Google fürchten, www.faz.net/-12897463.html

12 <https://www.podcast.de/episode/474766098/freie-privatstaedte-eine-echt-alternative-titus-gebel-644>

vatstädte, die aufgrund ihrer Konstruktion praktisch politikfrei sind. Nur in solchen Umbruchzeiten besteht die Möglichkeit, Modelle zu etablieren, die zuvor noch undenkbar gewesen sind. Dafür könnte sich ein Zeitfenster von wenigen Jahren auftun. Das gilt es zu nutzen.«¹³ Diese freien Privatstädte »können dann als Fluchtpunkt dienen, falls es keinen geordneten Übergang gibt oder die Repression anderswo unerträglich wird.«

Thiel, der umtriebige Techinvestor

Peter Thiel, studierter Jurist und Philosoph, gilt als einer der einflussreichsten Investoren und Verwalter von Risikokapital in der Hochtechnologie-Branche - weit über das US-amerikanische Silicon Valley hinaus. Er bot 2012 Firmengründern 100.000 Dollar über sein Thiel Fellowship-Programm, wenn sie ihr Studium hinwarfen und den konkreten ›Aufbruch in die Utopie‹ wagten. Thiel befragt Investoren, wenn es einzuschätzen gilt, welches der vielen angesagten Start-Ups das Potenzial hat, ein *Einhorn* zu werden, d.h. eine Marktbewertung von über einer Milliarde US-Dollar zu erzielen.

Thiel ist Mitbegründer von *PayPal* (1998), der Big-Data-Analysefirma *Palantir Technologies* (2004) und der bahnbrechenden Risikokapitalgruppe *Founders Fund* (2005). Er war unter anderem der erste wichtige externe Investor in *Facebook* (2004) und er steckt sein Geld in Projekte wie private Raumfahrt und das transhumanistische Streben nach menschlicher Unsterblichkeit.

Es ist politisch naiv zu glauben, Thiel sei ein gewöhnlicher rechts-libertärer¹⁴, der sich damit begnügt, vor Industriesubventionen und hohe Zöllen zu warnen, die die Welt ärmer machen, während sie korrupten und ineffizienten Regierungen zu viel Macht geben. Thiel wünscht sich zwar, die Gesellschaft möge wie ein Unternehmen strukturiert sein, aber seine Ideen gehen deutlich weiter. Thiel ist mittlerweile der wohlhabendste Verbündete einer neuen rechtskonservativen, nationalistischen Bewegung in den USA.

Tatsächlich geht Thiels Einfluss weit über das Management von Hunderten Milliarden Dollar an Tech-Investments für politisch probate Start-Ups hinaus. Sein Hauptverdienst ist vielmehr eine intellektuelle Debattengesellschaft eines ganz Rechtsaußen-Konservatismus etabliert zu haben. Hier finden sich der *Posterboy der Rechtsradikalen*¹⁵ US-Senator *Josh Hawley* genauso wie der neoreaktionäre Monarchist *Curtis Yarvin*, der sich zum Ziel setzt, den »Internationalismus zu widerlegen« und ihn durch eine »isolationistische Vision« zu ersetzen. Stellen Sie sich eine Welt vor,

13 Titus Gebel, Interview 14.10.2019 <https://www.misesde.org/2019/10/in-der-politik-findet-man-heute-eher-blender-als-echte-problemloeser/>

14 Im US-amerikanischen Sprachraum werden Liberale oft als „libertarians“ bezeichnet, weil „liberals“ linkspolitisch konnotiert ist.

15 Siladitya Ray: 'Poster Boy Of The Radical Right', <https://www.forbes.com/sites/siladityaray/2021/01/08/poster-boy-of-the-radical-right-missouri-two-biggest-newspapers-call-for-sen-josh-hawleys-resignation/>

16 Das Nachrichten-Portal TechCrunch hat Moldbug 2013 als Yarvin geoutet. In der Trump-Ära erschien es Yarvin (selbst-)sicher genug, öffentlich er selbst zu sein.

17 Thiel, hat seine Geschäfte 2019 von der Bay Area nach Los Angeles verlegt, um -wie er mitteilt- der ideologischen Konformität des Silicon Valley zu entkommen.

Chronik: 24.02.: Ein Büro der Deutsche Wohnen in Prenzlauer Berg wird großflächig mit Farbe angegriffen und eine Eingangstür entglast. 26.02.: 2 Aktivist*innen seilen sich von einer Brücke über der A1 ab um gegen den Bau des Fehmarnbelt-Tunnels und die aktuelle Verkehrspolitik insgesamt zu protestieren. 26.02.: In Hamburg-Ottensen demonstrieren ca. 30 Menschen unangemeldet, mit Pyro und Parolen gegen die Festung Europa. 27.02.: 60 Menschen beteiligen sich an einer anarchistischen Kundgebung in Hamburg gegen den Krieg in der Ukraine und Militarismus. Im Anschluss gab es eine Spontandemonstration richtung Sternschanze. 28.02.: Das Auto der ehemaligen verdeckten Ermittlerin Astrid Oppermann wird in Winterhude angezündet. 02.03.: Der Privatwohnsitz des AfD-MdB Jürgen Braun in Kirchberg im Rems-Murr-Kreis wird besucht und mit Farbe markiert. 03.03.: In Berlin werden an vier Standorten Gorillas-Immobilien besucht. Glasbruch, Schlösser verklebt und großflächige Parolen in Solidarität mit den selbst-

sinnierte Yarvin angesichts der Corona-Pandemie, »in der der Reiseverkehr zwischen den Hemisphären nächste Woche unterbrochen wird - und dies für Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte bleibt. (...) Wäre das eine Katastrophe? Nein - es wäre eigentlich ganz gut.«

Thiel, der aggressive Neokonservative

Bereits 2009 verstörte Thiel liberale Mitglieder der Tech-Branche im Silicon Valley als er formulierte, dass »ich nicht mehr glaube, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind«. Sein Freund und Mitstreiter Curtis Yarvin schrieb alias *Mencius Moldbug* diesbezüglich, dass »Sozialismus und Faschismus eine Mischung aus minderwertigen und katastrophalen Ergebnissen hervorbringen, und zwar aus einem einfachen Grund: Beide haben ihren Ursprung in der Demokratie, einem präkanzerösen Wachstum, das immer mit einer gewissen Bösartigkeit schwanger geht.«¹⁶

Vor der Präsidentschaftskampagne von Donald Trump hatte Thiel das Image eines geheimnisvollen Zauberers der Fintech-Branche, der zu aller Mystik Essays in der christlich-traditionalistischen Zeitschrift *First Things* verfasste. Seit er jedoch auf der *Republican National Convention* 2016 die Bühne betrat, um Trump als Mittel zur Verhinderung des »amerikanischen Niedergangs« anzupreisen, sind Thiel und seine Ideen von den ideologischen Rändern zur Vorhut des Konservatismus des 21. Jahrhunderts aufgestiegen.

Der Milliardär nutzte die Gelegenheit, seine Ansichten auf der *National Conservatism Conference* im Juli 2019 in Washington in einem vierstündigen Vortrag zu unterbreiten. In seiner Rede war wenig von der Überlegenheit freier Märkte zu hören. Er sprach vielmehr darüber, dass öffentliche politische Entscheidungen darauf beruhen sollten, nicht das Leben des Einzelnen, sondern ein kollektives ›Amerika‹ zu verbessern und gleichzeitig seine Feinde zu »vernichten«. Als Feinde ›Amerikas‹ nannte er *Google*, China und das US-Hochschulsystem.

Die Universitäten, so Thiel, seien Unorte politischer Korrektheit und verbreiteten den Virus des »kulturellen Marxismus«. Überdies begingen sie Betrug, indem sie den Studenten Schulden aufbürdeten, die diese Institutionen selbst zurückzahlen müssten. Gegen China befürwortet Thiel »(zumindest) einen Handelskrieg«. Und das als eher progressiv-liberale geltende Silicon Valley, allen voran Google versuche, einem unwilligen Amerika eine Monokultur der Identitätspolitik aufzuzwingen.¹⁷ Googles Zusammenarbeit mit China im Bereich der künstlichen Intelligenz zugunsten einer »chinesischen kommunistischen KI« bezeichnete Thiel

nicht nur als »unpatriotisch« er forderte zudem sie solle von der CIA und dem FBI unter die Lupe genommen werden.¹⁸ Die Weigerung Googles an einem US-Rüstungsprogramm bewaffneter Kampfdrohnen mitzuarbeiten geißelte Thiel als »verräterisches« Verhalten. An dem Tag, an dem Thiel diese Rede hielt (16. Juli 2019) twitterte Trump in Bezug auf Googles angeblichen Verrat: »Die Trump-Administration wird sich das ansehen!«

Thiel hält einen nationalistisch agierenden Staat für deutlich überlegen gegenüber einem, der von »politisch korrekten Globalisten« geführt wird. Seine Vorstandsfunktion bei Palantir entspricht dieser politischen Vorstellung: Das Unternehmen wurde von einem Ableger der CIA mitfinanziert und setzt die Möglichkeiten von Big Data und künstlicher Intelligenz im Sinne einer umfänglichen Versicherunglichung ein, ausschließlich im Auftrag ausländischer und inländischer Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste.

Nachdem 200 Palantir-Mitarbeiter einen Brief geschrieben hatten, in dem sie ihre Besorgnis über die Zusammenarbeit des Unternehmens mit der US-Einwanderungsbehörde (ICE) zum Ausdruck brachten, wischte Palantirs CEO jegliche Bedenken mit dem Verweis auf ein notwendiges Verteidigungsbedürfnis »Amerikas« beiseite. Thiels Investment in das umstrittene Start-Up *Clearview AI*, das nachweislich von einer Programmiererriege der extremen Rechten entwickelt wurde, um per künstlich intelligenter Gesichtserkennung die behördliche Abwehr illegaler Migration zu effektiveren, folgt passgenau dieser Logik.

Thiel, der vernichtende Kulturkämpfer

Die einst libertäre Fassade von Thiel und seinen Mitstreitern bröckelt noch weiter: Im Dezember 2019 schlug eine Gruppe von Denkern von *The American Mind*, *The American Conservative*, *American Renewal*, *Human Events* und *First Things* gemeinsam einen »Tech New Deal« vor, um im Namen der »amerikanischen Größe« eine stärkere staatliche Aufsicht und Verwaltung für US-Technologieunternehmen einzuführen.

»Wir müssen die Sicherheitsvorkehrungen gegen die Nutzung der technischen Möglichkeiten verstärken, um eine radikale säkulare Religion in den öffentlichen Einrichtungen Amerikas zu etablieren«, so die Verfasser, die eine Bestrafung privater sozialer Medienunternehmen fordern, die konservative oder traditionalistische Standpunkte zensieren. Die Verfasser versuchen eine rechte, antiaufklärerische und neonationalistische Neubestimmung der öffentlich Debatten über Rasse, Einwanderung und Geschlecht zu lancieren: »So wichtig es auch ist, die schlimmsten moralischen Degenerierten zu »entplattformen«, so sehr hängt unsere freie Demokratie doch davon ab, dass die Amerikaner offen über grundlegende

18 <https://www.nytimes.com/2019/08/01/opinion/peter-thiel-google.html>

19 <https://www.heritage.org/conservatism/event/americas-cold-civil-war>

20 https://www.claremont.org/press_releases/claremont-institute-welcomes-james-poulos-as-executive-editor-of-the-american-mind/

21 Peter Thiel, *The Straussian Moment in Politics and Apocalypse* (S.189-218), Robert Hamerton-Kelly, Michigan State University Press (2007)

Fragen diskutieren können, von der Bedeutung der Staatsbürgerschaft bis hin zur Biologie sexueller Unterschiede.«

Die Zuspitzung eines umfassenden Kulturkampfes beschwört der Präsident des *Claremont Institute*, *Ryan P. Williams*, in dem er 2019 fabuliert, dass die Amerikaner in einem »kalten Bürgerkrieg« feststecken, in dem die eine oder die andere Seite »einen entscheidenden und endgültigen politischen Sieg« erringen muss.¹⁹

Williams darf zurecht als Mitglied der »Thielosphäre« bezeichnet werden, die sich als rhetorische Kriegsgemeinschaft an eben dieser Front dieses kalten Bürgerkriegs begreift. Claremonts Web-Journal *The American Mind* wurde 2018 mit der Agenda ins Leben gerufen, »das ideologische Gerüst der amerikanischen Rechten neu zu überdenken.«²⁰ Der Gründungsredakteur *Matthew Peterson* sieht eine lebendige neokonservative Bewegung, die »unter der Oberfläche brodelt und sogar online überall zu finden ist«. Für diese Bewegung gelten libertäre Kräfte als politisch zu »schwächlich« und unbestimmt. Mehr noch - die nationalistischen Konservativen sehen in den Libertären diejenigen, die mit dem linken Feind kooperieren.

»Der Höhepunkt der Politik sind die Momente, in denen der Feind in konkreter Klarheit als Feind erkannt wird«, schrieb Thiel bereits 2007 in seinem Essay »The Straussian Moment«²¹ und zitierte damit *Carl Schmitt*, der bis weit in die 1940er Jahre hinein die Idee der Diktatur gegenüber dem schlaffen bürokratischen Staat verteidigte.

Die US-Amerikanische intellektuelle Rechte strebte ursprünglich danach, den Staat einzuschränken und den freien Markt zu entfesseln. Jetzt strebt sie - mit Unterstützung von Thiel - zunehmend danach, den Staat zu entfesseln und den Markt neu auszurichten. Sie nimmt dabei staatliches Eingreifen nicht nur in Kauf sondern (politisch) in Dienst. Statt sich damit zu begnügen, über die *visionäre* Erprobung einer (konkurrent) reduzierten Staatlichkeit kulturelle Veränderung herbeizuführen (Schwimmende Mikrostaaten bzw. Private Städte), versucht ein Großteil des neuen nationalistischen Konservatismus nunmehr den Staat auf alles zu hetzen, was sich in der Wirtschaft und der Kultur aus ihrer Sicht falsch anfühlt.

Thiel hat Trumps Wahlkampf 2016 nicht nur finanziell unterstützt, er drängte mit seinem Einfluss als Startinvestor von Facebook Bestrebungen zurück, die politische Werbung auf der Plattform zu beschränken. Politische Bezahl-Werbung bei Facebook erzielt eine deutlich höhere und zielgenauere Reichweite und ist anders als unbezahlte Beiträge nahezu unzensuriert. Dies war mitentscheidend für den Erfolg von Trumps Wahlkampagne 2016. Thiel avanciert zu Trumps Tech-Berater und nahm

organisierten Arbeitskampf der Beschäftigten. **05.03.:** Der Burschenschaft Danubia in München wird mit einigen dutzend Leuten in Form einer Spontani ein Besuch gestattet und das Haus mit Farbe, Eiern und Rauchtöpfen markiert. **05.03.:** Am Kotti in Berlin verteilen ca. 50 Leute Flyer gegen die geplante Bullenwache dort. Ebenfalls wird mit großflächigen Transparenten auf die Situation aufmerksam gemacht. **05.03.:** In Heilbad Waren an der Müritz wird eine Neonazidemonstration durch einen stabilen Gegenprotest von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen verhindert. **06.03.:** Zur Mobilisierung für den 08. März wird in Karlsruhe von solidarischen Männern* ein Banner mit Aufruf zum gemeinsamen Demonstrieren aufgehängt. **07.03.:** Im Zuge eines queerfeministischen Stadtrundgangs werden die Standesämter in Offenbach und Frankfurt am Main markiert. **07.03.:** In Frankfurt werden Namen von U-Bahnstationen die in Kolonialkontinuität stehen übersprüht mit der Forderung »Decolonize«. **07.03.:** Auf ei-

darüber Einfluss auf die Besetzung wichtiger politischer Positionen der Trump-Administration.

Mit dem Ausstieg aus dem Verwaltungsrat von Facebook 2022 wendet sich Thiel (noch) stärker der Politik zu und versucht sie als Geld- und Ideengeber zugunsten eines neuen Nationalismus umzukrempeln. Er bereitet die *midterm*-Wahlen im November 2022 vor und unterstützt erneut (finanzstark) vielversprechende Kandidaten aus dem Trumplager.

Konklusion

Das Selbstverständnis vieler Unternehmerinnen der Tech-Branche fußt auf einem ausgeprägten meritokratischen Ideal, bei dem individuelle Leistung bzw. Verdienste über den gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum bestimmen. Nicht selten verschmelzen Expertokratie, Meritokratie, ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein und der unbedingte Glaube an des Leistungsprinzip in der IT-Welt zu einer technokratisch-paternalistischen Weltsicht, die eine ›lenkende‹ Rolle der fähigsten ›Problemlöserinnen‹ gegenüber einer ›überforderten‹ Durchschnittsbevölkerung legitimieren.

Ein solcher *technologischer Paternalismus*, der ideologisch zunächst ›unvoreingenommen‹ daher kommt, kann von libertärer oder autoritärer

Ausprägung sein. Am Beispiel Peter Thiel ist zu beobachten wie anchlussfähig eine libertäre Meritokratie an eine nationalistische und antidemokratische Extreme Rechte ist. Thiel dokumentiert schillernd, dass die oftmals naiv als links-liberal imaginierte Tech-Welt des Silicon Valley keineswegs unvereinbar ist mit einer neoreaktionären Bewegung. Und er verkörpert einen politischen Gestaltungsanspruch weit über die unmittelbar finanziell begründete Macht hinaus. Thiel ruft offen zum Kampf gegen eine progressive Linke auf – und wird weiter hofiert.

Weitere Lektüre zu Privaten Städten:

- Joe Quirk/Patri Friedman, *Seasteading. How Floating Nations Will Restore the Environment, Enrich the Poor, Cure the Sick, and Liberate Humanity from Politicians*, New York 2016
- <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-03-27/prospera-in-honduras-a-private-tech-city-now-open-for-business>
- <https://www.fr.de/politik/private-staedte-exklusiv-und-antidemokratisch-91274549.html>
- <https://nacla.org/news/2021/02/12/private-government-honduras-zede-prospera>
- <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/privates-paradies/>

Deanonymisierung eures WLAN-Adapters trotz Tails?

Die zwei wesentlichen Techniken zur Anonymisierung des Netzwerkverkehrs unter Tails sind die Verwendung von *Tor* zum Verschleiern von IP-Adressen²² und die Verwendung des *MAC-Changers* zum Verschleiern der MAC-Adresse. Das ist prinzipiell auch sinnvoll. Allerdings kann die Sicherheit nicht immer garantiert werden und Angriffe mit dem Ziel der Deanonymisierung finden gegen beide Techniken statt. Die Kompromittierung der einen Technik zieht nicht die Kompromittierung der anderen nach sich. Trotzdem ist es *für besonders sensible Veröffentlichungen* wichtig, alle Möglichkeiten einer erfolgreichen Identifikation zu vereiteln.

Zum Verständnis: Mit der IP-Adresse kann der Standort des Routers identifiziert werden. Die MAC-Adresse dient lediglich der lokalen Zuordnung: Welches Endgerät soll welches Datenpaket vom Router erhalten. Sie wird nach derzeitigem Internetstandard üblicherweise nicht über den Router hinaus ins Internet verschickt²³. (Siehe Schaubild)

Im September 2019 veröffentlichten wir, *capulcu*, ein kurzes Statement („Sicherheitswarnung MAC-Changer“)²⁴, in dem wir vor einer möglichen Deanonymisierung durch die Verwendung von WLAN-Adaptern warnen – auch bei der Nutzung des Tails-Betriebssystems. Wir wollen hiermit ergänzend zum Kapitel „Gefahren von kabellosen Schnittstellen“ in der aktuellen Ausgabe der Tails-Broschüre²⁵ einen Einblick in die Problematik von kabellosen WLAN-Schnittstellen und eine Nutzungsempfehlung geben.

Das Problem: WLAN-Adapter schicken herstellerspezifische Informationen beim Datentransfer mit. Diese Informationen können trotz einer vom MAC-Changer gefälschten MAC-Adresse eine eindeutige Zuordnung ermöglichen. *Dies betrifft sowohl interne WLAN-Adapter, die in Form einer Netzwerkkarte in euren Laptops verbaut sind, als auch externe per USB angeschlossene WLAN-Adapter.* Die technischen Details sind unten erläutert. Dieses Fingerprinting ist zwar kein eindeutiger forensischer Beweis. In

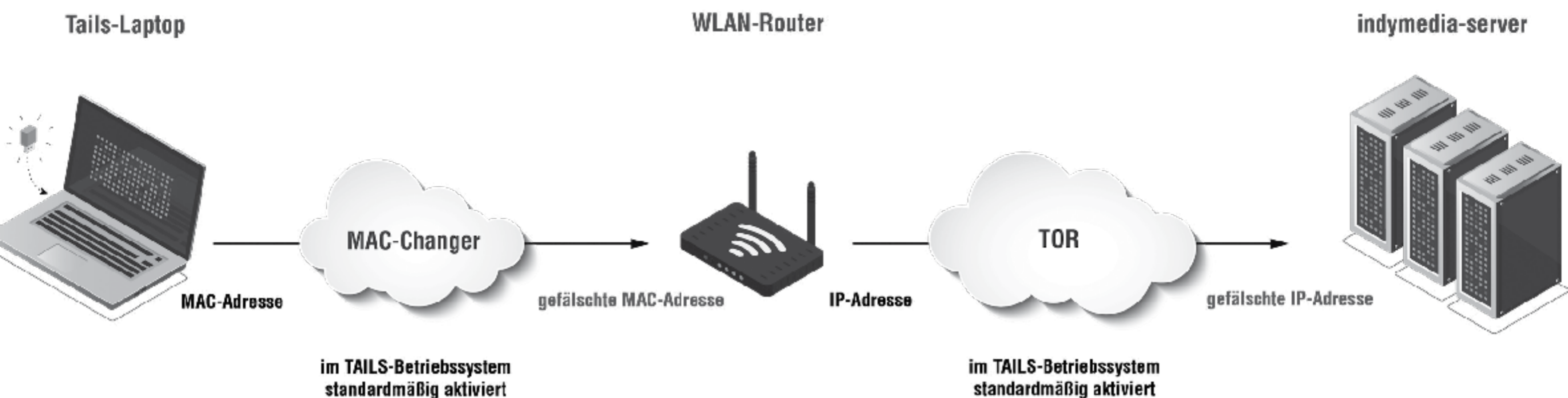
22 Für Sicherheitsbedenken bezüglich Tails und Tor verweisen wir auf das Kapitel „Grenzen von Tails und Tor“ in unserer aktuellen Tails-Broschüre.

23 Dies gilt für den Internetprotokollstandard *ipv4*. Vorsicht: In einigen Firmennetzwerken u. ä. gilt dies bereits nicht mehr!

24 <https://capulcu.blackblogs.org>

25 <https://capulcu.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/54/2021/04/Tails-2021-04-12.pdf>

nem Friedhof in Rudersberg im Rems-Murr-Kreis wird ein Kriegerdenkmal, das den deutschen Soldaten des 1. & 2. Weltkriegs gedenken soll mit der Parole „Frauen gegen Krieg & Kapital“ besprüht. 08.03.: Das Nazi-Tattoostudio Utgard in Berlin-Lichtenberg wird mit Farbe markiert. In Solidarität mit Lina E. und allen inhaftierten antifaschistischen Gefährt*innen. 08.03.: Die „Universalkirche des Reiches Gottes e.V.“ (UKRG e.V.) in Frankfurt am Main wird besucht. Das Türschloss mit Sekundenkleber verklebt und die Eingangstür mit kämpferischen, feministischen Parolen neu gestaltet. 08./09.03.: In Templin werden an verschiedenen Stellen feministische Banner anlässlich des 08. März aufgehangen. 09.03.: Bundesweit werden über 500 Plakate, die Horst Seehofer mit Augenklappe auf dem rechten Auge zeigen in Werbevitriolen aufgehangen. 11.03.: Eine Geschäftsstelle der AfD in Kassel erhält nächtlichen Besuch mit Farbe und Steinen. 12.03.: Das „Ruhrkämpferdenkmal“ in Essen, das von Hitlerfaschist*innen erbaut wurde wird mit Roter



Kombination mit anderen Indizien könnte jedoch eine juristisch konstruierte ‚eindeutige‘ Zuordnung dabei rauskommen: welcher Rechner war für eine bestimmte Internet-Veröffentlichung verantwortlich.

Dazu ein konkretes Beispiel: Durch weiter zurück liegende polizeiliche Beobachtungen steht ein Café in eurer Stadt im Verdacht, für Veröffentlichungen von Aktionserklärungen genutzt zu werden. Der Café-Betreiber hat sich von den Bullen einlullen bzw. nötigen lassen, seinen (handelsüblichen) Internet-Router so zu konfigurieren, dass die Datenpakete der Kontaktaufnahme aller Verbindung suchenden Rechner mitprotokolliert werden. Wenn nun die Anwesenheit verschiedener Rechner in diesem Café zeitgleich zu einer brisanten Indymedia-Veröffentlichung ‚aufgezeichnet‘ wurden, könnte das für weitere Ermittlungen genutzt werden, trotz dessen, dass aus dem Inhalt der Datenpakete lediglich ersichtlich ist, dass es sich um mittels Tor anonymisierte Daten handelt. War dein Rechner (trotz gefälschter MAC-Adresse) dabei und taucht der Fingerprint deines WLAN-Adapters andernorts (per Zufall, oder durch gezielte Ermittlungen – z.B bei einer Hausdurchsuchung) erneut auf und lässt sich dort als dir zugehörig (re-)konstruieren, könnte ein Staatsanwalt versuchen, dir eine Mitverantwortung anzuhängen.

Empfehlung: Bis es eine (stabile) Lösung für das Problem des „WLAN-Fingerprintings“ gibt, solltet ihr deshalb für besonders sensible Recherchen und Veröffentlichungen den internen WLAN-Adapter ausbauen und einen (billigen) externen USB-WLAN-Adapter verwenden und diesen **nach dem Gebrauch entsorgen**. Zudem raten wir euch, WLAN-Adapter zu verwenden, die ohne herstellerspezifische Firmware vom Tails-Betriebssystem angesteuert werden können (z.B. WLAN-Adapter mit Qualcomms Atheros-Chip, die mit dem ath9k-Treiber verwendet werden).

Problembeschreibung und technische Details

Sofern ihr das WLAN im Tails-Begrüßungsbildschirm (per Offline Mode) oder, falls vorhanden, per Hardwareschalter nicht explizit deaktiviert habt, sucht das Tails-Betriebssystem anschließend automatisch nach vorhandenen WLAN-Zugängen die von Access Points bereitgestellt werden, indem es in regelmäßigen Abständen ein Funksignal (*Probe Request*) an alle in der Nähe erreichbaren Access Points schickt. In der regelmäßig ausgesandten Anfrage (Request) ist die eindeutige MAC-Adresse eures WLAN-Adapters enthalten. Allerdings schützt Tails eure Anonymität, indem es nicht die echte Adresse verschickt, sondern eine zufällig erzeugte MAC-Adresse. Falls sich Access Points in der Nähe befinden, antworten diese ebenfalls mit einem Funksignal (*Probe Response*). In dieser Antwort sind Informationen zum Netzwerknamen (SSID), Authentifizierung und Verschlüsselung enthalten. Durch die in den Funksignalen enthaltenen Informationen ist es möglich, sich mit einem Access Point zu verbinden und Datenpakete auszutauschen.

Das Problem: Verschiedene Untersuchungen aus den Jahren 2016-2019 ergeben, dass die Funksignale auch noch weitere Informationen enthalten, über die ihr mit hoher Wahrscheinlichkeit trotz veränderter MAC-Adresse identifizierbar seid!

Das Papier „*Why MAC Address Randomization is not Enough: An Analysis of Wi-Fi Network Discovery Mechanisms*“²⁶ zeigt die Möglichkeit einer Identifizierung anhand von Funksignalen (Probe Requests) durch den einheitlichen WLAN-Standard 802.11²⁷, der auch von Tails verwendet wird. Hierbei werden die (gefälschten) MAC-Adressen nicht weiter beachtet und es findet eine Deanonymisierung über die von WLAN-Adaptoren gesendeten Funksignale statt (über ein sogenanntes „Probe Request Fingerprinting“). Das Papier bezieht sich auf Test-Daten aus der realen Welt, d.h. mit Daten von handelsüblicher Hardware²⁸ und zeigt, dass WLAN-Funksignale genug Informationen enthalten, um deren spezifische Muster eindeutig zu identifizieren. Das Papier behandelt zudem verschiedene Angriffsmöglichkeiten zur Deanonymisierung, auf die wir hier nicht weiter eingehen.

26 <https://papers.mathyvanhoef.com/asiaccs2016.pdf>

27 https://de.wikipedia.org/wiki/IEEE_802.11

28 Acht Millionen Probe Requests, die zum größten Teil an einem belebten Platz in Rom und an einem Bahnhof in Lyon gesammelt wurden.

Farbe beschädigt und mit Hammer-und-Sichel Symbolen und Parolen markiert. **15.03.:** In Berlin werden sich zum internationalen Tag gegen Polizeigewalt einige Werbeflächen angeeignet um mit Plakaten deutlich zu machen, dass die Polizei „Kein Freund Kein Helfer“ ist. **15.03.** Ein Banner mit der Aufschrift „Cops kill - Fight back“ wurde anlässlich des internationalen Tages gegen Polizeigewalt in der Nähe des Görlitzer Bahnhofs in Berlin aufgehängt. **18.03.:** Ein leerstehendes und zum Abriss freigegebenes Wohnhaus in Kiel wird Scheinbesetzt um gegen Mietpreisanstiege und Verdrängung zu protestieren und die Verantwortlichen zu warnen, sich nicht am nötigsten der Menschen zu bereichern. **19.03.:** In Berlin werden die Karren der Bullenwache am Sophie-Charlotte Platz mit Bitumen verschönert, das Tor verkettet und die Parole „For those you killed“ an der Wand hinterlassen. Die Aktion geschieht in Solidarität mit den Opfern staatlicher Gewalt. **20.03.:** Die Hausfassaden von mehreren christ-fundamentalistischen Organisationen

Der Beitrag „*A Study of MAC Address Randomization in Mobile Devices and When it Fails*“²⁹ nimmt die vorherige Studie als Ausgangspunkt und ergänzt sie um weitere Möglichkeiten zur Identifikation von Endgeräten mit geänderten MAC-Adressen. Die Untersuchung kommt zur Schlussfolgerung, dass die Änderung von MAC-Adressen über die dargestellten Angriffe aufgehoben werden kann und für eine Anonymisierung nicht ausreicht. Die Autor*innen schlagen vor, die gesamte MAC-Adresse zu verändern und nicht nur die Stellen nach der Herstellerkennung - der sogenannten OUI³⁰, wie dies bei Tails der Fall ist³¹. Zudem sollte laut dem Papier für jeden Probe Request eine zufällige MAC-Adresse verwendet werden.

Ein weiterer Beitrag mit dem Titel „*Defeating MAC Address Randomization Through Timing Attacks*“³² befasst sich mit Probe Requests und der Erkennung von Geräten, die ihre MAC-Adressen in periodischen Zeitabständen verändern (was unter Tails nicht passiert und laut dem Papier fatal ist). In der Zusammenfassung kommen die Autor*innen des Beitrag zu dem Ergebnis, dass der von ihnen verwendete Angriff einen Großteil der Geräte deanonymisieren kann (bis zu 77%), auch wenn bei den Funksignalen keine größeren Datenmengen übertragen werden.

Weitere Veröffentlichungen zu möglichen Deanonymisierungs-Angriffen (die nicht explizit Linux-Betriebssysteme betreffen) finden sich hier:

- „*Know Thy Quality: Assessment of Device Detection by WiFi Signals*“³³
- „*Accurate and Efficient Wireless Device Fingerprinting Using Channel State Information*“³⁴
- „*Fingerprinting 802.11 Implementations via Statistical Analysis of the Duration Field*“³⁵
- „*Device Fingerprinting in Wireless Networks: Challenges and Opportunities*“³⁶

29 <https://arxiv.org/pdf/1703.02874>

30 Laut den Tails-Entwickler*innen fallen ungewöhnliche MAC-Adressen auch auf und werden daher nicht von Tails verwendet.

31 https://tails.boum.org/contribute/design/MAC_address/#active-probe-fingerprinting

32 <http://papers.mathyvanhoef.com/wisec2016.pdf>

33 <http://sig-iss.work/percomworkshops2019/papers/p639-rutermann.pdf>

34 https://www.cs.ucr.edu/~zhiyunq/pub/infocom18_wireless_fingerprinting.pdf

35 <http://www.uninformed.org/?v=5&a=1&t=pdf>

36 <https://arxiv.org/pdf/1501.01367v1.pdf>

37 <http://download.aircrack-ng.org/wiki-files/other/managementframes.pdf>

38 https://de.wikipedia.org/wiki/Propriet%C3%A4re_Software

39 Tails ändert nicht die MAC-Adresse nach einer zufälligen Anzahl von Probe Requests und setzt auch nicht die Sequenznummer der übertragenen Pakete zurück. Dies ermöglicht ein zusätzliches Tracking..

40 HT Capabilities, Supported Rates, Extended Supported Rates, Extended Capabilities, VHT Capabilities, Vendor Specific, . . .

41 Genauer: über den Kernel.

42 <https://wiki.debian.org/ath9k>

43 Je kleiner die Paketgröße, desto weniger Spuren fallen auch an.

Probe Request Fingerprinting

Die von sämtlichen WLAN-Adaptoren (egal ob intern oder extern) in kurzen zeitlichen Abständen verschickten Probe Requests, enthalten im sogenannten „Management Frame“ WLAN-Adapter-spezifische „Information Elements (IEs)“. Die Werte der IEs³⁷ sind zum Teil herstellerspezifisch (was den Inhalt und ihre Reihenfolge betrifft). Dadurch eignen sie sich besonders für ein deanonymisierendes Fingerprinting, das in den zuvor erwähnten Beiträgen zum Einsatz kam. Unter den verschiedenen Implementierungen von proprietärer WLAN-Firmware³⁸ gibt es so viele unterschiedliche Möglichkeiten der Anordnung, dass ein Tracking deshalb erfolgreich sein kann. Darüber hinaus können WLAN-Adapter oftmals anhand der Sequenznummer³⁹, der Daten-Durchsatzrate und weiteren funktionspezifischen Parametern⁴⁰ unterschieden werden.

Den digitalen Fußabdruck reduzieren

Die Paket-Größen von Probe Requests unterscheiden sich nach den darin enthaltenen Informationen. In den meisten Fällen hängt dies stark von den Firmware-Implementierungen der Hersteller*innen ab. Es gibt allerdings auch freie Treiberimplementierungen für WLAN-Adapter, die ohne proprietäre Firmware auskommen und über das Betriebssystem⁴¹ angesteuert werden können:

*ath9k is a Linux kernel driver supporting Atheros 802.11n PCI/PCI-E chips, introduced at Linux 2.6.27. It does not require a binary HAL (hardware abstraction layer) and no firmware is required to be loaded from userspace.*⁴²

Dadurch erhaltet ihr die Kontrolle über euren WLAN-Adapter und reduziert bereits euren digitalen Fußabdruck (z.B. enthalten ath9k WLAN-Adapter-Treiber keine „Vendor specific Tags“). Dies macht sich auch in der reduzierten Paketgröße der Probe Requests bemerkbar⁴³. Auf der Wiki-

in Wien wurden von Aktivist*innen mit feministischen Parolen neu gestaltet. 21.03. In Königsstein am Taunus wird der Porsche vom rechtlibertären Ökonom Thorsten Polleit abgefackelt. 21.03.: In Berlin wird der S-Bahn und Zug Verkehr in Richtung der Tesla Giga Factory durch Feuer sabotiert um einen reibungslosen Produktionsstart der Fabrik in Falkensee zu verhindern. 22.03.: Über der A10 seilen sich Klimaaktivist*innen von einer Autobahnbrücke und einer Schilderbrücke ab, um anlässlich der Eröffnung des Berliner Tesla-Werks gegen Elektroautos und für eine echte Verkehrswende zu protestieren. 22.03.: Die Scheiben der Pränatal-Medizin München werden als Nachtrag zu den Aktionstagen „Für das Paradies auf Erden“ eingeworfen. 23.03.: Im Prenzlauer Berg in Berlin geht ein Wagen von den Knastprofiteuren von SPIE in Solidarität mit allen Gefangenen in Flammen auf. 23.03.: Der Beisitzende im Landesvorstand der AfD in Bayern, Benjamin Nolte, wird zu Hause besucht, im Innenhof wird „Nolte Nazisau“ gesprüht und die Fenster

pediaseite zum Vergleich von Open-Source-WLAN-Treibern⁴⁴ findet ihr neben den ath9k-WLAN-Adaptoren auch noch andere Hardware, die ohne herstellerspezifische Firmware auskommt⁴⁵.

Nach unserer Warnung im Sommer 2019 haben wir unsere Ideen zur Vermeidung von Probe Requests und zum Lauschen nach Probe Responses in einem Entwurf zur Verbesserung des Tails-Betriebssystems zusammengefasst.⁴⁶ Darin schlagen wir vor, Netzwerk-Software⁴⁷ unter Debian⁴⁸

(welches die Grundlage für Tails liefert) durch neuere Anwendungen, in denen sich das periodische Scannen nach Access Points deaktivieren lässt, zu ersetzen. In unseren Tests war es damit möglich, *passiv* Access Points zu finden und eine Verbindung ohne Probe Requests aufzubauen. Diese Überlegungen wurden zunächst von den Tails-Entwickler*innen abgelehnt⁴⁹, da eine von uns verwendete Software (iwd) in ihren Augen noch zu instabil ist.

capulcu

Jane's Revenge

Angriff auf Büro von Abtreibungsgegner*innen in Wisconsin

Dokumentation:

Am 2. Mai wurde durch ein Leak bekannt, dass der Supreme Court in den USA – in dem seit der Amtszeit von Trump mehrheitlich extrem konservative Richter*innen sitzen – die Grundsatzentscheidung Roe vs Wade aufzuheben plant. Mit dem Sieg von Jane Roe über ihren District Attorney Henry Wade im Jahr 1973, wurde die Freiheit einer schwangeren Person über Fortführung oder Abbruch einer Schwangerschaft selbst zu entscheiden festgeschrieben. Sollte Roe vs Wade kippen, würde die Entscheidung über den Zugang zu Abtreibungsmedizin wieder an die einzelnen Bundesstaaten übergehen. 23 Staaten haben für diesen Fall bereits Gesetze verabschiedet um den Zugang stark einzuschränken, darunter 13 die legale Abtreibung quasi verbieten.

Der aktuelle juristische konservative Coup gegen körperliche Selbstbestimmung ist nur ein weiterer in einer sehr langen Reihe von Angriffen. Zwischen 1973 und 2003 allein gab es mindestens 300 extrem gewalttätige Angriffe: Darunter Brandanschläge, Bomben, Morde und Säureattacken. Der aktuelle juristische Angriff geht Hand in Hand mit schierem Terror, christlicher Propaganda sowie Scheinberatungen durch christliche NGOs. Der Kampf gegen Abtreibung ist im Weiteren Teil einer breiten politischen Agenda christlich-faschistischer, white-supremacist und konservativer Gruppen und Institutionen in den USA und darüber hinaus.

Nun wurde das Hauptquartier einer Anti-Abtreibungsgruppe in Madison, Wisconsin, am Sonntagmorgen durch einen Molotow-Angriff von Anarchist*innen in Brand gesetzt. Im Folgenden das Kommuniqué der Gruppe:

44 https://en.wikipedia.org/wiki/Comparison_of_open_source_wireless_drivers

45 Zu erkennen an den grünen Feldern in der Spalte „Non-free firmware required.“

46 <https://gitlab.tails.boum.org/tails/tails/-/issues/17831>

47 Wie den wpa_supplicant und den Networkmanager.

48 Debian ist eine Linux-Distribution.

49 <https://gitlab.tails.boum.org/tails/tails/-/issues/6453>

Erstes Kommuniqué

Dies ist keine Kriegserklärung. Der Krieg hat uns seit Jahrzehnten erreicht. Ein Krieg, den wir nicht wollten und den wir nicht provoziert haben. Zu lange sind wir angegriffen worden, weil wir um eine medizinische Grundversorgung gebeten haben. Zu lange hat man auf uns geschossen, uns bombardiert und uns ohne unser Einverständnis zu Geburten gezwungen.

Dies war nur eine Warnung. Wir fordern die Auflösung aller Anti-Choice-Einrichtungen, gefälschten Kliniken und gewalttätigen Anti-Choice-Gruppen innerhalb der nächsten dreißig Tage. Es handelt sich hier nicht um eine bloße „Meinungsverschiedenheit“, wie es einige formuliert haben. Wir kämpfen hier buchstäblich um unser Leben. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie wir getötet und in die Knechtschaft gezwungen werden. Wir haben keine Geduld und kein Mitleid mehr mit denen, die uns das bisschen Autonomie, das uns noch geblieben ist, nehmen wollen. Während ihr weiterhin ungestraft Kliniken bombardiert und Ärzte ermordet, werden auch wir immer extremere Taktiken anwenden, um die Freiheit über unseren eigenen Körper zu erhalten.

Wir sind gezwungen, die militärische Mindestanforderung für einen politischen Kampf zu übernehmen. Nochmals, dies war nur eine Warnung. Das nächste Mal wird die Infrastruktur der Sklavenhalter nicht überleben. Der Medizinimperialismus wird es nicht mit einem passiven Feind zu tun haben. Wisconsin ist der erste Brennpunkt, aber wir sind überall in den USA, und wir werden keine weiteren Warnungen aussprechen.

und Fassaden werden mit Farbe bedeckt. 25.03.: In Ingolstadt wurde ein leerstehendes Gebäude scheinbesetzt um auf fehlenden und zu teuren Wohnraum und spekulativen Leerstand aufmerksam zu machen. 25.03.: Im Georgsdorfer Moor werden mehrere Maschinen und Bagger, die zum Torfabbau eingesetzt wurden, zerstört. 25.03.: Anlässlich des globalen Klimastreiks werden in Berlin bei ca. 50 SUVs und Sportwagen die Reifen geplättet. 27.03.: Erneut geht ca. 60 SUVs in Charlottenburg die Luft aus. 28.03.: Die Fassade eines Neubaus mit Microapartments in Hamburg wird mit Bitumen und Farbe attackiert, als Teil des Kampfes gegen Gentrifizierung. 28.03.: In München werden die Scheiben eines Gebäudes, das KPMG, ein Beratungsunternehmen der Bundeswehr und TechConnect, die Software für Raketensysteme herstellt, eingeschlagen und Parolen gegen Krieg und Aufrüstung hinterlassen. 01.04.: In Rommelshausen braucht der Polizeiposten nach nächtlichem Besuch einen neuen Türanstrich und neue Fenster. 02.04.: Nach meh-

Und wir werden nicht aufhören, wir werden nicht nachgeben, und wir werden nicht zögern, zuzuschlagen, bis uns das unveräußerliche Recht, unsere Gesundheit selbst zu verwalten, zurückgegeben wird.

Wir sind nicht eine Gruppe, sondern viele. Wir sind in eurer Stadt. Wir sind in jeder Stadt. Eure Unterdrückung stärkt nur unsere Komplizenschaft und Entschlossenheit.

– *Jane's Revenge*

Der Angriff geschah bereits einige Tage vor bekanntwerden des Kommuniqués. In einem Artikel von abolition-media hieß es dazu:

„Der Anschlag ereignete sich fast eine Woche nach dem Bekanntwerden des Entwurfs eines Urteils des Obersten Gerichtshofs, mit dem Roe v. Wade, die Entscheidung, die ein verfassungsmäßiges Recht auf Abtreibung festschrieb, gekippt würde.“

Das Leak hat deutlich gemacht, dass nur revolutionäre militante Aktionen die unterdrückten Gemeinschaften verteidigen können, denn das Justizsystem der Vereinigten Staaten geht immer mehr dazu über, offen faschistische, white-supremacist und patriarchale gesetzliche Einschränkungen zu erlassen.“

Positionspapier: Autonomie und Solidarität

Die in Schockstarre und Ohnmacht gefangene linke Szene hat auch nach zwei Jahren Corona-Pandemie noch keine Position gefunden, welche eine Antwort auf die staatliche Pandemiapolitik darstellt. Wir wollen hiermit eine anti-autoritäre, staatskritische, wissenschaftsbasierte und solidarische Position der Linken in der Coronakrise vorschlagen. Selbst wenn sich das Ganze jetzt dem Ende zuneigen sollte, wollen wir dazu anregen ein Resümee zu ziehen und die Rolle der Linken zu reflektieren. Gesundheitsschutz und Ablehnung von Autorität schließen sich dabei nicht aus. Man kann sehr gut autonom und solidarisch handeln anstatt fremdbestimmt und unsolidarisch. Dass „Menschen vor Corona schützen“ und „autoritäre Maßnahmen ablehnen“ einander ausschließen, ist ein konstruierter Gegensatz.

Die staatliche Gesundheitspolitik ist unsolidarisch, kapitalistisch und autoritär!

Es gilt zu realisieren, dass die Maßnahmen, die es gibt, nicht als gnädiger staatlicher Gesundheitsschutz angesehen werden können, sondern Ausdruck eines autoritären Staates sind, der eine Krisensituation zur Autoritarisierung ausnutzt. Der Staat ist nicht am Schutz unserer Gesundheit interessiert. Das äußert sich u.a. durch die aktuelle Untätigkeit im bewusst zerstörten Gesundheitswesen, durch die Verkürzung des Genesensstatus, die Nicht-Gültigkeit von Antikörpertests oder das Unterlassen jeglicher Maßnahmen zur Verbesserung der Raumluft. Die Krisenpolitik ist eine schwer einsehbare und alles andere als übersichtliche Politik. Von Masken-Deals bis zum Aussetzen kostenloser Schnelltests wirkten die staatlichen Maßnahmen weder beruhigend, noch folgten sie einem nachvollziehbaren, rationalen Plan. Das Gesundheitswesen ist staatlich geduldet und offensichtlich gewollt nicht auf Gesundheitsfürsorge und die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet, sondern auf Umsatzgewinne. Es wurden in der Pandemie über 5000 Intensivbetten meist aufgrund von

Personalmangel abgebaut. Kontaktbeschränkungen sind nicht primär für die Verhinderung von Fällen geeignet, sondern für die Verschiebung dieser bzw. zur Verhinderung von Kapazitätsüberlastungen („flatten the curve“). Eine staatlich verordnete Impfpflicht widerspricht unseren Vorstellungen von einer selbstbestimmten Gegenwart und autonomen Entscheidungen über das eigene Leben und der Gesundheit. Nur weil eine Impfung einen persönlichen Schutz bieten kann, bedeutet das nicht, dass dieser Schutz die Motivation von Politiker*innen ist. Anzunehmen, dass die systemisch bedingten profitorientierten Unternehmen in Kooperation mit dem Staat nichts anderes als unser gesundheitliches Wohlbefinden im Fokus haben, ist schlichtweg naiv.

Autoritarisierung als Gefahr

Mit Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 beobachteten wir, wie die Autoritarisierung, Überwachung und digitale Kontrolle sehr vieler Lebensbereiche eine Beschleunigung erfuhren. Wir mussten mitansehen, wie Staat und Gesellschaft durch Lockdowns, nächtliche und tägliche Ausgangssperren, 3G, 2G, 2G-Plus-Regelungen, Registrierungsapps, Tracing-Apps, Impfausweisapps und Pflichten zur Datenherausgabe und Nachweisen gegenüber Behörden/Polizei immer weiter ins offen autoritäre glitten. Wir sehen seither, dass sich digitale und analoge Kontrollmethoden weiter im Alltag verfestigen. Wir bekamen mit, wie der Datenschutz und die Privatsphäre der Menschen von weiten Teilen der Politik zum Feindbild erklärt wurden. Wir hörten, wie der Überwachungskapitalismus „Lösungen“ versprach, deren Beiträge zur Pandemiebekämpfung bestenfalls fragwürdig schienen aber die zu noch mehr Kontrolle und Überwachung beigetragen hätten. Wir erlebten, wie technische Infrastrukturen und gesetzliche Grundlagen zur Kontrolle und Überwachung von Staat und Privatunternehmen vorangebracht wurden, die unter anderen Umständen vermutlich auf größere Widersprüche und Widerstände

ren Hausdurchsuchungen gegen Antifas in Baden Württemberg gehen bei einer Bullenwache in Rommelshausen die Scheiben zu Bruch. **05.04.:** In Hannover geht SUVs die Luft aus. Die Aktion erfolgte anlässlich der Veröffentlichung des dritten Teils des neuen IPCC Berichts. **06.04.:** In Berlin wird die Landesvertretung NRW mit Farbe verschönert. #Lützbleibt **07.04.:** In Bern werden drei Mitarbeiter der Führungsebene des Sicherheitsdienstleisters Securitas zu Hause besucht und Botschaften an ihren Fassaden hinterlassen. Securitas „schützt“ unter anderem in Knästen und Geflüchteten-Unterkünften. Mitarbeiter*innen sind regelmäßig in Misshandlungen und sogar Tötungen der Insassen verwickelt. **07.04.:** In Bremen werden die militaristischen Akteure Rheinmetall, Bundeswehr und Zoll mit Steinen und Buttersäure angegriffen. **07.04.:** In Berlin charlottenburg gibt es antimilitaristische Adbustings. April: In Frankfurt am Main wird das Büro der Bullen-Gewerkschaft GDP vor dem diesjährigen 1. Mai mit einen großen ACAB Schriftzug

gestoßen wären, nun aber in der Krise weitgehende gesellschaftliche Akzeptanz fanden. Wir fühlten uns dabei immer wieder an Naomi Kleins Werk zur Schockstrategie erinnert.

Mit den Plänen zur Einführung der Corona-Warn-App sahen wir dabei schon sehr früh, wie unter anderem der deutsche Staat versuchte, eine ursprünglich zentralisierte Tracking-App zu erschaffen. Diese hätte z.B. einen sozialen Graphen der gesamten Bevölkerung erschaffen können. Immerhin führte das im Frühjahr 2020 noch zu Widerständen in Teilen der Öffentlichkeit, darunter von nicht wenigen Linken und linksradikalen Gruppen. Die Einführung von digitalen Test- und Impfausweisen, die seitdem ständig in Kombination mit Identitätsdokumenten kontrolliert und abgescannt werden und zum Einlass- und Ausschlusskriterium wurden, führte kaum ein Jahr später zu weitaus weniger Widerspruch in der Gesellschaft. Wenig überraschend war dann, dass Polizeibehörden auf die Datentröge der Luca-App zugriffen. Und zwar unabhängig davon, ob ihnen das gesetzlich erlaubt war oder nicht. Denn wenn Daten einmal gesammelt worden sind und irgendwo zur Verfügung stehen, wird auch von allen möglichen Seiten irgendwann darauf zugegriffen. Forderungen nach gesetzlichen Erlaubnissen lassen dabei meist nicht lange auf sich warten. Und selbst wenn einige der digitalen Kontroll- und Überwachungswerkzeuge wie die Luca-App doch wieder verschwinden, so könnte die Gewöhnung an Kontrollen und „freiwilligen Zwang“ zur Nutzung von ähnlichen Werkzeugen lange überdauern.

Auch an die Impfkampagnen und Debatten um Impfpflichten waren und sind weitergehende Kontrollvorhaben geknüpft, die wir ablehnen. Impfungen als hilfreich und empfehlenswert zu sehen, steht auch nicht im Widerspruch zur Ablehnung von Pflichten und direkten oder indirekten Impfpflichten. Dass Akteur*innen des Überwachungskapitalismus wie die Konzerne um „ID2020“, die Bundesdruckerei, der Rüstungskonzern Thales oder IBM über Impfkampagnen und Impfpässe digitale Identitäten, Zertifikate und biometrische Verifizierungs- und Überwachungsprodukte ausrollen wollen, zählt zu den gut belegbaren, von den jeweiligen Seiten sogar offen kommunizierten Fakten. Dass dystopische Vorhaben, wie solche errichtet werden, nicht als Dystopie sondern im besten „Tech-Solutionismus“-Sprech als Hilfe mit den bestmöglichen Absichten beworben werden, überrascht uns nicht, denn so funktioniert (Überwachungs-)Kapitalismus nun mal. Auch staatlicherseits war die Impfkampagne früh mit weitergehenden Kontrollvorhaben verbunden. So sollten mit dem Gesetz und Vorschlägen zur Impfpflicht auch polizeiliche Kontrollen von Gesundheits- und Identifizierungsdaten eingeführt werden. Eine indirekte Mitführungspflicht des Personalausweises drohte ebenfalls. Mehr noch steht die Erstellung eines Impfregisters nach wie vor im Raum das zu einem zentralen Gesundheitsregister werden könnte. Diesen „bestmöglichen Absichten“ des Staates vertrauen wir nicht.

Die zunehmende Verschmelzung von Staaten und Konzernen und die Digitalisierung verändern die Realitäten von Arbeit und Alltag, die Rollen von Staat, Gesellschaft und vom Individuum. Wir sollten Begriffe wie „Fortschritt“ kritischer hinterfragen und uns nicht mit vermeintlichen „Alternativlosigkeiten“ abfinden. Wir brauchen eine kritische, differenzierende Auseinandersetzung mit dem Begriff der Verschwörungstheorie. Und als Mindestanspruch müssen wir gegen digitalen und zunehmend offen autoritär auftretenden Kapitalismus auftreten, welcher in seiner jetzigen Form übergreifiger und unmenschlicher wird. Kämpfen wir für den Erhalt von Freiräumen!

Nachhaltiger Gesundheitsschutz

Da der Staat offensichtlich nicht an dem Schutz unserer Gesundheit interessiert ist, müssen wir uns fragen, wie wir einen solidarischen Gesundheitsschutz schaffen wollen bzw. welche Forderungen effektiv wären. Wissenschaftlicher Konsens ist es, dass Corona nicht verschwinden wird, und wo Kontaktbeschränkungen nur verschieben können, brauchen wir weiterhin nachhaltigen und solidarischen Gesundheitsschutz. Dass seit den 2000ern jährlich Krankenhausbetten abgebaut und Krankenhäuser geschlossen werden, sowie die Tatsache, dass Menschen im Gesundheitssektor unterbezahlt und unter schlechten Arbeitsbedingungen zur Profitrendite einzelner Großverdiener*innen arbeiten müssen, ist Ausdruck der Neoliberalisierung des Gesundheitssektors und hauptsächlich für die Überlastung von Intensivstationen verantwortlich. Nachhaltiger Gesundheitsschutz würde bedeuten, Interventionen gegen die Kapitalisierung des Gesundheitssystems in den Mittelpunkt zu stellen, ebenso die damit verbundenen Kämpfe des Gesundheitspersonal um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn. Zugleich muss sichergestellt werden, dass Menschen, für die Corona eine Gefahr darstellt, sich unabhängig von Einkommen, Klasse oder Herkunft schützen können. Neben kostenlosen PCR-Tests und Masken gehört dazu auch ein jährliches Impfangebot im August/September. Auch ein Bewusstsein für die Übertragungswege von Coronaviren über Aerosole sowie die damit verbundene Verbesserung der Raumluft fehlen. Indien und Südafrika haben den sogenannten „Trips Waiver“ Antrag gestellt, in dem die Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte auf Covid-19-Technologien für den Zeitraum der Pandemie gefordert wird. Seit über einem Jahr stimmt Deutschland diesem Antrag nicht zu und verhindert somit eine Verteilung des Impfstoffes weltweit. Wir sollten die Konzerne in die Mangel nehmen und konsequent eine Aufhebung der Impfpatente fordern.

Unteilbare Solidarität

Solidarität darf nicht nur selektiv die von Coronaviren gefährdeten Menschen einschließen, sondern genauso auch von Maßnahmen Betroffene. Die Maßnahmen haben sowohl psychische Krankheiten ausgelöst oder befördert als auch Armut verstärkt und Existenzen zerstört. Generell ist

verziert. **12.04.:** In Ulm geht SUVs die Luft aus. **13.04.:** In Grenoble/Isère geht ein Spie Fahrzeug in Flammen auf. In Gedanken bei Boris und Flo. Solidarität mit den anarchistischen Gefangenen. **14.04.:** In Dresden wird die Wurzelküche entglast. Sie dient als Treffpunkt für völkische Siedler*innen, Verschwörungsgläubige und Anhänger*innen der Anastasia Bewegung. April: In München erfasst die Wut über die geplante Stadtautobahn A99 durch den Hasenberg auch den Osterhasen. Kurzenschlossen schreitet er zur Tat und platziert ein Dutzend Farbeier auf der Fassade der dort ansässigen BMW-Welt. **15.04.:** In Berlin wird ein Gebäude der Sanus AG mit Steinen und Farbe angegriffen. **16.04.:** Bei Podiumsdiskussion mit AfD-Beteiligung in Lübeck gibt es Feueralarm und platte Reifen. **19.04.:** Sechs Monate nach der Räumung des Köpi-Wagenplatzes wurde am 15. April der Platz für einige Stunden wieder besetzt. Vor dem Gelände versammelten sich mehr als 100 Unterstützerinnen. Am Abend räumte die Polizei das Gelände jedoch

die Corona-Politik eine zutiefst unsoziale Politik, durch die gesellschaftliche Ungleichheiten massiv verschärft werden: In den letzten zwei Jahren hat das globale Arm-Reich-Gefälle drastisch zugenommen. Von einer internationalen „Krise der Frauen“ ist zudem die Rede – in ökonomischer ebenso wie in gesundheitlicher Hinsicht, wobei der Anstieg genderbasierter Gewalt ebenfalls eine Rolle spielt. Besonders in Deutschland wurden die Rechte von Kindern und Jugendlichen stark beschnitten, Schüler*innen und Student*innen aus weniger privilegierten Milieus im Bildungssystem weiter abgehängt, während Menschen in Alten- und Pflegeheimen seit fast zwei Jahren sozial isoliert leben – und sterben! – müssen. Inflation und stark erhöhte Strompreise treffen nun vor allem diejenigen, die über wenige finanzielle Ressourcen verfügen. Kontinuierlich schreitet die Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten voran, indem etwa Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall vom Corona-Impfstatus abhängig gemacht werden. Grundsätzlich zeigt sich: Je marginalisierter Menschen sind, desto heftiger treffen sie die „Maßnahmen“. So wurden im Zuge der Lockdowns ganze Wohnblocks abgeriegelt, in denen Menschen in prekären Verhältnissen leben, Geflüchtete auf „Quarantäneschiffen“ festgehalten oder in den Sammelunterkünften weiter segregiert. Die später geltenden 2G/3G-Regeln begünstigten Racial Profiling und bedeuteten eine zusätzliche Bedrohung für Menschen ohne Ausweispapiere. Zuletzt hatten zahlreiche Obdachlose und Geflüchtete kurzfristig sogar ihren Impfstatus verloren. Diese Maßnahmen und ihre Folgen sind als unsolidarisch abzulehnen und zu hinterfragen. Eine echte solidarische Position muss sich von Lockdowns und 2G/3G-Regelungen verabschieden und richtigen Gesundheitsschutz fordern.

Solidarität ist unteilbar!

In welcher Gesellschaft wollen wir leben

Die vielen kleinen und größeren Maßnahmen, Gesetze, Vorschriften, Lizenzen, Identitätsnachweise und Formulare, schrittweise eingeführt mit den Verweis auf ihre Rationalität, formen ein immer straffer werdendes Gehäuse der Hörigkeit. Mit jeder neuen Regel, jeder neuen Verordnung und jeder Beschneidung der individuellen Handlungsfreiheit verliert der Mensch ein Stück seiner Menschlichkeit. In der Corona-Pandemie haben die Zertifizierung, die Kontrollen und das Misstrauen gegenüber den Menschen zugenommen. Überall wird man kontrolliert, kategorisiert und durchnummeriert, muss sich ausweisen und beweisen. An jeder Straßenecke und in jeder Institution des öffentlichen Lebens werden Menschen gezwungen zu kontrollieren, sich kontrollieren zu lassen, dabei ihre Daten offenzulegen, und wenn eine*r (z.B. kein Pass) sich nicht einfügt, wird er*sie ausgeschlossen. Wer anders sein will, nonkonform, oder die Autorität in Frage stellt, gilt als unangepasst und als Außenseiter. Es braucht ein System, welches von unten nach oben organisiert ist, von den Rändern zum Zentrum hin. Ein System freier Menschen, die freiwillig zusammenkommen, um ihre Probleme zu lösen. Ein System, in dem sich

jeder Mensch frei entfalten und solidarisch mit seinen Mitmenschen leben kann. Die Corona-Politik hat genau das Gegenteil vermittelt und normalisiert. Die Träume von Dezentralisierung und Selbstverwaltung, von Mutualismus, von einer Gesellschaft ohne Monopole, offenen Grenzen und der Auflösung des Arbeitnehmer-Monopols rücken durch die Corona-Politik in immer weitere Ferne. In einer idealen Gesellschaft sind Konsens und Freiwilligkeit, sowie das Recht am eigenen Körper, unverzichtbar.

Umgang mit Maßnahmenkritik/Querdenken

Die „maßnahmekritische Bewegung“ besteht zum größten Teil aus einem (klein-)bürgerlich-unpolitischen Milieu. Dieses Milieu kann man als Maßnahmenverlierer*innen bezeichnen. Von Rechtsextremen gibt und gab es taktische Überlegungen, die Bewegung zu übernehmen, um eigene Propaganda zu verbreiten und die Menschen zu radikalieren. Dabei inszenieren sie sich ganz bewusst als Nicht-Nazis.

Gegendemonstrationen bzw. das Abwerten der Bewegung mit politischen Kampfbegriffen wie „Coronaleugner*innen“ (wohl kaum eine*r leugnet Corona) oder Ableismus sind absolut nicht dazu geeignet, diesem Phänomen zu begegnen. Gegendemonstrationen sind letztlich nicht nur staatstragend und verteidigen die absolut desaströse Politik, sie setzen auch nicht an der Wurzel des Problems, sondern nur an den Symptomen an. Es gab und gibt so viele Änderungen und moralische Erwartungen an das „Solidarisch“-Sein, da ist es nicht verwunderlich, dass Menschen dies hinterfragen. Die jahrzehntelange kapitalistische Gesundheitspolitik gegen ärmere Schichten hat dazu beigetragen, dass jene Schichten oft dem Gesundheitssystem nicht mehr vertrauen.

Eine Kooperation mit der Querdenken-Bewegung aus der Hoffnung heraus, man könne – wie in Frankreich – die Bewegung von links übernehmen und das revolutionäre Potential nutzen, ist derweil nicht nur absolut illegitim, da man so mit knallharten Faschos, neuen Rechten gemeinsam demonstrieren müsste. Sie wäre auch absolut ineffektiv, weil die Bewegung schon so mit Faschos durchgesetzt ist, dass wir einfach zu wenige wären. Im Gegenteil, den Faschos würde es am meisten schaden, eine staatskritische linke Position in die Öffentlichkeit zu tragen und die bürgerlichen und linken Maßnahmenkritiker*innen von ihnen weg zu ziehen.

Was es zu tun gibt

Wir stellen uns gegen:

- unsolidarische, aufschiebende Maßnahmen zu Lasten von Armen und Marginalisierten
- Überwachung, Kontroll- und Ausschlussmechanismen durch digitale Zertifikate und ähnliche Instrumente
- die symbolische, autoritäre Impfpflicht
- Verschwörungstheorien

erneut. **22.04.:** Bagger Boom! In Solidarität mit dem besetzten Fecherwald wird ein Bagger und ein Bohrer der Firma geomer Kampfmittelbergung angezündet und andere Zerstörungsmittel vernichtet. **23.04.:** Im Tagebau Jänschwalde werden auf einer Länge von fast 500 Metern etwa 20 Löcher in mehrere Wasserleitungen gebohrt. **23.04.:** In Exarchia in Athen wird ein Fahrzeug der Knastprofiteure der Firma KONE mit Feuer angegriffen. **25.04.:** In Karlsruhe werden die Türschlösser und Briefkästen der Parteibüros von CDU, FDP, SPD und den Grünen mit Nadeln, Sekundenkleber und Bauschaum unbrauchbar gemacht. **27.04.:** Nachdem die türkische Armee eine erneute Offensive gegen die PKK-Guerilla und ezidische Volksverteidigungseinheiten im Irak gestartet hat wird das US-Konsulat in Zürich mit Hämmern angegriffen und ein „Smash Nato!“ Schriftzug hinterlassen. „Vergessen wir das nie, jede Bombe die über den nordirakischen Bergen derzeit abgeworfen wird – ob konventionell oder mit Giftgas – benötigt und bekommt das grüne Licht

– Autoritarisierung des kapitalistischen Staates

Wir sind für:

- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne für Gesundheitspersonal
- ein auf Gesundheit ausgelegtes Gesundheitssystem und die Freigabe von Impfstoffpatenten
- kostenlose Schutzmöglichkeiten für jede*n und Verbesserung der Lufthygiene
- unteilbare Solidarität sowohl mit jenen, die von Corona betroffen sind, als auch mit Maßnahmenverlierer*innen
- eine konsequent antiautoritäre, staatsablehnende Haltung

Gruppe Autonomie und Solidarität

(Wir sind eine autonome Gruppe von Antiautoritären, die sich im Laufe des vergangenen Jahres zusammengefunden hat. Uns eint unsere Kritik und Ablehnung des staatlichen Umgangs mit der Corona-Pandemie. Mehr noch aber hat uns das Verhalten der linken und linksradikalen, in Teilen auch anarchistischen Szenen und einiger Antifa-Gruppen in Deutschland während der Pandemie erschrocken und entsetzt. Daher haben wir uns Gedanken dazu gemacht, wie wir aufzeigen können, was alles schiefgelaufen ist, welche Kritikpunkte und Gefahren wir sehen und welche Perspektiven und Positionen wir bei so vielen Genoss*innen in den letzten zwei Jahren vermisst haben. Herausgekommen ist eine Reihe von Texten, die wir aus unseren unterschiedlichen Perspektiven individuell verfasst haben und nun gemeinsam veröffentlichen möchten.

Zur Reflexion und zum Verfassen unserer Gedanken haben wir einige Zeit benötigt. Schlussendlich kamen wir ins Grübeln, ob unsere Positionen überhaupt noch eine Aktualität besitzen und ihre Veröffentlichung überhaupt noch notwendig und hilfreich ist. Wir kamen jedoch schnell zu dem Schluss, dass das alles noch immer der Fall ist. Auch wenn der Umgang mit der Corona-Pandemie nicht mehr, das Thema innerhalb der Medienlandschaft und gesellschaftlichen Debatten sein mag; wenn vormalige Reizthemen in der deutschen Linken, wie der Umgang mit „Querdenken“, „Schwurbel“ und „ZeroCovid“ zunehmend an Bedeutung verlieren mögen; wenn das autoritäre Handeln des Staates in einigen Bereichen von diesem wieder zurückgefahren und der Umgang mit der Pandemie routinierter geworden zu sein scheint und sich nicht zuletzt ein paar unserer Befürchtungen vorübergehend oder vielleicht endgültig nicht bewahrheitet haben – die Corona-Krise und ihre Folgen für die Gesellschaft und die Linke sind längst nicht überwunden und wird viele von uns noch lange beschäftigen.

Zum einen könnten einmal eingeführte autoritäre Praktiken noch lange erhalten bleiben oder rasch auch unter geringeren Umständen wieder eingeführt werden. Der Staat und Teile der Gesellschaft haben sich daran

gewöhnt, mit der pauschalen Einschränkung von Freiheitsrechten und anderem autoritären Vorgehen, statt mit gezielten und nachhaltigen Lösungen, Probleme und Krisen wie die Pandemie anzugehen. Corona ist nicht die einzige gegenwärtige Krise und wird auch leider nicht die letzte gewesen sein: Die Klimakrise, die Folgen von Inflation, von wachsender Armut und Ungleichheit, die voranschreitende Ausbeutung von Menschen und Umwelt, daraus resultierende Fluchtursachen, Proteste, Aufstände, Bewegungen verschiedener politischer Spektren und Ideologien, der digitale Überwachungskapitalismus, eine zunehmende Militarisierung und permanente Kriege – das sind bereits gegenwärtige Realitäten und sie drohen zu einer noch dystopischeren Zukunft zu werden, wenn sich der „Ausnahmestand als Normalzustand“ für die Herrschenden erweisen sollte. In Politik, Teilen der Gesellschaft und für den Staat könnten sich weitere Tendenzen zum offenen Autoritären gegen einen befürchteten Kontrollverlust, zur Verwaltung des Elends und zur Wahrung eines Gefühls von Sicherheit und Effizienz, ja letztlich zum Erhalt des herrschenden Systems verstärken und sich aufgrund ausbleibender solidarischer und antiautoritärer Perspektiven ohne Widerstände von Links durchsetzen. Schon jetzt drohen einige eingeführte autoritäre Maßnahmen des Staates nicht mehr von diesem zurückgenommen zu werden. Ähnlich wie nach den Anschlägen seit dem 11. September 2001 könnten nun unter der Begründung der „Biosicherheit“ oder der „Alternativlosigkeit“; Maßnahmen erhalten bleiben und über ihren ursprünglich verkündeten Zweck erweitert werden, auch nachdem der Anlass ihrer Einführung einmal weit zurück liegen wird. Dies umfasst nicht nur jene sogenannte „Basisschutzmaßnahmen“, von denen manche ein sinnvoller Schutz sein mögen, sondern auch Behördenbefugnisse, digitale Überwachungstools, erhobene Datenschätze, absehbare Gesetzesvorhaben und gesellschaftlich normalisierte Verhaltensweisen und Affekte des einstigen Ausnahmestandes. In der gegenwärtigen Debatte scheinen Themen wie weitere Impfpflichten, Impfregister, digitale Zertifikate und neue Lockdowns mit Ausgangssperren zumindest noch längst kein endgültiges Ende gefunden zu haben

In keinem Fall sind die sogenannten „Kollateralschäden“ der Krise überwunden. Auch wenn sie zum Teil längst nicht im ganzen Ausmaß erfasst wurden und oftmals „unsichtbare Leiden“ sein mögen, verschwinden die in der Corona-Krise entstandenen psychischen und sozialen Probleme der Menschen nicht einfach so. Sie dürfen auch nicht anderen Ursachen zugeschrieben, verdrängt oder marginalisiert werden. Mit unseren Texten wollen wir auch daran erinnern, dass Linke schlichtweg in der Verantwortung stehen, dieses Thema konstruktiv anzugehen. Auch der Umgang mit verschiedenen (bürgerlichen / rechten) Protestbewegungen in der Corona-Pandemie soll hinterfragt und konstruktivere Alternativen aufgezeigt werden. Und schließlich sollen unsere Texte, die wir in den nächsten Wochen jeden Samstag/samstäglich veröffentlichen möchten, vor allem ein Angebot an alle Leser*innen sein. Auch wenn unsere Positionen vielleicht provokante und kontroverse Stellen enthalten mögen, sollen sie weder unversöhnliche Abrechnungen noch herablassende Belehrungen sein. Wir

der USA.“ **28.04.:** Ein Feministische Autonome Zelle legt in Frankfurt drei Vonoviafahrzeuge tiefer und lässt einen Transporter in Flammen aufgehen. **28.04.:** In Schondorf wird der AfDler Lars Haise geoutet. **28.04.:** In Leipzig wird die Alte Handelsbörse mit roter Farbe angegriffen, dort wollen mit dem „Bundesverband Lebensrecht“ fundamentale AbtreibungsgegnerInnen / Frauenfeinde einen Kongress abhalten. **29.04.:** In Oberursel bei FFM wird die Verwaltungsschule der Bundesagentur für Arbeit mit Steinen angegriffen. In **30.04.:** In Berlin wird ein ehemaliges Hostel besetzt. Die Besetzer*innen forderten eine selbstverwaltete Unterkunft für Geflüchtete in den Räumen. **30.04.:** In Stuttgart wird das SPD Büro besucht und die Fassade rot eingefärbt, denn die SPD hat sich, wenig überraschend, wieder einmal für den Kriegskurs entschieden. **30.04.:** In Stuttgart wird die Denizbank Filiale in der City mit Farbflaschen in gelb, rot, und grün eingefärbt - ein Zeichen praktischer Solidarität mit der kämpfenden Widerstandsbewegung in Kurdistan und

erheben auch nicht den Anspruch, dass unsere Positionen der Weisheit letzter Schluss sind. Vielmehr wollen wir damit zur kritischen Reflexion der Entwicklung der vergangenen Jahre anregen und erhoffen uns nicht zuletzt, somit auch zur Selbstreflexion der Leser*innen beizutragen. Wir erhoffen uns, dass sie zu kritischen Diskussionen und/oder zum Hinterfragen von etablierten Positionen, eigenen Privilegien und Selbstverständnissen der Leser*innen anregen können. Schlussendlich möchten

wir auch aufzeigen, wie ein Umgang mit der Pandemie möglich gewesen wäre, der statt autoritärem Handeln und dessen Einforderung durch die Gesellschaft, lieber Wege der Autonomie und echte Solidarität in der Krise anstrebt. Denn in einer Sache sind wir uns besonders einig: Das, was in den letzten zwei passiert ist, möchten wir nie wieder erleben.

so das war es. danke fürs lesen, solltet ihr soweit gekommen sein :D)

Lehrstück Philippinen

Warum Linke verlieren und Diktatoren siegen

Der Sohn eines verhassten Diktators siegt bei den philippinischen Wahlen. Das Scheitern des Liberalismus hat den Autoritarismus populär gemacht. Doch die unvermeidlichen Krisen des Marcos-Duterte-Regimes bieten Chancen für eine progressive Organisation.

Als progressiver Aktivist bin ich bestürzt über die erdrutschartige Wahl von Ferdinand Marcos Junior, dem Sohn des ehemaligen Diktators, bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen. Aber als Soziologe kann ich die Gründe dafür verstehen.

Ich spreche nicht von der beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlfunktion von mehr als 1.000 Wahlmaschinen. Ich spiele nicht auf die massive Freigabe von Milliarden von Pesos für den Stimmenkauf an, die die Wahlen 2022 zu einer der schmutzigsten der letzten Jahre machten. Ich denke auch nicht an die jahrzehntelange Online-Desinformationskampagne, die die Alptraumjahre des Kriegsrechts während der Herrschaft des älteren Marcos in ein „goldenes Zeitalter“ verwandelt hat.

Zweifellos hat jeder dieser Faktoren eine Rolle bei dem Wahlergebnis gespielt. Aber 31 Millionen Stimmen mehr - 59 Prozent der Wählerschaft - sind einfach zu viel, als dass man sie ihnen allein zuschreiben könnte.

Die Wahrheit ist, dass der Sieg von Marcos weitgehend ein demokratisches Ergebnis im engeren Wahlsinne war. Die Herausforderung für Progressive besteht darin, zu verstehen, warum eine überwältigende Mehrheit der philippinischen Wähler dafür stimmte, eine räuberische Familie nach 36 Jahren wieder an die Macht zu bringen.

Wie konnte die Demokratie ein solch eigenwilliges Ergebnis hervorbringen?

Autoritarismus ist populär

Egal wie ausgeklügelt die Internetkampagne war, sie hätte wenig Wirkung gezeigt, wenn es nicht bereits ein aufnahmefähiges Publikum dafür gegeben hätte. Zwar fand die revisionistische Botschaft von Marcos auch in der Mittel- und Oberschicht Unterstützung, doch in absoluten Zahlen bestand diese Gruppe überwiegend aus der Arbeiterklasse. Es handelte sich auch weitgehend um ein junges Publikum, von dem mehr als die Hälfte entweder während der späten Phase des Kriegsrechts noch Kinder waren oder nach dem Aufstand von 1986 geboren wurden, der Marcos stürzte - besser bekannt als die „EDSA-Revolution“ (gewaltlose Bürgerprotestbewegung auf den Philippinen).

Diese gesellschaftliche Gruppe hat keine direkten Erfahrungen mit den Marcos-Jahren. Was sie jedoch persönlich erlebten, war die Kluft zwischen der extravaganten Rhetorik der demokratischen Wiederbelebung, einer gerechten sowie egalitären Zukunft des EDSA-Aufstands und der harten Realität der anhaltenden Ungleichheit, Armut und Frustration der letzten 36 Jahre.

Diese Kluft kann als „Heuchelei-Kluft“ bezeichnet werden, die jedes Jahr, in dem das EDSA-Establishment den Aufstand am 25. Februar feierte oder die Verhängung des Kriegsrechts am 21. September betrauerte, zu immer größerem Unmut führte. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, kann die Marcos-Wahl vor allem als Protestwahl interpretiert werden, die bei den Wahlen 2016, die Rodrigo Duterte zur Präsidentschaft verhalfen, erstmals auf dramatische Weise zum Vorschein kam.

Auch wenn die Motivation wahrscheinlich unausgegoren und diffus gewesen sind, die Wahl für Duterte und das noch größere Votum für Marcos wurden von einem weit verbreiteten Unmut über die anhaltende Ungleichheit in einem Land angetrieben, in dem weniger als fünf Prozent der Bevölkerung über 50 Prozent des Reichtums besitzen. Es war ein Protest gegen die extreme Armut, in der 25 Prozent der Menschen leben, und

als Beispiel dafür, dass die kapitalistische Kriegsmaschine der Türkei international angreifbar ist. 30.04.: In Waiblingen findet eine unangemeldete 1. Mai Vorabend Demo statt. 30.04.: In der Nacht auf den 1. Mai werden in Berlin Warenlager von Gorillas, flink und getir angegriffen. 01.05.: In Oldenburg wird anlässlich des 1. Mai die Vonovia Filiale besucht: Sprühfarbe, Bitumen und verklebte Schlösser hinterlassen einen bleibenden Eindruck. 01.05.: Im Berliner Bonzenviertel Grunewald werden SUVs stillgelegt, indem die Luft aus den Reifen gelassen wird. 01.05.: In Wuppertal läuft eine unangemeldete Demo zum 1. Mai. 01.05.: In Finsterwalde werden zum 1. Mai Banner gegen ein System voller Ausbeutung und Unterdrückung aufgehängt. 02.05.: In Leipzig wird als Teil der Kriegslogistik in Europa ein Funkmast der DB angezündet. 02.05.: In Kiel wird Martin Kammler, Geschäftsführer der Kieler AfD-Ratsfraktion zu Hause besucht. 03.05.: Zwei Strommasten, die der Versorgung der Urananreicherungsanlage von Urenco dienen, werden besetzt

gegen die Armut im weitesten Sinne, die etwa 40 Prozent der Menschen in ihren Fängen hält.

Die Fehler der Linken und die Trollmaschinerie der Marcos-Anhänger

Es war ein Protest

- gegen den Verlust von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und Lebensgrundlagen aufgrund der Zerstörung unseres Produktionssektors und unserer Landwirtschaft durch eine Politik, die uns von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation und den Vereinigten Staaten aufgezwungen wurde.

- gegen die Verzweiflung und den Zynismus einer arbeitenden Jugend, die in einer Gesellschaft aufwächst, in der die einzige Möglichkeit, einen anständigen Job zu bekommen, der es einem ermöglicht, im Leben weiterzukommen, darin besteht, ins Ausland zu gehen.

- gegen die täglichen Angriffe auf das Selbstwertgefühl durch ein miserables öffentliches Verkehrssystem in einem Land, in dem 95 Prozent der Bevölkerung kein Auto besitzen.

Es sind die Lebensumstände, die die meisten Wähler:innen aus der Arbeiterklasse direkt erlebt haben, nicht die Schrecken der Marcos-Zeit. Ihr persönlicher Groll machte sie empfänglich für die verführerischen Appelle einer Rückkehr zu einem fiktiven „Goldenen Zeitalter“.

Bei den Präsidentschaftswahlen richtete sich die ganze Wucht dieses Resentiments gegen den EDSA-Status-Quo auf Marcos' Hauptgegnerin, Vizepräsidentin Leni Robredo. Zu Unrecht, denn sie ist eine Frau von großer persönlicher Integrität.

Das Problem ist, dass Robredo in den Augen der Marginalisierten und der Armen, die Marcos gewählt haben, nicht in der Lage war, ihr politisches Image zu entkoppeln von der Liberalen Partei, dem konservativen neo-liberalen Makati-Business-Club, der Familie des ermordeten Benigno Aquino Junior, der Heuchelei in Bezug auf Korruption, die den Slogan von Benigno Aquino III „Wo es keine Korruption gibt, gibt es auch keine Armut“ zum Gegenstand des Spotts machte, und - vor allem - von dem verheerenden Versagen der 36 Jahre alten EDSA-Republik.

Die Rhetorik der „guten Regierungsführung“ mag bei Robredos Mittelschicht und Elite Anklang gefunden haben, aber für die Massen hatte sie den Beigeschmack der gleichen alten Heuchelei. Gute Regierungsführung klang in ihren Ohren ähnlich wie die Selbstdarstellung der Liberalen als „anständiges Leute“, was zu deren Niederlage bei den Wahlen 2016 und dem Aufstieg von Rodrigo Duterte führte.

Außerdem war die Marcos-Basis keine passive, träge Masse. Gefüttert mit Lügen durch die Marcos-Trollmaschinerie, lieferten sich sehr viele von

ihnen im Internet eifrige Kämpfe mit dem Robredo-Lager, den Medien, Historikern, der Linken - mit allen, die es wagten, ihre Gewissheiten in Frage zu stellen. Sie überschwemmt die Kommentarspalten von Nachrichtenseiten mit Pro-Marcos-Propaganda, viele davon Memes, die entweder Marcos verherrlichten oder Robredo auf unfaire Weise persiflierten.

Rebellion der Generationen

Dieser Protest gegen die EDSA-Republik hatte eine generationsübergreifende Komponente. Nun ist es nicht ungewöhnlich, dass sich eine neue Generation gegen das stellt, was der alten Generation lieb und teuer ist. Aber in der Regel rebellierte die jüngere Generation im Dienste einer Zukunftsvision, einer gerechteren Ordnung der Dinge.

Das Ungewöhnliche an den Millennials und der Generation Z der arbeitenden Massen war, dass sie sich nicht von einer Zukunftsvision inspirieren ließen, sondern von einem fabrizierten Bild der Vergangenheit - dessen Überzeugungskraft durch das verstärkt wurde, was Soziologen wie Nicole Curato die „toxische Positivität“ von Marcos Juniors Online-Persönlichkeit genannt haben. Er wurde durch Cyberchirurgie so rekonstruiert, dass er als normaler, ja gutartiger Mensch erschien, der einfach nur das Beste für alle wollte.

Von der Französischen Revolution über die Philippinische Revolution, die Chinesische Revolution, die weltweite Antikriegsbewegung der 1960er Jahre bis hin zum First Quarter Storm (linkserichtete politische Studentenbewegung der Philippinen in den 1970er Jahren, Telepolis) war es in der Regel die Linke, die die Vision bot, an die sich die Jugend klammerte, um ihrer Generationsrebellion Ausdruck zu verleihen.

Leider war die Linke im Falle der Philippinen einfach nicht in der Lage, diesen Traum von einer zukünftigen Ordnung, für die es sich zu kämpfen lohnt, anzubieten. Seit es ihr 1986 nicht gelungen war, den Lauf der Dinge zu beeinflussen, indem sie während des EDSA-Aufstands die Rolle des Zuschauers übernahm, hat es die Linke nicht geschafft, die Dynamik wiederzuerlangen, die sie während des Kriegsrechts für die Jugend so attraktiv machte.

Die Entscheidung der Linken, sich während des EDSA-Aufstandes bewusst ins Abseits zu stellen, führte Anfang der 1990er Jahre zur Zersplitterung der progressiven Bewegung. Darüber hinaus wurde der Sozialismus, der seit dem späten 19. Jahrhundert als Leuchtturm für Generationen gedient hatte, durch den Zusammenbruch der zentralisierten sozialistischen Bürokratien in Osteuropa stark beeinträchtigt.

Am schädlichsten war jedoch vielleicht das Versagen der politischen Phantasie. Der Linken gelang es nicht, eine attraktive Alternative zur neo-liberalen Ordnung zu bieten, die seit Ende der 1980er Jahre herrschte. Ihre

und Banner daran aufgehängt: „Urantransporte stoppen - Atomfabriken schließen“. 03.05.: In Bremen werden kapitalistische Profiteure angegriffen – verschiedenen Autos ging die Luft aus: Spie in der Neustadt, Dussmann in Gröpelingen, Ferchau in Walle, Immobilien Bremen in Walle, Allianz in Walle. 03.05.: In Stuttgart gibt es eine Banneraktion von kurdischen Aktivist*innen: Türkei bombardiert Kurdistan - Brecht das Schweigen - Defend Kurdistan! 03.05.: In Kassel wird der Wohnort des AfD Funktionärs Michael Werl mit Farbe angegriffen. 03.05.: In Lübeck gibt es ein kostenloses Tuning für das Auto von AfD-Direktkandidat Dirk Groß: Seine Karre wurde ein paar luftige Zentimeter tiefergelegt, zudem gab es eine kostenlose Bitumen-Lackierung. 04.05.: Anlässlich des German Overshoot Day werden in Hannover einige dutzend SUVs entwaffnet. 04.05.: In Pforzheim werden AfD Plakate mit roter Farbe markiert. 04.05.: Der Vorsitzende der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) Stefan Ehmke wird in Kiel an seinem

Präsenz wurde auf der nationalen Bühne auf eine Stimme reduziert, die die Versäumnisse und Missbräuche aufeinander folgender Regierungen beklagte.

Dieser Mangel an Visionen ging einher mit der Unfähigkeit, einen Diskurs zu entwickeln, der die tiefsten Bedürfnisse der Menschen aufgreift und zum Ausdruck bringt, indem man sich weiterhin auf gestelzte, formelhafte Phrasen aus den 1970er Jahren verlässt, die in der neuen Ära einfach nur als Lärm wahrgenommen werden. Hinzu kam der anhaltende Einfluss einer „avantgardistischen“ Strategie der Massenorganisation, die in einer Diktatur vielleicht angemessen gewesen wäre, aber nichts mehr mit dem Wunsch der Menschen nach echter Beteiligung in einem offeneren demokratischen System zu tun hatte.

Der Zeitgeist verlangte nach Gramsci, aber ein Großteil der Linken hielt sich an Lenin.

Dieser Avantgardismus in der Massenorganisation ging paradoxerweise mit einer Wahlstrategie einher, die die Klassenrhetorik herunterspielte, praktisch alle Bezüge auf den Sozialismus über Bord warf und sich damit begnügte, bei Wahlen ein kleiner Partner der konkurrierenden Fraktionen der kapitalistischen Elite zu sein. Sicherlich kann man die erheblichen staatlichen Repressionen, die gegen einige Teile der Linken ausgeübt wurden, nicht hoch genug einschätzen. Aber entscheidend war, dass die Linke in weiten Teilen der Bevölkerung als irrelevant oder, schlimmer noch, als lästig empfunden wurde, während die Erinnerungen an ihre heldenhafte Rolle während des Kriegsrechts verblassten.

Die Natur verabscheut das Vakuum, wie man so schön sagt. Als es darum ging, die Energie der jungen Generation der Arbeiterklasse in der späten EDSA-Periode einzufangen, wurde dieses Vakuum durch den Mythos der Marcos-Revisionisten gefüllt.

Die kommende Instabilität

Dies ist die Geschichte, vor deren Hintergrund sich die Wahlen 2016 und 2022 abspielten. Das Großartige an Geschichte ist jedoch, dass sie ein offenes Ende hat und weitgehend unbestimmt ist.

Wie ein Philosoph bemerkte, machen Frauen und Männer Geschichte, aber nicht unter Bedingungen, die sie selbst wählen. Die herrschende Elite mag danach streben, die Richtung der Gesellschaft zu bestimmen, doch das wird oft durch Widersprüche vereitelt, die den unterdrückten Schichten Möglichkeiten geben, sich einzumischen und die Richtung der Geschichte zu beeinflussen.

Das Marcos-Duterte-Lager verbarrikadiert sich derzeit hinter der Fassade des Aufrufs, „das Kriegsbeil zu begraben“. Wir können davon ausge-

hen, dass diese Strategie bis zum 30. Juni weiter wirken wird. Ab diesem Datum, wenn das neue Regime formell die Macht übernimmt, wird die Realität diese Bande jedoch einholen.

Die Marcos-Duterte-Allianz bzw. der Kreis mehrerer politischer Dynastien um die Marcos-Duterte-Achse, ist ein Zweckbündnis zwischen mächtigen Familien. Wie die meisten Allianzen dieser Art, die in der Aufteilung der Beute wurzeln, wird sie sich als sehr instabil erweisen.

Es würde nicht überraschen, wenn sich die Marcos und die Dutertes nach einem Jahr gegenseitig an die Gurgel gehen würden - etwas, das sich vielleicht schon dadurch andeutet, dass der gewählten Vizepräsidentin Sara Duterte der mächtige Posten der Leitung des Verteidigungsministeriums verweigert wird und sie stattdessen den relativ machtlosen Posten des Bildungsministerin erhält.

Dieser unvermeidliche Kampf um die Macht wird sich vor dem Hintergrund von Millionen von Menschen entfalten, die erkennen, dass sie nicht in das gelobte Land geführt wurden, in dem Milch und Honig fließen, der Kilo Reis 20 Pesos kostet, von Unordnung im Wirtschaftssektor, der immer noch an die Vetternwirtschaft der Jahre von Marcos Senior erinnert, und von Spaltungen im Militär, in dem Überstunden gemacht werden müssen, um die Unordnung einzudämmen, die durch die Rückkehr einer umstrittenen Dynastie ausgelöst wurde, zu deren Sturz das Militär selbst - oder eine Fraktion davon - 1986 beigetragen hat.

Aber das wahrscheinlich wichtigste Element in dieser volatilen Situation ist die Bevölkerung, tatsächlich Millionen, die entschlossen sind, einer Bande, die sich mit Betrug, Lügen, Diebstahl und Bestechung an die Macht gebracht hat, nicht die geringste Legitimität zu verleihen.

Mit ihrer Wahl für Marcos haben 31 Millionen Menschen für sechs Jahre Instabilität gestimmt. Das ist bedauerlich. Aber das ist auch der Silberstreif am Horizont eines ansonsten düsteren Szenarios. Einer der weltweit erfolgreichsten Organisatoren des Wandels sagte: „Es herrscht große Unordnung unter dem Himmel, aber, hey Leute, die Lage ist ausgezeichnet.“

Die unvermeidlichen Krisen des Marcos-Duterte-Regimes bieten Gelegenheiten, sich für eine alternative Zukunft zu organisieren. Und dieses Mal machen wir philippinischen Progressiven es besser richtig.

Walden Bello

[Walden Bello (geb. 1945 in Manila) ist ein philippinischer Soziologe und Politiker. Er ist Professor an der Universität der Philippinen und ein Globalisierungskritiker. Bello erhielt 2003 den sogenannten Right Livelihood Award, besser bekannt als alternativer Nobelpreis.]

Wohnort als rechter Akteur geoutet. 04.05.: In Heidelberg wird das Bullenrevier mit roter Farbe markiert. Zuvor war ein Mensch in Mannheim von den Folgen eines Polizeieinsatzes gestorben. 05.05.: Die Universität Sorbonne in Paris wird als Revolte gegen die Wahlen, den Aufstieg der extremen Rechten, die globale Umweltkatastrophe und den Neoliberalismus besetzt. 06.05. In Berlin gibt es Adbustingaktionen zum Polizeikongress. 07.05.: Die Räume der Identitären Bewegung in Ulm werden von Antifaschist*innen besucht - Kick them out! 08.05.: In Wuppertal werden AfD-Wahlplakate fachgerecht entsorgt. 08.05.: In Stuttgart wird ein Stand der Bundeswehr in einem Shopping-Center mit Farbe angegriffen. „Greifen wir die Bundeswehr an wo immer sie auftaucht – verhindern wir, dass sie neues Kanonenfutter anwerben kann.“ 12.05.: Um gegen das brutale Grenzregime der EU zu protestieren, wurde in der Nacht zum 12.05. eine Fußgängerzone in Aachen mit einem „Grenzzaun“ versperrt. 13.05.: In Berlin Lichtenberg wird der

Neuigkeiten zur ehemaligen Verdeckten Ermittlerin Astrid Oppermann

Dokumentation:

Als Verdeckte Ermittlerin hat Astrid Oppermann unter dem Tarnnamen Astrid Schütt von 2006 – 2013 in der radikalen linken Szene Hamburgs ermittelt. Bereits 2016 wurde sie öffentlich enttarnt. Damals wurde ihre private Adresse nicht veröffentlicht. Wir hingegen möchten hiermit diese Informationen ergänzen und veröffentlichen Astrid Oppermanns aktuellen Wohnort sowie einige ihrer gegenwärtigen Lebensgewohnheiten.

Zur Erinnerung...

Die LKA-Beamtin Astrid Oppermann hat unter einer Tarn-Identität jahrelang als Verdeckte Ermittlerin der Polizei in Hamburgs linker Szene agiert. Sie hat in unterschiedlichen Gruppen und Projekten mitgearbeitet, diese dabei ausspioniert und in politische Diskussionen aktiv beeinflussend eingegriffen. Um Erkenntnisse zu gewinnen, hat sie Menschen auf persönlicher Ebene betrogen und ausgenutzt. Für die Polizei Hamburg gehörte zur Arbeitsweise auch selbstverständlich das rechtswidrige Eindringen in private Wohnungen und die regelmäßige Anwesenheit bei persönlichen Treffen wie Geburtstagsfeiern, Kneipenrunden oder Festivals. Eine genaue Beschreibung ihres Einsatzes, der von ihr aufgebauten Tarnidentität und eine Übersicht über ihre Aktivitäten findet ihr im Link unter dem Text.

Home-Story – so lebt Astrid Oppermann heute...

Astrid Oppermann arbeitet weiterhin als Polizistin in Hamburg Alsterdorf, im Polizeipräsidium Hamburg, Bruno-Georges-Platz 1, in der Abteilung „Kriminalpsychologische Einsatz- und Ermittlungsunterstützung LKA 21“. An dieser Stelle erlauben wir uns eine kleine Spekulation: Es würde uns nicht wundern, wenn sie heute in einer Leitungsfunktion arbeitet und mit der Führung anderer Verdeckter Ermittler*innen betraut wäre. In jedem Fall hat sie durch ihre frühere Tätigkeit weiter Karriere gemacht.

Sie lebt allein im Stadtteil Winterhude in einem Mehrfamilienhaus im Maria-Louisen-Stieg 25, 3. Stock rechts. Vor ihrer Tür liegt eine spießige, mit dem Bild eines Comic-Schafs bedruckte Fußmatte. Ein kleiner Balkon findet sich auf der von der Straße abgelegenen Längsseite des Hauses. Dort macht sie es sich bei schönem Wetter gerne im Schein einer Lichterkette und mit einem Getränk gemütlich. Frische Luft ist ihr wichtig, nach vorne raus hat sie oft ein Fenster auf kipp stehen, auch wenn sie nicht zu Hause ist.

Im Sommer nutzt sie, gemeinsam mit ihrer Partnerin Kerstin, für Ausflüge aufs Land und insbesondere ans Meer einen VW-Bus T6 in Silber. Das Saisonkennzeichen von April bis Oktober lautet HH-E5150, die hintere Nummernschildhalterung zeigt einen St. Pauli Totenkopf in der Mitte und Regenbogenfarben rund herum. Bei gutem Wetter und für kurze Strecken z.B. zur Arbeit nutzt sie meist das Rad, ein eher unauffälliges dunkles

Mountainbike mit Diamantrahmen, mit tiefen Einstieg und Fahrradtasche an der linken Seite.

An einem normalen Wochenarbeitsstag steht Oppermann früh auf, schon zwischen 5.00 und 6.00 Uhr geht in ihrer Wohnung das Licht an. Zwischen 7.00 und 8.00 Uhr geht sie dann eine Runde Gassi mit „Elmo“, wenn genug Zeit ist im nahe gelegenen Stadtpark. Ihren verstorbenen Rauhaardackel „Spike“, mit dem sie während ihrer verdeckten Ermittlungstätigkeit unterwegs war, hat sie nach dessen etwas grausamen Tod einfach durch ein ähnliches Tier ersetzt. So ist das in der Konsumgesellschaft. Kurz vor 8.00 Uhr fährt sie los zur Arbeit, mit dem Rad über die Barmbeker Straße. Ihre Tage sind oft lang. Dann kommt sie erst spät nach Hause und geht relativ früh schlafen. Im Normalfall weit vor 24.00 Uhr.

Ein wichtiges Hobby ist das Joggen. Sie betreibt den Sport regelmäßig und ehrgeizig. Auf ihrer Joggingstrecke kann man sie in einer leuchtend gelben Laufjacke sehen, manchmal bereits morgens um 6.00 Uhr. Die Strecken sind variabel. Mal wird die Außenalster und der Osterbekkanal genutzt, aber auch die Straßen Winterhudes sind Teil der Laufstrecken. Ihren Puls und die Zeit kontrolliert sie dabei regelmäßig. In der Zeitschrift „Runners World“ präsentiert sie sich ausführlich im Rahmen eines Artikels mit Bilderstrecke als Läuferin mit Hund – diesen Eindruck können wir eher nicht bestätigen – wir haben sie primär alleine laufen sehen, während der Hund in der Wohnung blieb.

Eine weitere Passion ist das Spielen mit Lego. Sie baut große Lego-Sets für Erwachsene zusammen (z.B. den VW-Bus, das Baumhaus und die Dinoskelette), die sie nach dem Bau aufwendig für Fotos illuminiert und inszeniert. Diese postet sie dann auf Instagram (astrid.oppermann@pispistrello1981), genauso wie ihre Urlaubsfotos und ihr Essen. Geblieben ist ihre ausgeprägte Affinität zu Italien bzw. Sardinien. Sie zeigt sich in ihrer Vorliebe für italienische Küche und in der Erweiterung ihres großen Rückentattoos – der Umriss Sardinien mit der Flagge Sardinien.

Ihren Haarschnitt lässt sie sich im Salon „pure cut“ verpassen. Von ihr frequentierte Kneipen sind u.a. die Same Same Bar in der Alsterdorfer Straße, Bidges & Sons auf der Reeperbahn, Osteria da Vincenzo in der Ulmenstraße und Omas Apotheke in der Schanzenstraße. Gemeinsam mit ihrer Freundin geht sie gerne shoppen und treibt sich auf Flohmärkten herum, dabei meidet sie auch nicht die Nähe zu bekannten Szenevierteln und somit auch nicht die Möglichkeit auf ehemals von ihr Ausgespähte zu treffen. Sie geht außerdem gerne am Deich spazieren.

Zu ihrem äußeren Erscheinungsbild: Sie hat es in den letzten Jahren nicht stark verändert, ihre Kleidung ist weiterhin sportlich-casual. Sie trägt gerade geschnittene Jeans, Turnschuhe, Trainings- oder Outdoorjacken. In

Nazi Enrico Gase (JN) in seiner Nachbarschaft geoutet. **13.05.:** In Halle wird die Breite Straße 28 besetzt, nach dem der neue Eigentümer „Wohnprojekte Herold“ bereits alle Bewohner*innen rauschmeißen konnte. **14.05.:** In Berlin wird das Auto vom Sohn von Christopher Gröner, Millardär und Chef der Immobilienfirma CG-Gruppe angezündet. **15.05.:** Nach dem zweiten Mord durch die Bullen in Mannheim innerhalb von 8 Tagen wird in Karlsruhe das Bullenrevier mit Farbe markiert. **16.05.:** In Tübingen wird die rechte Burschenschaft Straßburger Germania mit Farbbeuteln angegriffen. **17.05.:** Das

beiden Ohrläppchen trägt sie auffällige schwarze Fleshtunnel. Sie hat eine schwarze Hornbrille und ein Augenbrauenpiercing.

Scheinbar musste sie sich in ihrer aktiven Szene-Zeit wenig „verkleiden“ und vergleichsweise auch etwas weniger „verstellen“, da sie selbst privat offenbar einen gewissen subkulturellen Habitus pflegt. Sie sympathisierte zumindest online auch mit einzelnen linken Inhalten – so postete sie z.B. entsprechend antirassistische Memes auf dem Höhepunkt der Black Lives Matter-Proteste.

Hamburg hat eine lange unrühmliche Geschichte, was den Einsatz von verdeckten Ermittler*innen in linken Szenen anbelangt. Einige von ihnen wurden in den letzten Jahren enttarnt und die rechtswidrige Vorgehensweise der Behörden von autonomen Recherchegruppen offengelegt. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass einige der Verdeckten Ermittler*innen sogar so weit gingen, sexuelle Beziehungen mit den Menschen einzugehen, die sie ausspähten. Ein Vorgehen, das an Widerwärtigkeit kaum zu überbieten ist. In der bürgerlichen Presse wurden diese Einsätze eher reißerisch und wenig empathisch den Betroffenen gegenüber thematisiert. Deutlich anders verläuft die Debatte in Großbritannien, wo es in den letzten Jahrzehnten ebenfalls zu einem inflationären Einsatz von Verdeckten Ermittler*innen kam (bekanntester Fall: Marc Stone/ Kennedy). Doch immerhin sind dort sexuelle Beziehungen von Beamten*innen zu Aktivist*innen Inhalt einer kritischen, gesellschaftspolitischen Debatte und Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen. Sexuelle Beziehungen von verdeckt ermittelnden Beamten*innen mit Auszuspähdenden gelten in Großbritannien als Sexualdelikte. So hat die unabhängige Beschwerdestelle Investigatory Powers Tribunal 2021 festgestellt, dass die britische Polizei mit dieser Praxis gegen Menschenrechte verstoßen habe, und dass das Verhalten der Polizei nach der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in einer demokratischen Gesellschaft keineswegs als notwendig gerechtfertigt werden könne. So viel zu den Zuständen in Großbritannien, in Hamburg / Deutschland scheint es kaum gesellschaftlich relevante Kräfte zu geben, die derartig invasives staatliches Handeln kritisieren und die Dimensionen der Grundrechtsverletzungen erkennen.

Während die Betroffenen solcher verdeckten Ermittlungen oft jahrelang mit den psychischen und finanziellen Folgen zu kämpfen haben, unter Umständen nicht wissen, wie sie jemals wieder anderen Menschen trauen

können, macht sich Astrid ein schönes Leben und scheut sich nicht einmal vor der exzessiven Inszenierung ihres Lebens in der Presse und den sozialen Medien...

Nach all dem sollte nicht überraschen, dass es Menschen gibt, die sehr genau beobachten und zur Kenntnis nehmen, wie Astrid Oppermann sich präsentiert. Es hat den Anschein, als würde Astrid nicht genug vom „Abenteuer Undercover“ bekommen, als sei es für sie ein Spiel. Ihr Narzissmus, ihr sich öffentlich in den sozialen Netzwerken präsentieren, sich weiterhin in Szenestadtteilen aufzuhalten, oder auch ein bebildertes Interview in der Runners World zu geben, legen nahe, dass sie gefunden werden will.

Astrid ist bei ihrer Enttarnung glimpflich davongekommen, ihre Adresse wurde nicht veröffentlicht. Dies sei jetzt hiermit geändert.

Aus unserer Perspektive hat sie keine ruhige Minute verdient! Keine Privatsphäre den Feind*innen der Privatsphäre! Keine Privatheit denen die sie uns nehmen! Es gibt kein ruhiges Hinterhaus...

Ein kurzer Hinweis zum Abschluss:

Nach den drei Veröffentlichungen zu den Enttarnungen der Verdeckten Ermittler*innen ist es sehr ruhig geworden um dieses Thema. Wir gehen davon aus, dass der Grund dafür nicht ist, dass es sie nicht mehr gibt sondern dass gerade keine verdeckten Ermittler*innen enttarnt werden, diese Praxis aber weiterhin genutzt wird.

Im Sommer 2021 kam es außerdem zu einer Reihe von Anquatschversuchen in Hamburg. Lasst euch nicht einschüchtern, wendet euch in solchen Fällen an die Rote Hilfe, den EA oder andere Strukturen mit Erfahrung und macht diese Einschüchterungsversuche öffentlich.

anonym, de.indymedia.org

Astrid Oppermann (Hamburg)

<https://verdeckteermittlerinhh.blackblogs.org/>

Mark Kennedy (Großbritannien und Europa)

https://powerbase.info/index.php/Mark_Kennedy

Iris Plate (Hamburg)

<http://verdeckteermittler.blogspot.eu/>

<http://rehvollte.blogspot.eu/2015/05/08/ausgeforscht-2/>

Maria Böhmichen (Hamburg)

<https://enttarnungen.blackblogs.org/>

Kristian Krumbeck (Hamburg)

https://www.fau.org/artikel/2004/art_041112-172329

Simon Bromma (Tübingen)

<http://spitzelklage.blogspot.de/hintergrundinformationen/>



SPD-Büro in Berlin Hellersdorf wird angegriffen: Keine Kottiwache! 18.05.: In Leipzig wird ein Bullenrevier angegriffen: Die Fassade hat einen neuen Anstrich und Fenster gehen zu Bruch. 18.05.: In Solidarität mit den von Repression betroffenen Anarchist*innen in München wird in Bremen ein Polizeirevier mit Farbkugeln angegriffen. 27.05.: In Berlin wird ein LKW der Firma Hertz angegriffen. U.a. in Solidarität mit Giannis Michailidis, der sich seit dem 23. Mai im Knast von Malandrinos im Hungerstreik befindet.

